

JUNI/JULI 1991

**SCHRIFTENREIHE  
WEDDING**

**BAND 3**

**KONFLIKT UND KONTINUITÄT**

20 Jahre Stadtteilpolitik im Wedding

hrsg. von Werner Druskat und Jürgen Nowak

**Schriftenreihe Wedding, Band 3**  
**KONFLIKT UND KONTINUITÄT**  
**20 JAHRE STADTTEILPOLITIK IM WEDDING**  
**hrsg. von Werner Druskat und Jürgen Nowak**

**Vorwort: Zeitgeschichtliche Erinnerungsarbeit**

von C. Wolfgang Müller S. 1

**Stadtteil-Politik contra Staats-Politik**

von Jürgen Nowak und Hermann Bullinger S. 3

**Die Bürgerinitiative "Putte"**

von Eberhard Seidel-Pielen S. 12

**Die "Fabrik Osloer Straße"**

von Gerhard Groß S. 24

**Soziale Kulturarbeit im Stadtteil**

von Gudrun Donner S. 31

**Berlins erster Mädchenladen: feministisch und interkulturell**

von Ursula Bachor S. 35

**Weddinger Neue Zeitung**

von Werner Druskat S. 39

**Die Schrippenkirche: Das letzte Kapitel**

von Walther Willmer S. 57

**Sanierung und Hausbesetzer**

von Hermann Bullinger S. 63

**Das Wohn- und Nachbarschaftsprojekt Prinzenallee 58**

von Dorothea Reinhardt und Elfi Witten S. 73

**Autorenverzeichnis S. 89**

---

Die Schriftenreihe Wedding wird vom Verein "Schriftenreihe Wedding e.V.",  
Utrechter Str. 47, 1000 Berlin 65 herausgegeben. Redaktion: Walther Willmer  
Vertrieb: Buchhandlung Mackensen, Utrechter Str. 47, 1000 Berlin 65, Tel.  
030/4554040

(c) Alle Rechte liegen bei den Autorinnen und Autoren. Nicht namentlich  
gezeichnete Beiträge (c) Schriftenreihe Wedding

ISBN 3-926535-43-1

# ZEITGESCHICHTLICHE ERINNERUNGSARBEIT

Von C.Wolfgang Müller

Arbeiten und Wohnen ist auf kontinuierliche Konflikte angelegt. So plausibel es erscheint, den Zugang zu jedem dieser menschlichen Bedürfnisse zu erschweren und die Sache selber (wenn es not tut sogar künstlich) zu verknappen, so sehr widerspricht es der Verfassung von Berlin, die im Überschwang des Jahres 1950 jedermann das Recht auf Arbeit und das Recht auf Wohnraum zuerkannte.

Ein großer Teil der Bausubstanz wurde im nationalsozialistischen Weltkrieg zerstört. Ein kleiner Teil der Bausubstanz fiel der Flächen-sanierung zum Opfer, die aus Berlin (West) eine autofreundliche und menschenfeindliche Stadt gemacht hätte, wenn die Kahlschlagpläne der fünfziger und sechziger Jahre bis zum bitteren Ende umgesetzt worden wären. Aber Mitte der siebziger Jahre gab es ein öffentliches Umdenken. Es gab 'Strategien für Kreuzberg', es gab die ersten 'Instandbesetzungen' mutwillig entmieteter Wohnhäuser, es gab Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen. Ihr jahrelanger Kampf hat entscheidend dazu beigetragen, das Schlimmste zu verhindern.

In der Fachliteratur wird diese politische und kommunalpolitische Arbeit im Stadtteil 'Gemeinwesenarbeit' oder 'Stadtteilarbeit' genannt. 'Gemeinwesenarbeit' hat dabei den Beigeschmack kommunalpolitischer Planung und staatspolitischer Gängelung. 'Stadtteilarbeit' hat das Odeur selbstbestimmten Widerstandes gegen einseitige Planung und bürgerferne Verwaltung. Aber überall dort, wo Kommunalpolitik die Interessen breiter Schichten der Bevölkerung vertritt, muß ihre Struktur- und Infrastruktur-Planung nicht einseitig den Interessen strukturbestimmender Großkapitale folgen. Und auf der anderen Seite kann hinter dem selbstbestimmten Anspruch autonomer Stadtteilgruppen ein politisches Monopolinteresse versteckt werden, das, offen ausgesprochen, niemals mehrheitsfähig wäre.

In Berlin haben Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen und Selbsthilfegruppen in den 70er, 80er und 90er Jahren eine bedeutsame politische und kommunalpolitische Rolle gespielt. Nicht nur dort, wo sie am

spektakulärsten auftraten: in Kreuzberg. Sondern auch in anderen Bezirken - und nicht nur in denen (West) Berlins. Aber der Wedding fällt einem in diesem Zusammenhang nicht gerade in erster Linie ein. Auf Außenstehende wirkte der Wedding auch in den unruhigeren Jahren eher befriedet, befriedigt und brav. Der vorliegende 3. Band der Schriftenreihe Wedding wird dokumentieren, daß diese Sichtweise realistischer Prüfung nicht stand hält. Obwohl die Zusammensetzung seiner Bevölkerung, die Flächensanierung traditioneller Arbeiterviertel, die Trennung vom Ostteil der Stadt und die Strukturen der Weddinger Kommunalpolitik nicht gerade eine widerständige Lokalöffentlichkeit begünstigten, hat es im Wedding in den letzten zwanzig Jahren eine Reihe von teilweise erstaunlich kontinuierlichen Stadtteilgruppen im gesamten Spektrum nachbarschaftlicher und kiezorientierter Aktivitäten gegeben: Von dem Kinderladen über die Instandbesetzung, die stadtteilnahe Kulturarbeit bis zum inter-nationalen Zusammenleben im Stadtteil.

Das mag nicht so spektakulär sein (und so zahlreich) wie in südlicheren Bezirken. Aber es besitzt eine ruhige und beharrliche Bodenständigkeit, die diesem traditionsreichen Arbeiterviertel gut zu Gesicht steht - auch wenn manche Kommunalpolitiker die Geschichte der zwanziger und dreißiger Jahre und ihre Kämpfe gern vergessen haben (oder vergessen möchten).

Der politische Stil eines Gemeinwesens zeigt sich auch in der Weise, wie es mit seiner Geschichte umgeht. Was es an Vergangenen zeigt, worauf es stolz ist, was es verdrängt, was es vergißt. Dabei wird es immer wieder schwer sein, einen gemeinsamen Nenner für widerstrebende Interessen finden. Im Wedding war man lange in der Gefahr, alle zwanzig Jahre die eigene Geschichte neu zu schreiben und dabei wichtige Teile zu vergessen, die dazu gehören, obwohl sie manchen peinlich sind. Zur Zeitgeschichte des Wedding gehören seine Stadtteilgruppen. Sie zeigen, daß demokratische Selbstbestimmung durch das Handeln engagierter BürgerInnen lebt. Sie zeigen auch, daß es für wert befunden wird, sich an dieses Handeln zu erinnern und es im kollektiven Gedächtnis des Bezirks aufzuheben, nicht zum Zwecke der Verehrung, sondern zur Orientierung und der Ermutigung.

# **STADTTEIL-POLITIK contra STAATS-POLITIK**

Von Hermann Bullinger und Jürgen Nowak

## **Einleitung**

Die Studentenbewegung der 68er wollte die Gesellschaft und die Welt verändern. Daher ging ein Teil von ihnen aus den Universitäten heraus in die außerparlamentarischen Opposition, um in anderen gesellschaftlichen Feldern soziale Veränderungen auszulösen. Daher kam es zum Engagement erstens in den Betrieben und den Gewerkschaften (Produktionsbereich), zweitens in den Stadtteilen (Reproduktionsbereich) und drittens in den etablierten Parteien, besonders in die SPD und FDP, oder zur Gründung neuer Parteien (Politischer Bereich).

Diese politische Absicht hatte zur Folge, daß auch Ende der 60er Jahre StudentInnen und andere BürgerInnen im Bezirk Wedding mit ihrer außerparlamentarischen Arbeit begannen. Im Vergleich zu Kreuzberg waren dies allerdings relativ wenige, da es im Wedding keine auch nur annähernd mit Kreuzberg vergleichbare Szene gab. Trotzdem führte die außerparlamentarische Arbeit auch im Wedding zu einem langjährigen Konflikt, denn die Geschichte der Stadtteilarbeit war und ist eine kommunalpolitische Auseinandersetzung zwischen zwei politischen Konzepten: Stadtteilpolitik versus Staatspolitik oder basisdemokratische Autonomie von selbstverwalteten Projekten versus staatlicher Kontrolle.

## **Zur Entstehung der Stadtteilarbeit im Wedding**

Die Geburtsstunde der Stadtteilarbeit Wedding ist wohl mit der Gründung des Kinderladens Wollank im Jahre 1969 verbunden. Danach ging es Schlag auf Schlag mit den weiteren Gründungen von stadtteilorientierten Projekten zu Beginn der siebziger Jahre: die Bürgerinitiativen Sparrplatz, "Putte", Panke, Malplax und Wedding wurden gegründet. Das führte bereits bis Mitte der siebziger Jahre zur Entwicklung, Entstehung und Eröffnung von zwei Kinderläden, drei Sonderprojekten für benachteiligte Kinder und Jugendliche, zwei Abenteuerspielplätzen, einer Informationszeitung als Vorläufer einer Stadtteilzeitung und einem Dachverband der Weddingener Bürgerinitiativen.

Diese Liste scheint zunächst beeindruckend, denn fast alle diese Projekte arbeiten noch heute im Wedding. Daher haben wir uns die Frage gestellt, was waren ihre Ansprüche und was ist aus ihnen geworden. Allerdings wollen wir hier nicht jedes einzelne Projekt nachzeichnen, denn das wird in den nachfolgenden Arbeiten jeweils konkret für einige Projekte vollzogen, sondern wir wollen allgemein die Entwicklung der Stadtteilarbeit im Wedding im Spannungsverhältnis zwischen Konflikt und Kontinuität untersuchen.

### **Soziale Ursachen für die Entstehung der Bürgerinitiativbewegung**

Den Wedding zu charakterisieren ist sicherlich nicht leicht, denn das alte Bild des "roten Wedding" wie das vom Bezirksamt propagierte neue des "grünen Wedding" treffen nicht die Wahrheit. Der Wedding ist differenzierter und vielfältiger in seiner Wirklichkeit, aber auf jeden Fall ein "sozialer Wedding", d.h. es gibt hier noch das auslaufende "Arbeiter-Milieu", aber auch gleichzeitig die Anhäufung an sozialen Problemlagen in der Bevölkerung<sup>1</sup>: der Anteil der Arbeiter liegt bei 55,3 % im Vergleich zu 37,0 im West-Berliner Durchschnitt, der von Sozialhilfe als Lebensunterhalt lebenden Menschen liegt bei 4,4 % (Berliner Durchschnitt bei 3,7 %), ca. 12.000 Haushalte (von 82.000) empfangen Wohngeld, der Wohnungsstandard ist - trotz Flächensanierung - durchschnittlich schlechter als in anderen Bezirken.

Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gab es u.a. folgende wahrgenommene infrastrukturelle Defizite und soziale Problemlagen im Wedding:

- (1) Mangel an Plätzen in den Kindertagesstätten: lange Wartelisten - früher wie heute,
- (2) autoritäres Erziehungssystem in Schule und Kindergarten,
- (3) schlechte, pädagogisch unverantwortliche Spielplätze,
- (4) Flächen- oder Kahlschlagsanierung als einzige städtebauliche Lösung und
- (5) keine lokale Öffentlichkeit außerhalb der Medien und Parteien, also kein Dialog mit den BürgerInnen, geschweige deren Anhörung und Beteiligung an kommunalpolitischen Entscheidungen.

Diese kommunal-infrastrukturellen Defizite und sozialen Probleme führten zu Ansatzpunkten für das Engagement von BürgerInnen in der Kinder- und Stadtteilarbeit. In einer Broschüre zum Selbstverständnis der Bürgerinitiativen Wedding heißt es im Jahre 1973:

---

<sup>1</sup> vgl. im folgenden Jürgen Nowak, Der Wedding im Zahlenspiegel, a.a.O.

"Die Bürgerinitiative Wedding ist kein unpolitischer Verein. Viele ihrer Mitglieder sind selbst in politischen Parteien aktiv, weil sie wissen, daß man eine Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung nur in Zusammenarbeit mit Parteien und gesellschaftlich aktiven Gruppen erreichen kann. In der Bürgerinitiative arbeiten Jungsozialisten, Mitglieder der SPD und FDP, parteilose Bürger und Mitglieder der Kirchen zusammen. Wir sehen unsere Aufgabe vor allem darin, die Forderungen der Bürger im Wohnbereich, besonders der sozial Schwachen, der Kinder, Jugendlichen, älteren Mitbürger und der Ausländer gegen die Verwaltung und finanzstarke Interessengruppen zu vertreten. Wir engagieren uns für mehr Demokratie und Mitbestimmung im Bereich der Kommunalpolitik. Wir sind für eine Gesellschaftsordnung, in der die Lebensbedürfnisse der Bevölkerung und nicht die Profitinteressen der Unternehmer zur Leitlinie der Politik gemacht werden".

Diesem politischen Anspruch auf Mitbestimmungswillen stand ein rigides von einer konservativen SPD beherrschtes kommunales Establishment gegenüber: SPD-Dominanz im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung beruhte auf einem strikten parlamentarischen Selbstverständnis, das jede Kritik von außen und jede Form ansatzweiser außerparlamentarischer Mitbestimmung durch die Bürger ausschloß. Es gab nur den ordentlichen Weg über Parteien, Bezirksverordnetenversammlung und Bezirksamt. BürgerInnen, die andere Wege beschritten, galten sofort als Störenfriede. Daher war der kommunale Konflikt vorprogrammiert.

### **Bezirksamt Wedding und SPD - Dominanz**

Die kommunalen Verhältnisse im Wedding lassen sich politisch wie folgt charakterisieren:

#### **1. Mehrheit in der BVV und im Bezirksamt**

Von den ersten Kommunalwahlen nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1946 bis zu den Wahlen 1981 herrschte die SPD ununterbrochen mit absoluter Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung Wedding<sup>2</sup>. Das bedeutet auch jeweils die Mehrheit der Stadträte einschließlich des Bezirksbürgermeisters in dem nach dem d'Hondt'schen Verfahren besetzten hauptamtlichen Bezirksamt.

---

<sup>2</sup> vgl. ebenda, S. 43

## 2. Konservativer SPD-Mehrheitsflügel

Spätestens seit der Änderung der innerparteilichen Mehrheitsverhältnisse Ende der 50er Jahre herrscht in der Wedding SPD eine rechte Mehrheit, deren Staatsverständnis als konservatives law-and-order (Recht-und-Ordnung) zu qualifizieren ist. Innerparteiliche Opposition wurde nur mühsam geduldet, aber nie an kommunalpolitischen Entscheidungen und etwa an der Vergabe von parlamentarischen Mandaten beteiligt. Die Mehrheit "zog bei Abstimmungen durch".

## 3. Weddinger Konsens

In fast allen Fragen der Bezirksentwicklung stehen SPD und CDU in Übereinstimmung, den eine Forschungsgruppe als den Weddinger Konsens<sup>3</sup> bezeichnet hat, der auf folgendem politischen Verständnis beruht:

- "Gemeinsamkeit der Demokraten",
- Abwehr des weiteren Zustroms von Ausländern,
- Präferenz für die Kahlschlagsanierung,
- Berliner Durchschnitt statt Arbeiterviertel. Vgl. Zitat des damaligen Baustadtrats Jürgen Ljütke (SPD) : "Wir wollen kein Arbeiterviertel im Wedding zementieren"<sup>4</sup>,
- Verurteilung rechtswidriger Hausbesetzungen und gegen die Legalisierung der besetzten Häuser,
- "für Ordnung, Sauberkeit und gesetzmäßiges Handeln" (Gericke 1985: 12),
- für Wertausgleich zwischen den Bezirken zugunsten des Wedding.

Dieser Weddinger Konsens duldete nur das Spiel der parlamentarischen Kräfte innerhalb der Bezirksverordnetenversammlung Wedding. Im Rahmen dieser Großen Koalition wurde der Konsens auch gleich für den Partner mitvertreten, wenn man sich gemeinsam angegriffen fühlte, wie zum Beispiel von der FDP:

"... und ich bitte, Herr Werschnitzky und Herr Wiehle (Bezirksverordnete der FDP, H.B. & J.N.), nicht einfach, weil Sie die Öffentlichkeit und eine Randgruppe für sich gewinnen wollen, uns, ob das Sozialdemokraten oder Christdemokraten sind, in eine falsche politische Ecke hineinzutreiben (Beifall) und darzustellen zu wollen in der Öffentlichkeit, Sie sind der einzige Sachverwalter der Interessen der jungen Menschen oder der Ausländer und Sozialdemokraten und Christdemokraten oder andere in der

<sup>3</sup> vgl. im folgenden Reinhard Gericke, Der Bezirk Wedding und seine Bezirksverordnetenversammlung, a.a.O., S. 21 ff

<sup>4</sup> vgl. Jochen Schulz zur Wiesch, Die Sozialstruktur im Sanierungsprozeß, a.a.O., S. 12



Stadt, bemühen sich nicht, mit gleicher Intensität die Probleme zu bewältigen. (Beifall)" (Der SPD-Bezirksverordnete Hans Nisblé in der Sitzung vom 21.6.1979, Protokoll S. 99).

Sozial- und Christdemokraten zogen an einem Strang. Erst mit der Bildung des Senats durch die CDU in den achtziger Jahren begann dieser Konsens zu bröckeln.

### **Konfliktverlauf: Doppel-Strategie und Konfrontation**

Dieser Weddingener Konsens traf mit voller Stärke die Bürgerinitiativbewegung im Wedding, denn das Ziel der Weddingener Kommunalpolitik war es in den 70er bis hin zur Mitte der 80er Jahren, alle solche Initiativen durch die Optimierung des Dienstleistungsbetriebes Rathaus Wedding überflüssig zu machen. Als Konsequenz dieser parlamentarischen Machtarroganz (Weddingener Konsens) und der Dienstleistungsoptimierungsstrategie ergab sich zwangsläufig ein Konfrontationskurs mit den Bürgerinitiativen: Verleugnung, Diffamierung, Ignorierung und schließlich Ablehnung. Bekanntes Beispiel war der Konfliktverlauf bei der Bürgerinitiative: trotz pädagogischen Wohlwollens wurde schließlich die "Putte" abgerissen (vgl. Artikel zur "Putte").

Wie die Auseinandersetzungen geführt wurden, belegen noch heute Zitate aus Protokollen von Sitzungen in der Bezirksverordnetenversammlungen, in denen sich die SPD-Mehrheit mit stadtteilpolitischen Projekten auseinandersetzte, indem sie diese illegalisierend oder diffamierend ablehnt. Hier zwei Zitate:

"Die darüber hinausgehende Nutzung weitere Teile dieses Abrißhauses durch eine Gruppe von Jugendlichen (der "Putte", H.B. & J.N.) für Wohnzwecke ist jedoch zu keinem Zeitpunkt vereinbart worden und deshalb, um es auf eine kurze Formel zu bringen, schlechthin illegal (Beifall).

....  
Deshalb sage ich hier noch einmal in aller Offenheit und Deutlichkeit zugleich: Lassen sich nicht durch irgendwelche wie immer meinethalben eingeschlichenen Propheten oder wie Sie sie nennen wollen, aufhetzen und zu Äußerungen verführen (Beifall), wie sie im Bezirksjugendring unbedacht getan worden sind 'wir sehen der Konfrontation entgegen'. Nehmen Sie doch - das ist doch wörtlich gesagt worden - bitte noch einmal alle Überlegungen zum Anlaß einer Überprüfung Ihrer Haltung" (SPD-Bezirksverordnete Wolfgang Sorgatz in der Sitzung vom 21.3.1974, Protokoll S. 22 und 24).

"..., wir kommen immer auf den Punkt, daß irgendwo, dies muß nicht die "Putte" sein, eine Bürgerinitiative sich gründet, lautstark versucht, die Öffentlichkeit für sich zu beeinflussen, lautstark durch die Stadt zieht und dann kommt die Senatshauptverwaltung, wer es immer ist, und schüttert

ungeprüft Millionenbeträge hinterher, ohne vorher zu wissen, welche Konzeptionen dahinter stehen und wie auch, ich sage einmal, die Arbeit weitergeführt werden kann" (SPD-Bezirksverordnete Hans Nisblé in der Sitzung vom 21.6.1979, Protokoll S. 99).

Das Mittel der Diffamierung war eine Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche: entweder Akzeptanz des kommunalen Parlamentarismus oder ansonsten Ausgrenzung.

Kommunaler Ansatzpunkt für die Aktivisten der ersten Bürgerinitiativen im Wedding war die Doppelstrategie der Jungsozialisten, denn ein Großteil der Mitglieder der Bürgerinitiative der ersten Stunde waren Jusos oder linke Sozialdemokraten. Aufgabe der Doppelstrategie war die Mitarbeit sowohl innerhalb von Institutionen wie Parteien und (Kommunal-) Parlamenten als auch außerhalb in Bürgerinitiativen. Dieses Doppel-Engagement sollte dann verkrustete Strukturen in den Institutionen verändern. Hieraus ergaben sich dann zahlreiche Konfliktfälle in der Weddinger Kommunalpolitik. Wichtige Konfliktlinien in den letzten zwanzig Jahren waren u.a.:

### 1. Kinderarbeit

Bei der Auseinandersetzung um die Kinderarbeit zu Beginn der siebziger Jahre ging es dem Bezirksamt um die Kontrolle der vom Senat von Berlin geförderten Kinderläden durch den Weddinger Jugendwohlfahrtsauschuß und um die Regie der Abenteuerspielplätze. Während die letzteren in Regie des Bezirksamtes genommen wurden, blieben die Kinderläden an der langen Leine des Senats, weil dieser und die anderen Bezirke nicht mitspielten.

### 2. Jugendarbeit

Die Auseinandersetzung um das selbstverwaltete Kinder- und Jugendzentrum "Putte" in der ersten Hälfte der siebziger Jahre führte zunächst zum Abriß des Hauses (vgl. Artikel zur "Putte").

### 3. Sanierungspolitik

Die Auseinandersetzungen um die Sanierung und die Hausbesetzungen Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre führte zu einer law-and-order

Konfrontation (vgl. den Artikel zur Hausbesetzung). Kahlschlagsanierung war gefragt. Erst allmählich setzte sich teilweise eine behutsame Stadterneuerung durch.

#### 4. Sozialhilfe

Ein besonders harter Konflikt war die Auseinandersetzung mit der Praxis des Sozialamtes Wedding Mitte bis Ende achtziger Jahre. Aufgrund der rigiden Rechtsauslegung gegen die Weddinger Sozialhilfeberechtigten geriet das Sozialamt in das Kreuzfeuer einer kritischen Öffentlichkeit. Kontrolle statt Hilfe war und ist die Devise<sup>5</sup>. Ein zeitweiliger Arbeitskreis des Stadtrates mit allen beteiligten Stadtteilgruppen führte auch zu keiner Verbesserung, denn das bürokratische Denken und Handeln blieb stärker. Das letzte Beispiel (1991) war die Verweigerung von Sozialhilfe an jüdische Auswanderer aus Sowjetunion aus formalrechtlichen Gründen.

#### **Grenzen der Bürgerinitiativstrategie im Wedding**

Die Grenzen des Engagements in den Weddinger Bürgerinitiativen wurden erst in einem mühseligen Lernprozeß viel später erkannt. Hier drei als wichtig eingeschätzte "Grenz-Faktoren" für bürgerschaftliche Beteiligungsstrategien, insbesondere im Wedding:

**Überschätzung des Mobilisierungspotentials der BürgerInnen im "roten Wedding",** denn die "Arbeiterklasse" ist eher konservativapathisch, Sie orientiert sich an den Mittelschichtwerten und der Mittelstandsideologie. Sie ist in das System integriert. Weiterhin sind die Arbeiter aufgrund der Auseinandersetzung um den Erhalt der Arbeitsplätze eher müde, abgespannt und wenig zeitgroßzügig, um sich sich regelmäßig im Stadtteil zu engagieren.

**Intellektuelle Überschätzung der eigenen argumentativen Rationalität und Einsicht der "Betroffenen" für eine antikapitalistische Logik.**

**Institutionelles Beharrungsvermögen der Parteien und Verwaltung.**

---

<sup>5</sup> vgl. Jürgen Nowak, Armutsverwaltung und Sozialamt Wedding, a.a.O.

Trotz dieser Begrenzungen gab es im Laufe der Jahre auch Fortschritte bei dem Mobilisieren von Gegenmacht. Die linke Szene im Wedding wurde zahlenmäßig größer. Auch die Zahl der Projekte und alternativen Einrichtungen nahm zu. Die politische Linke differenzierte sich aus.

Gleichzeitig wurde auch partielle Erfolge in politischen Auseinandersetzungen errungen. Der Betroffenenwiderstand im Sanierungsgebiet Sparrstraße und im Sanierungsgebiet Schulstraße zwang das Bezirksamt und die Wohnungsbaugesellschaften Anfang der 80er Jahre zu Zugeständnissen, die noch Jahre vorher im Wedding undenkbar gewesen waren: es mußten entscheidende Abstriche an der auch für diese Sanierungsgebiete beabsichtigten Kahlschlagsanierung gemacht werden. Überdies gelangen im Wedding 1980/81 zahlreiche Hausbesetzungen, die aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse von Bezirksamt und Wohnungsbaugesellschaften geduldet werden mußten.

### **Fazit und zukünftiges Handeln**

Wenn man/frau ein vorläufiges Fazit nach 20 Jahren Stadtteilpolitik im Wedding zieht, so ist die Bilanz zwiespältig. Einerseits sind fast alle Projekte erfolgreich im Sinne des Überlebens und der Kontinuität, d.h. sie existieren noch heute. Aber andererseits hat sich an den kommunalpolitischen Strukturen kaum etwas geändert, d.h. das kommunalpolitische Machtmonopol ist in seinen Methoden flexibler geworden. Die Mitglieder des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung sind heute bürgerfreundlicher, d.h. man redet mit den Bürgerinnen und Bürgern, während früher oft schon das Gespräch abgelehnt wurde. Dies ist sicherlich auch ein Erfolg; die mündige Bürgerin und der mündige Bürger werden ernster genommen.

Wenn man nach 20 Jahren **Stadtteil-Politik contra Staats-Politik** praktische Handlungsschritte folgern kann, dann ist es folgende Erkenntnis: Wenn die Bürgerinnen und Bürger sich konkret in bestimmten Bereichen engagieren und organisieren, ist eine **stadtteilpolitische Gegenmacht** zur Staats-Politik, d.h. zum Bezirksamt begrenzt möglich. Das erfordert Geduld, Ausdauer und Sachkenntnisse. **Stadtteilpolitik und -arbeit ist notwendiger denn je, gerade im Wedding.**

## Literatur

**Gericke, Reinhard**, Der Bezirk Wedding und seine Bezirksverordnetenversammlung, in: Forschungsgruppe Bezirksverordnetenversammlungen, Die Bezirke von Berlin (West) und ihre Bezirksverordnetenversammlungen, 1. Halbband, Berlin 1985, S. 7 - 70

**Nowak, Jürgen**, Armutsverwaltung und Sozialamt Wedding, in: Armut und Obdachlosigkeit im Wedding, Schriftenreihe Wedding, Band 2, Berlin 1991, S. 69 - 78

**Nowak, Jürgen**, Der Wedding im Zahlenspiegel, in: Nowak, Jürgen (Hrsg.), Wedding im *Über*-Blick, Schriftenreihe Wedding, Band 1, Berlin 1990, S. 10 - 46

**Schulz zur Wiesch, Jochen**, Die Sozialstruktur im Sanierungsprozeß, in: Becker, Heidede und Jochen Schulz zur Wiesch (Hrsg.), Sanierungsfolgen. Eine Wirkungsanalyse von Sanierungsmaßnahmen in Berlin, Stuttgart Berlin Köln Mainz 1982

# DIE BÜRGERINITIATIVE PUTTE<sup>1</sup>

Von Eberhard Seidel-Pielen

## Die frühen Jahre

1972. Die Sanierung im Gebiet Gesundbrunnen/Wedding ist in vollem Gange. Häuser werden entmietet und dem Verfall preisgegeben. Die Wedding-Bezirksverwaltung unternimmt alles, den Arbeiterbezirk vom Geruch der Zweitklassigkeit zu befreien. Hilfsmittel sind Planierdraht und Abrißbirnen. Im Sanierungsgebiet werden die Lebensverhältnisse immer bedrückender. Auf 2.745 Kinder zwischen 10 und 12 Jahren kommen 6.940 qm Spielfläche. Eine zukunftsgläubige, technokratische Verwaltung, auf Wachstum und Spannbeton fixiert, überantwortet eine Generation von Kindern und Jugendlichen der Verwahrlosung. Dies ist die Situation, in der die Bürgerinitiative "Putte" gegründet wird. In der Puttbusser Straße beginnen Studenten und Jugendliche aus dem Wedding, sowie einige Jungsozialisten, die später aus dem Projekt ausgeschlossen werden, damit, einen verdreckten Schuttplatz in einen Abenteuerspielplatz zu verwandeln. Unterstützt wird die Initiative durch einen einmaligen Zuschuß des Bezirksamtes in Höhe von 6.000,- DM. Zwei leerstehende Ladenwohnungen neben dem Spielplatz werden als Schüler- und Jugendladen eingerichtet. Das Haus, in dem sich die beiden Läden befinden, wird nach und nach entmietet, obwohl ein Neubau erst für 1980 vorgesehen ist.

Die Angebote der "Putte" werden von den Kindern und Jugendlichen des Kiezes rasch aufgegriffen. Vor allem türkische, deutsche, kurdische und Sinti-Kinder kommen in den Jugend- und Schülerladen. Es zeigt sich, daß die beiden Läden für den Ansturm nicht ausreichen. Gemeinsam mit den Jugendlichen renovieren die Mitglieder der Bürgerinitiative einige leerstehende Wohnungen im Haus. 16 Jugendliche beschließen aus den beengten Wohnverhältnissen zu Hause auszuziehen und in die Puttbusser/Rügener Str. einzuziehen. Durch das "Georg v. Rauch Haus" in Kreuzberg inspiriert, besetzen die Jugendlichen schließlich das ganze Haus.

Mit dem Einzug der Wohngemeinschaft beginnt der Konflikt mit dem Bezirksamt, dem das Haus gehört. Bezirksamtsvertreter behaupten, das Haus sei baufällig und müsse abgerissen werden. Zwei dunkle, feuchte Räume,

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz ist erstmals in der Dokumentation "Putte e.V. Ausländer- und Sonderprojekt im Wedding", Berlin 1987 erschienen

eher zur Champignonzucht als zur Jugendarbeit geeignet, werden als "Alternative" angeboten. Die "Putte" lehnt das Angebot dankend ab. Stattdessen legt die "Putte" dem Bezirksamt ein Nutzungskonzept vor, in dem sie aufzeichnet, wie das Haus mit 50.000,- bis 60.000,- DM und beträchtlicher Eigenleistung instandgesetzt werden könnte. Der gutgemeinte Vorschlag kommt Jahre zu früh. 1974 ist die Zeit der Kahlschlagsanierung und es dauert noch Jahre, bis die zuständigen Vertreter des Bezirksamtes unter dem Druck der Straße die Grundzüge der behutsamen Stadterneuerung lernen. Sie schalten auf stur, lehnen das Angebot als indiskutabel ab und bereiten in einer breit angelegten Kampagne in der Öffentlichkeit ein Klima vor, das die Räumung des Hauses Rügener Straße 20 erzwingt.

Im Januar 1974 wird zunächst der Abenteuerspielplatz vom Bezirksamt geschlossen. In einer Bezirksverordnetenversammlung (BVV) rechtfertigt der damalige Jugendstadtrat Peter Sötje (SPD) sein Vorgehen: "Tatsache ist jedoch, daß in letzter Zeit weder die eine pädagogische Kraft, noch die Bürgerinitiative "Putte" in der Lage waren, den Spielplatz pädagogisch geleitet zu führen... Die "BI Putte" hat sich aufgrund ihrer vielfältigen Initiativen offensichtlich übernommen." Verwahrlosung und Verantwortungslosigkeit wird den Putte-Mitarbeitern vorgeworfen, kommunistische Unterwanderung und anarchistische Umtriebe. In der Bezirksverordnetenversammlung vom 21.3.1974 macht der SPD-Fraktionsvorsitzende Sorgatz unmißverständlich klar, daß für seine Partei eine weitere Nutzung der Rügener Straße 20 durch die "Putte" auf keinen Fall in Frage kommt: "Dies würde bedeuten, daß ein gesetzwidriges Verhalten von Amts wegen legalisiert und gewissermaßen mit behördlicher Unterstützung belohnt würde."

Die Hetze gegen die "Putte" und die drohende Räumung führen kurzfristig zu einer breiten Solidaritätsbewegung in der Stadt. Tag und Nacht bleiben etwa 100 Jugendliche in der "Putte". Die Studenten des Otto-Suhr-Instituts halten Seminare und Besprechungen im Haus ab. Eine Ausstellung der Hochschule der Künste in der Rügener Straße 20 zieht täglich zahlreiche Besucher an. Weder Solidaritätsbekundungen noch Demonstrationen können das Bezirksamt Wedding von dem einmal eingeschlagenen Konfrontationskurs abbringen.

Im April 1974 wird das Haus von einem gewaltigen Polizeiaufgebot geräumt, das die Abrißarbeiten gleich eigenhändig miterledigt. "Die kamen mit Abrißbirne, Bulldozern und anderem schweren Gerät angefahren. Die haben ihre ganze Ausrüstung mitgebracht. Damals haben wir zum erstenmal mitbekommen, was die Polizei alles an Fahrzeugen, Maschinen und Werkzeugen

in der Hinterhand hat", erinnert sich ein Augenzeuge. Daß bei dem Abriß des "Putte"-Hauses keine wohnungspolitischen, sondern ausschließlich ordnungspolitische Gründe eine Rolle spielten, zeigt die Tatsache, daß es mehr als zehn Jahre dauerte, bis das Leergrundstück bebaut wurde.

Nachdem die Polizei ihre Arbeit beendet und der Staub des Abrisses sich gelegt hatte, wird es sehr schnell ruhig um die "Putte". Die Studenten und Aktivisten, die für kurze Zeit in den Wedding kamen, wenden sich neuen politischen Aufgaben zu. Zurück bleiben ein paar BI'ler und verstörte Jugendliche, die keine andere Wahl haben, als die kalten feuchten Räume, die das Bezirksamt als "Entschädigung" anbot, anzunehmen. Ein großes Schild über der Ladenwohnung mit der Aufschrift "Notquartier" demonstriert nach außen, daß man nicht daran denkt, sich hier in Ruhe niederzulassen.

### Die Putte am Scheldeweg

Mit der gewaltsamen Vertreibung aus dem Haus finden die Angriffe auf die Putte noch lange kein Ende. Finanzielle Einschränkungen und politische Bevormundung von seiten des Senats sind an der Tagesordnung. Die "Putte" ist bestimmten Leuten immer zu links. Hinzu kommt, daß die Mitarbeiter durch die ständigen Angriffe und Geldknappheit permanent überfordert sind, was sich auf die inhaltliche Arbeit niederschlägt, die seit 1977 praktisch brach lag. Aber nicht nur staatliche Angriffe belasten die Arbeit. Unzulänglichkeiten in der Projektorganisation und pädagogische Defizite tragen dazu bei, die Krise zuzuspitzen.

Dadurch, daß die Putte selbstorganisiert ist, hat sie gegenüber der Administration einige Vorteile. Es entstanden ihr dadurch aber auch Probleme. "Nach außen bedeutet Selbstverwaltung, daß die Bürgerinitiative ihre inhaltliche Arbeit selbst bestimmt, eigene Schwerpunkte entwickelt und damit eine hohe Flexibilität gegenüber den an sie gestellten Ansprüchen hat. Mitarbeiter werden nach den Anforderungen der selbst gesteckten Ziele eigenverantwortlich eingestellt. Nach innen heißt Selbstverwaltung: Entscheidungen werden bei Mitarbeiterversammlungen "basis-demokratisch" gefällt. Es findet eine Aufteilung sämtlicher Aufgaben - möglichst nach dem Rotationsprinzip - unter den Mitarbeitern statt. Damit soll einer Hierarchisierung entgegen gewirkt und eine breite Fächerung von Kompetenzen bei den Mitarbeitern erreicht werden. Die Mitarbeiter sind jedoch in der Regel durch diese Aufgaben überfordert. Die Bewältigung dieser Aufgaben setzt nämlich Kenntnisse im Vereinsrecht, in der Kassen- und Buchführung, im Tarif-, Steuer-



und Versicherungsrecht, von ordnungspolizeilichen Vorschriften und von Aufgaben als Arbeitgeber voraus."<sup>2</sup>

Die Qualifikationsanforderungen werden nur von wenigen Mitarbeitern erfüllt. Dies führt zu erheblichen Schwierigkeiten im Projektalltag, nachdem die Bewegungsdynamik der frühen Jahre verflogen ist und der Abwehrkampf gegenüber dem Bezirksamt nicht mehr die inhaltlichen Defizite überdecken kann. "Die Mitarbeiter waren vor allem durch die organisatorischen Aufgaben überfordert. Besonders als die Initiativler der ersten Stunde nach und nach ausstiegen, passierten der zweiten und dritten Generation von Mitarbeitern immer mehr Pannen und es kam immer häufiger zu Ärger untereinander, mit den Eltern und den Behörden."<sup>3</sup>

Die Situation verschärft sich noch, als die "Putte" sich in den Jahren nach 1974, ohne daß es geplant war, zu einem Ausländerprojekt entwickelt. Nachdem die "Putte" aus ihrem Haus vertrieben war, blieben die meisten Deutschen weg. Das "Notquartier" wird in der Folgezeit fast ausschließlich von Kindern und Jugendlichen aus der Türkei besucht.

"Die ausschließlich deutschen Mitarbeiter der "Putte" stehen zu Anfang den Problemen der ausländischen Kinder und Jugendlichen recht hilflos gegenüber. Sie können sich die türkischen Namen nicht merken, verstehen die Kinder oft nicht richtig, sind ungeduldig und benachteiligen sie dadurch, ohne daß es ihnen bewußt wird. Ihr ungleiches Verhalten verstärkt die Vorurteile der deutschen gegenüber den türkischen Jugendlichen. Sie wissen gar nichts oder wenig über türkische Familienverhältnisse, deren Verhaltensweisen, deren Erziehung usw. (...)

Ohne die konkrete Situation der Kinder zu kennen, diskutieren sie in endlosen Sitzungen, was sie mit der Arbeit erreichen wollen. Die Betreuer der "Putte" kommen Mitte der siebziger Jahre aus der Studentenbewegung oder sind zumindest von ihr beeinflußt, orientieren sich an antiautoritären Erziehungsprinzipien (vor allem in der Sexualerziehung) und versuchen, politische Erziehungsarbeit durchzusetzen, die auf ihren Bewußtseinsstand und auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind und weniger auf die der türkischen Eltern, Jugendlichen und Kinder.

Nicht allein die Sprachbarrieren führen zu Schwierigkeiten, sondern oft in noch größerem Maß, daß man die türkischen Gebräuche und die Mentalität nicht kennt. Hier können, ja müssen deutsche Betreuer ohne Anleitung türki-

---

<sup>2</sup> Hedavet und Mustafa Demir, Eberhard Landwehr, Zusammenarbeit mit ausländischen Kollegen in einer Bürgerinitiative, in: Blätter der Wohlfahrtspflege, August 1979, S. 84

<sup>3</sup> ebenda

scher Kollegen nicht wieder gut zu machende Fehler begehen.<sup>4</sup> Die Mitarbeiter der "Putte" reagieren auf die neuen Erfordernisse und stellen bereits vor 1976 Mitarbeiter aus der Türkei ein.

Der antiautoritäre Erziehungsanspruch in der "Putte" wird in der Folgezeit modifiziert. Die Kinder und Jugendlichen aus der Türkei kommen fast ausnahmslos aus hierarchisch strukturierten Familien und haben eine autoritäre Erziehung genossen. "Wir haben generell unser antiautoritäres, kumpelhaftes Verhalten gegenüber den Kindern neu bestimmt. Die Kluft zwischen Schülerladen und Umgebung ist zu groß gewesen. Wir hatten die Werte, die die Kinder durch ihre Sozialisation erfahren hatten, zu sehr in Frage gestellt. Durch die türkischen Betreuer, die sich eindeutig als Autoritätspersonen geben, hat sich auch das Verhalten der deutschen Betreuer geändert. Wir stellen durchschaubare Regeln auf."<sup>5</sup>

### **Ausländerprojekt! Was das so heißen kann**

1979 steht die Türkei am Rande eines Bürgerkrieges. Täglich fordern Attentate und Schießereien zwischen Mitgliedern der faschistischen und linken Organisationen Opfer. Zum Beispiel belagern die faschistischen "Grauen Wölfe" 1979 über Tage die Städte Corum und Maras im kurdischen Grenzgebiet und töten Hunderte von Linken. Die Ökonomie des Landes kollabiert und die Arbeitslosenzahl bewegt sich auf zehn Millionen zu. Es kommt zu Massenstreiks der Arbeiter. Vor allem den linken Jugendlichen erscheint der Ausbruch der Revolution und des bewaffneten Volkskampfes nur noch eine Frage von Monaten und Wochen. Auch die ausländischen Mitarbeiter in der "Putte" sind von der 'revolutionären Erschütterung' in ihrem Heimatland erfaßt. 1979 herrscht in Berlin eine Situation, die für fortschrittliche Menschen aus der Türkei gefährlich ist. Im Frühjahr 1979 häufen sich die Übergriffe der "Grauen Wölfe" auf linke Türken in Berlin: Eine Entwicklung, die von der Westberliner Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird.

Hier einige besonders markante Vorfälle:

24.03. Flugblattverteiler des Vereins Arbeiter-Jugend der Türkei werden in Neukölln von "Grauen Wölfen" und Mitgliedern der MSP (Nationale Heilspartei) mit Ketten und Schlagstöcken angegriffen.

---

<sup>4</sup> ebenda, S. 201

<sup>5</sup> Berliner Sonderprojekte, 'Ein Platz an der Sonne.' Bilder und Berichte von Eltern, Kindern und Betreuern, Berlin 1978, S. 129

30.03. Nachts schießen türkische Faschisten viermal auf das Vereinslokal des Vereins der Arbeiter aus der Türkei in der Bellermannstraße im Wedding.

03.04. Auf den Versammlungsraum des Kultur- und Solidaritätsvereins Berlin in der Burgsdorfstraße im Wedding werden sieben Schüsse abgegeben.

10.04. In der Nacht wird ein Brandanschlag auf das Büro der Werktätigen aus der Türkei in der Naunynstraße verübt.

28.04. Am Leopoldplatz werden Flugblattverteiler des Kultur- und Solidaritätsvereins von bewaffneten Faschisten angegriffen und verletzt.

04.05. Am Kottbusser Damm, Ecke Maybachufer überfallen ca. 100 Faschisten und religiöse Fanatiker während des Wochenmarktes Flugblattverteiler der fortschrittlichen Arbeitervereine aus der Türkei. Die mit Messern, Ketten und Knüppeln Bewaffneten fügen zum Teil schwere Verletzungen zu.

Diese aufgeheizte Situation hat natürlich ihre Auswirkungen auf die Arbeit in der "Putte". Es kommt zu lebhaften Auseinandersetzungen um die richtige politische und pädagogische Praxis. "Die Situation in der Türkei war für viele deutsche Kollegen schwer verständlich und verwirrend. Die Diskussionen und Aufsplitterung der Linken aus der Türkei war für die deutsche Linke negativ besetzt. Sie verglichen die Auseinandersetzungen der Kollegen aus der Türkei mit den eigenen negativen Erfahrungen in der Nachstudentenbewegung, ohne wirklich zu begreifen, was da in der Türkei abließ. Generell kann man sagen, daß die deutsche Linke Ende der siebziger Jahre sich fast ausschließlich mit der "Alternativbewegung" beschäftigte", erinnert sich eine "Putte"-Mitarbeiterin.

Vorwürfe und Anschuldigungen werden ausgetauscht. Die einen kritisieren, daß sich die politische Arbeit einiger Kollegen gänzlich auf die Türkei orientiert und auf die anstehenden Tagesprobleme der Bevölkerung aus der Türkei hier in der BRD und Berlin-West kaum einen Gedanken verschwenden. Und daß sie Pädagogik mit politischer Agitation verwechseln. Die anderen werfen Mitarbeitern eine Reduzierung der Stadtteilarbeit auf reine Pädagogik vor. Die revolutionäre Situation in der Türkei zieht eine Trennungslinie quer durch die deutschen und die Mitarbeiter aus der Türkei. Der Streit um die richtige pädagogische Praxis und politische Strategie wird von den unterschiedlichen Fraktionen mit allen Haken und Ösen ausgetragen. Es gibt keine Trennung zwischen deutschen Kollegen auf der einen Seite und Kollegen aus der Türkei auf der anderen Seite, aber eine tiefe Kluft zwischen den Anhängern unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Ansätze. Aufgearbeitet wurde der über zwei Jahre schwelende Konflikt nie. Noch heute ist

es unmöglich, die Protagonisten von damals an einen Tisch zu bekommen, um die gemachten Fehler in Lernerfahrungen für Heute und die Zukunft zu verwandeln. Beendet wird der Konflikt durch einen Generationswechsel unter den Mitarbeitern. Der Rest wird in einen Mantel des Schweigens und Vergessens gehüllt.

Der kleinste gemeinsame Nenner, unter dem sich die Irrungen und Verwirrungen in der "Putte" zusammenfassen lassen, ist die Formel: "Die politische und pädagogische Schiene der Arbeit in der "Putte" haben sich parallel entwickelt."

### **Abschied von der Puttbusser Straße**

Die Raumsituation im "Putte-Notquartier" wird immer bedrückender. Allen Beteiligten ist klar, daß es eine Zukunft des Projektes nur in neuen Räumen geben kann. Hinzu kommt, daß die Ausländer durch die fortschreitenden Sanierungsmaßnahmen allmählich aus "ihrem Gebiet" in Gesundbrunnen vertrieben werden. "Die Entwicklung im Sanierungsgebiet Gesundbrunnen, dem bisherigen Hauptballungsgebiet der Ausländer, hat zur fortschreitenden Abwanderung der ausländischen Bevölkerung aus diesem Gebiet geführt. Gegenüber Ende 1973 hat sich die Zahl der hier lebenden Ausländer von 8.546 um 3.295 auf 5.251 verringert. Der Anteil der Ausländer, die in den neu errichteten Wohngebieten Aufnahme gefunden haben, ist verschwindend gering."<sup>6</sup>

Schon bald konzentriert sich die Suche nach geeigneten Räumen auf das Gebiet rund um die "Fabrik Osloer Straße". Die Gegend ist zu diesem Zeitpunkt Sanierungsverdachtsgebiet, mit der typischen Sozialstruktur des "Wohnens auf Abriß". In unmittelbarer Nähe der "Fabrik Osloer Straße" beträgt Ende der siebziger Jahre der Ausländeranteil an der Bevölkerung 45%. Bei den Jugendlichen unter fünfzehn Jahren beträgt der Anteil sogar mehr als 75%. Viele der Familien aus der Türkei, die aus dem Gesundbrunnen abwandern, lassen sich hier nieder.

Nach einigen Schwierigkeiten gelingt es der "Putte" in der Biesentaler Straße, die fast vollständig von dem Sanierungsträger DEGEWO aufgekauft worden ist, eine Ladenwohnung anzumieten. Der Laden wird mit Zuschüssen des Senats und mit Hilfe der "UFA-Leute" renoviert und ausgebaut. Im Sommer 1978 kann der Schülerladen endlich die Puttbusser Straße verlassen und in die Biesentaler Straße 5 einziehen. Bereits im Winter 1978/79 zeigt

---

<sup>6</sup> Drucksache der Bezirksverordnetenversammlung Wedding, Nr. 755, S. 2, 1978

sich, daß die neuen Räume zu keiner Entspannung der Situation führen. Die Jugendlichen flüchten aus der Putbusser Straße und nutzen den wärmeren und freundlicheren Schülerladen in der Biesentaler Straße am Abend als Jugendladen. Der Laden platzt aus allen Nähten.

### **"Atomkrieg gegen die "Putte"**

Nachdem sich abzeichnet, daß in der Nähe des Schülerladens keine weiteren Räumlichkeiten für den Jugendladen anzumieten sind, kommt es zu den ersten Verhandlungen mit den Pfadfindern, die kurz vorher in die "Fabrik Osloer Straße" einzogen. Als das Bezirksamt von den Plänen der "Putte", in der "Fabrik Osloer Straße" einzuziehen, Wind bekommt, läßt es nichts unversucht, den geplanten Einzug zu verhindern. Das Bezirksamt hat Angst, daß mit Einzug der "Putte" eine Kündigung des zunächst auf fünf Jahre abgeschlossenen Nutzungsvertrages für das Gelände der "Fabrik Osloer Straße" unmöglich wird. Ein Bezirksamtsvertreter formuliert seine Befürchtungen gegenüber der DEGEWO: "Wenn die da reinkommen, müssen wir gegen die einen Atomkrieg führen."<sup>7</sup> Die Bezirksvertreter sehen ihre Sanierungspläne im Block der "Fabrik Osloer Straße" gefährdet und fürchten nichts mehr als ein "Widerstandsnest", bestehend aus den Pfadfindern und der "Putte". In der Bezirksverordnetenversammlung vom 21.6.1979 dokumentieren die Bezirksverordneten der CDU und SPD nochmals ihre Interessengemeinschaft bezüglich der Sanierungsvorhaben und ihren Widerwillen gegenüber jeder Form unkontrollierter Basisaktivitäten:

"Wer die Schuppen kennt, die da noch stehen, und die dort stehengeblieben sind, weil die Bauaufsicht da mehr als zwei Augen zgedrückt hatte im Hinblick darauf, daß diese Fabrikation (gemeint ist die Firma Roller, E.S.) sowieso verlegt wird, weiß, es ist Schamott. Ich kann mir keine sinnvolle pädagogische Konzeption vorstellen, die dort durchführbar ist. Es sei denn, es werden erhebliche Mittel investiert und auch dann bleibt es unbefriedigend. Es mag sein, daß ich als Weddinger Junge da auch ein bißchen allergisch bin. Ich finde es entsetzlich, wiederum pädagogische Arbeit im Hinterhof zu leisten." (Winfried Tromp, Bezirksstadtrat für Jugend und Sport)  
(Zwischenruf: Im Zille-Milieu) (Beifall)

"Wir kommen immer auf den Punkt, daß irgendwo, das muß nicht die Putte sein, eine Bürgerinitiative sich gründet, lautstark versucht, die Öffentlichkeit für sich zu beeinflussen, lautstark durch die Stadt zieht und dann kommt die Senatshauptverwaltung, wer es immer ist, und schüttet ungeprüft Millionenbeträge hinterher, ohne vorher zu wissen, welche Konzeptionen dahinterstehen..." (Sozialstadtrat Nisblé, SPD)

---

<sup>7</sup> Weddinger Neue Zeitung, Juni 1979, S. 5

"Wenn Sie mich fragen, ich hoffe, Sie fordern mich nicht dazu auf, ich habe mehrfach in der Woche, wenn auch immer nur für kurze Zeit, zumindest vom Äußeren her, etwa miterleben können, wie die Putte in ihrem sogenannten Notquartier gearbeitet und gehaust hat. Das war für mich keine Ermutigung..." (Possehl, SPD)

"Ich denke, diese Menschen haben eine Therapie nötig." (Günter Jahn, SPD)<sup>8</sup>

Mit Hilfe einer intensiven Öffentlichkeitskampagne, mit Flugblättern, einer zweisprachigen "Putte-Zeitung", Rundfunkbeiträgen, Zeitungsartikeln und einem Straßenfest gelingt es dem Projekt im Herbst 1979, doch noch vertraglich abgesichert in die "Fabrik Osloer Straße" einzuziehen.

### **Konsolidierung der "Putte" und konzeptionelle Erweiterung der Arbeit**

Der Umzug in die "Fabrik Osloer Straße" verändert und verbessert die Arbeit der "Putte". Saßen noch 1979 vom Kleinkind über den Jugendlichen bis hin zum Erwachsenen alle in den zwei Räumen der Ladenwohnung in der Biesentaler Straße, so hatte zwei Jahre später jede Generation bzw. Gruppe ihre eigenen Räumlichkeiten. Neben dem Schüler- und Jugendladen entstehen die Vorschulgruppe, die Beratungsstelle, die Mädchen- und Frauengruppe.

1980 steht dem Projekt zwar genug Raum zur Verfügung, was den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Folgezeit noch einiges Kopfzerbrechen bereiten wird.

Der neue Standort des Jugendladens in der "Fabrik Osloer Straße" ist eine ehemalige Fabriketage, die lange Zeit leerstand. "Es gab lediglich einen Fußboden, der kaum zu reinigen war, viele Fenster waren zerbrochen, die sanitären Einrichtungen waren mehr als dürftig und es fehlte an Kochmöglichkeiten. Der Fußboden und das Inventar war so schlecht zu pflegen, daß man sich nach ein paar Stunden Aufenthalt im Jugendladen ersteinmal gründlich waschen mußte. In den ersten Wintern war es bei starkem Frost so kalt, daß wir vorübergehend schließen mußten. Die Heizung funktionierte schlecht und die Fenster waren schlecht isoliert. Trotz all dieser Schwierigkeiten waren die Jugendlichen froh, aus den beengten räumlichen Verhältnissen in der Biesentaler Straße herauszukommen und hochmotiviert, die Räume instandzusetzen. Über die Renovierungsarbeiten in der Fabriketage kam schnell neuer Schwung in die Jugendarbeit", erinnert sich ein Erzieher.

---

<sup>8</sup> Auszüge aus dem Wortprotokoll der Bezirksverordnetenversammlung vom 21.6.1979

1981 starten Praktikantinnen das Experiment, den Jugendladen an einem Tag in der Woche nur für Mädchen zu öffnen. Dadurch soll den Mädchen aus der Türkei die Möglichkeit geschaffen werden, sich zu treffen. Der "Emanzipationsvorstoß" findet wenig Gegenliebe bei den männlichen Jugendlichen, die die Eingangstür belagern und randalieren. Bald stellt sich auch heraus, daß der Jugendladen, der von der Straße nicht einzusehen ist, für die Arbeit mit türkischen Mädchen ungeeignet ist. Die Eltern haben sie nicht "im Blick" und lassen sie deshalb häufig nicht zu den Treffen kommen. Erst als ein Raum im Vorderhaus der "Fabrik Osloer Straße" eingerichtet wird, in den die besorgten Eltern Einsicht haben, kommen mehr Mädchen zu den Treffen. 1982 wird die zunächst unentgeltlich geleistete Arbeit vom Senat finanziert.

Die bereits 1980 gegründete Vorschulgruppe für deutsche Kinder und Kinder aus der Türkei stößt anfangs auf wenig Resonanz. Die Vorurteile gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sind groß. In den Augen vieler Eltern sind sie Hippies, Punks, Huren und sonstiges Pack. "Da nun die Vorschule da war, aber die Kinder fehlten, sind wir mit den drei Kindern, die bereits zu uns kamen, auf die umliegenden Spielplätze gegangen und haben mit den Müttern direkt gesprochen", erzählt eine Erzieherin über die Anfangsschwierigkeiten. "Wir haben sie zu uns eingeladen und es kam zu ersten Kontakten. Wir organisierten ein Frühstück für die Frauen, um über die Kinder zu sprechen. Es war eine tolle Atmosphäre und die Frauen wollten gar nicht mehr gehen. In diesen Gesprächen haben wir viel über die Situation der Frauen erfahren. Über Isolation, ihren Analphabetismus, ihre Familienschwierigkeiten etc. Aus dem Vorschlag der Frauen, sich öfters zu treffen, entstand schließlich die Frauengruppe." Diese wird drei Jahre lang über den Finktopf und die Sprachkurse über den Sprachverband finanziert. Eine Schwierigkeit ist die Unsicherheit der Finanzierung, die immer nur für ein Jahr gewährt wird. Die beantragte Dauerfinanzierung nach drei Jahren wird abgelehnt. Der Senat signalisiert, daß es keine weitere Förderung mehr für die Frauengruppe der "Putte" gibt. Es gelingt jedoch, die inhaltliche Arbeit mit Hilfe eines Kooperationsvertrages mit der Nachbarschaftsetage der "Fabrik" unverändert weiterlaufen zu lassen.

Hat die "Putte" mit der Frauenarbeit noch Glück, mußten in der Vergangenheit eine Reihe von Aktivitäten eingestellt werden, da entweder die Finanzierung gestrichen wurde oder unentgeltlich geleistete Arbeit sich auf Dauer nicht aufrecht erhalten ließ:

Seit 1980 betreut die "Putte" straffällig gewordene Ausländer in der Jugendstrafanstalt Plötzensee. Aus dem Fond für Ausländerprojekte wurde

diese Arbeit mit jährlich 50.000,- DM gefördert. "Wir wollten eigentlich nur draußen Jugendarbeit machen. Aber einige unserer Jugendlichen kamen mit Rauschgift in Berührung oder begingen Einbrüche. Im Knast fühlten sie sich von uns vernachlässigt. Also gingen wir hin."<sup>9</sup> Fünf Honorarkräfte arbeiten in Plötzensee. Sport, Spiel und Kultur stehen auf dem Tagesprogramm, Saz-instrumente, Schallplatten und türkische Literatur wurden angeschafft, Schreib- und Lesekurse eingerichtet. Obgleich die Aktivitäten ein breites Echo gefunden haben, wird die Förderungssumme von 50.000,- DM aufgrund von Haushaltskürzungen des Senats gestrichen. Der Versuch, die Arbeit über die Zuwendung von Lottogeldern und Bußgeldern von seiten des Jugendgerichts weiterzuführen, scheitert an den ideologischen Bedenken einiger "Putte"-Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die eine solche Finanzierungsquelle ihrer Arbeit als unmoralisch ablehnen.

Als Nachfolgeprojekt für die Knastarbeit wird das "rathaus" eingerichtet. Die Beratungsarbeit hat über die Jahre niemals eine Förderung erhalten. Sie wird seit Jahren über die ehrenamtliche zusätzliche Arbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen finanziert. Unter anderem ist die Beratungsarbeit deshalb ein "Sorgenkind" der "Putte". Zwar sieht jeder Mitarbeiter die Bedeutung für die Kontakte zu den Familien, auf der anderen Seite ist sie eine große Belastung. Die Beratungsaktivitäten weiten sich immer mehr aus. Die Leute kommen mit Lohnsteuerjahresausgleichen, Gewerbeanträgen etc., also mit Problemen, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der "Putte" fallen. Es zeigt sich bald, daß das "rathaus" nicht wie ursprünglich geplant zu einer Entlastung in der Elternarbeit führt, sondern zu einer zusätzlichen Serviceleistung für die türkische Bevölkerung wird. Der Versuch, die Jugendberatung innerhalb des "rathauses" zu installieren, scheitert bald an den Stellenkürzungen.

### Die Last des Bauens

Die Konzeptionelle Ausweitung der "Putte" in der Fabrik erfolgte, ohne daß jemand wußte, was langfristig mit der "Fabrik Osloer Straße" passieren würde und ob die Räume jemals modernisiert würden. Es wurde nach Kräften mit den knappen, finanziellen Mitteln improvisiert, um sich wenigstens notdürftig einzurichten.

---

<sup>9</sup> Die Knastarbeit: Seit 1980 betreut die Bürgerinitiative "Putte" straffällig gewordene Ausländer in der Jugendstrafanstalt Plötzensee, in: Zitty Nr. 25, 1981



Nach langwierigen Verhandlungen wurde das "Sozialpädagogische Institut Berlin" als treuhänderischer Sanierungsträger gefunden und ein Selbsthilfe-Modernisierungsvertrag mit dem Senat abgeschlossen. Damit waren sowohl der langfristige Erhalt der "Fabrik Osloer Straße" als auch die Geldmittel für die notwendigen Modernisierungsarbeiten gesichert. 1983 wußte noch niemand, was es bedeutet, Sanierungsarbeiten in Eigenregie durchzuführen und 15% der gesamten Bausumme in Form der sogenannten Muskelhypothek abzarbeiten und gleichzeitig pädagogische Arbeit zu leisten. Die Lösung des Problems glich der Quadratur des Kreises und ging folglich einigermmaßen schief.

"Die Bauarbeiten im Jugendladen liefen bis zur endgültigen Fertigstellung über 14 Monate. Zunächst versuchten wir, wie 1980 bei unserem Einzug in die Fabriketage, die Jugendlichen in die Arbeit mit einzubeziehen. Dies gelang jedoch nur für ein paar Monate. Die Jugendlichen verloren die Motivation, weil die Arbeiten sehr langwierig waren und oft Fachkenntnisse voraussetzten. Der Versuch, Jugendarbeit und Bauarbeit parallel aufrecht zu erhalten, mißglückte. Die Doppelbelastung wuchs uns einfach über den Kopf. Die Jugendlichen verloren den Kontakt zu uns und orientierten sich anderweitig. Einige von ihnen rutschten ab ins Drogenmilieu und verkehrten in den einschlägigen Kneipen. Nach Abschluß der Bauarbeiten im Februar 1985 war es für uns ungeheuer schwer, das Vertrauen, vor allem zu den Problemjugendlichen, wieder herzustellen." So die Schilderung eines Erziehers zu der Zeit der Bauarbeiten im Jugendladen. Nach kurzer Verschnaufpause gingen die Bauarbeiten in der Vorschule, in der Frauen- und Mädchen-Gruppe und im "rathaus" los. Keiner der Mitarbeiter und keine der Mitarbeiterinnen denkt gerne an diese Zeit zurück. Einige warfen entnervt das Handtuch. Zu groß war die Belastung an Wochenenden, im Urlaub und in Überstunden auf der Baustelle zu stehen, um den Selbsthilfeanteil abzarbeiten. "Uns fragten Leute, denen wir vom Projekt erzählten, ob wir bekloppt seien, unseren Arbeitsplatz an Wochenenden zu renovieren. Naja, irgendwann haben wir uns das auch gefragt. Und was es uns bringt, mit den unbezahlten Überstunden eine Miete billig zu halten, die sowieso vom Senat bezahlt wird. Einen sichtbaren Vorteil haben wir von dem ganzen Baustreß nicht gehabt, außer daß wir uns mit der Zeit immer mehr anmachten und bei unseren Pleinen in den letzten Jahren nur noch über das Bauen geredet wurde, anstatt über unsere pädagogische Arbeit", faßt eine ehemalige Mitarbeiterin der Vorschule ihre letzten Jahre in der "Putte" zusammen.

## **DIE "FABRIK OSLOER STRASSE"**

**Von der Maschinenfabrik zum Stadtteilzentrum**

**Von Gerhard Groß**

Die "Fabrik Osloer Straße" umfaßt heute den Gebäudekomplex Osloer Straße 12/Prinzenallee 24, die Gebäude der ehemaligen Maschinenfabrik A.Roller.

Die Firma Roller war ein Weddinger Traditionsbetrieb. 1855 von dem Handwerker Albert Roller gegründet, wechselte sie Ende des 19. Jahrhunderts zweimal ihren Besitzer, bevor 1890 der Firmensitz in der Prinzenallee 24 eingeweiht wurde.

Nach Jahrzehnten wirtschaftlichen Aufschwungs, in denen die Firma dank ihrer Hauptprodukte, Maschinen zur Herstellung von Zündhölzern, zeitweise führend auf dem Weltmarkt war, blieb sie in den 70er Jahren dieses Jahrhunderts nicht verschont von der allgemeinen Krise auf dem Weltmarkt. Insbesondere die Devisenknappheit außereuropäischer Länder, aber auch die Verdrängung der Zündhölzer durch "Wegwerffeuerverzeuge" reduzierten den Auftragsbestand der Firma. Zudem entsprach die Produktionsstätte nicht den Anforderungen "moderner" Industrieanlagen, so daß der Firmensitz 1977 zunächst nach Reinickendorf verlegt wurde, wo die Firma 1979 das Konkursverfahren einleiten mußte.

Mit dem Auszug 1977 aus dem Wedding hinterließ die Firma den Gebäudekomplex mit über 6.000 qm umbauter Fläche, der zunächst in das Vermögen der DEGEWO überwechselte.

Bereits im darauffolgenden Jahr beginnt mit dem Einzug einer ersten Gruppe des "Bundes Deutscher Pfadfinder (BDP)" die Geschichte der "Fabrik Osloer Straße".

Die BDP-Gruppe - schon mit einiger Erfahrung in der Jugendarbeit - begann zunächst mit der Schaffung zweier Jugendwohngemeinschaften. Aber das Fernziel bestand in der Nutzung der gesamten Fabrikanlage für ein Stadtteil- und Kulturzentrum, bei dem die Jugendarbeit, insbesondere die Berufsausbildung für benachteiligte Jugendliche, breiten Raum finden sollte.

"Durchbruch e.V.", das ältere unserer beiden Ausbildungsprojekte, entstand auf Initiative des BDP, bevor aus dieser ein eigenständiger Verein her-

vorging. Seit 1982 bietet "Durchbruch e.V." 12 Ausbildungsplätze für Gas-Wasser-Installateure, die ausschließlich solchen Jugendlichen vorbehalten sind, die in aller Regel in keinem anderen Betrieb einen Ausbildungsplatz finden können.

Eines der vorrangigen Probleme in der Anfangszeit war die Nutzbar-machung und der Erhalt der Gebäude. Zwar war die Bausubstanz gut, die Gebäude für sich jedoch wenig geeignet für das, was an Projektarbeit ge-macht werden sollte. Zudem waren natürlich die gesamten Versorgungsein-richtungen, soweit überhaupt vorhanden, völlig veraltet und sanierungs-bedürftig.

Es wurden also Bündnispartner gesucht, die als Mitnutzer beim Aufbau der Fabrik helfen sollten. Ein erster, zunächst auf fünf Jahre beschränkter Nutzungsvertrag mit der DEGEWO räumte dem BDP die Verfügungsgewalt über den gesamten Komplex ein.

So kamen zu Beginn der 80er Jahre die meisten der heute vertretenen Projekte auf das Gelände und begannen mit ihrer Arbeit. Erstaunlich ist hierbei die Kontinuität, denn mit Ausnahme der "Werkschule e.V.", die 1985 in eigene Räumlichkeiten umzog, sind alle 'großen' Projekte der Anfangszeit auch heute noch in der "Fabrik Osloer Straße".

Bei der Zusammensetzung wurde großer Wert auf eine bestimmte Mischung gelegt. Auf keinen Fall sollte die Fabrik zu einer Insel sozialer Dienstleistung werden, was dazu führte, daß schon 1980 die ersten Kleinge-werbetreibenden auf das Gelände kamen.

Die KFZ-Werkstatt "Autokiste" und die "Druckwerkstätten Hatziladis" zählen deshalb zu den Veteranen der "Fabrik" und haben das Bild entschei-dend mitgeprägt, vor allem, weil die Gewerbetreibenden großen Anteil an der später einsetzenden Selbsthilfemodernisierung hatten.

1988 erweiterte sich die "Gewerbegruppe" um die Tischlerei "Walkenbach und Heyer GmbH". Im April dieses Jahres wechselten die Druckwerkstätten ihren Besitzer und werden jetzt von einem vierköpfigen Kollektiv betrieben, welches den Betrieb in absehbarer Zeit von den sehr gesundheits- und umweltschädigenden konventionellen Arbeitsweisen im Druckbereich auf umweltverträglichere Produktionsweisen umstellen wird. Im Juni 1991 wird der bisher ausschließlich auf Siebdruck spezialisierte Betrieb um einen Klein-Offset-Bereich erweitert, um somit die Produktpalette zu vergrößern, die bei der späteren Verwendung ausschließlich wässriger und lösungsmittelfreier Farbsysteme entgegen anderen Siebdruckereien eingeschränkt sein wird.

Mit "Putte e.V." erhielt der BDP 1980 Unterstützung durch das 1972 gegründete Ausländerprojekt und Sonderprojekt. "Putte e.V.", dessen Name auf den ersten Vereinssitz in der Puttbusser Straße zurückgeht, ist heute mit 5 Arbeitsbereichen in der "Fabrik" vertreten:

- gemischtsprachige Vorschule für deutsche, türkische und arabische Kinder;
- Jugendladen (offene Jugendarbeit mit überwiegend türkischen Jugendlichen);
- Mädchengruppen für türkische und arabische Mädchen verschiedener Altersgruppen;
- Frauengruppe für türkische und arabische Frauen (in Kooperation mit der "Nachbarschaftsetage" der "Fabrik Osloer Straße")
- "rathaus", ein Beratungsladen für ausländische Nachbarn (Mietrecht, Sozialrecht, Arbeitsrecht etc.)
- außerdem betreibt die "Putte" außerhalb unseres Geländes noch den "Putte"-Schülerladen in der Biesentaler Str.

Das Projekt mit dem langen Atem ist die "Wohnwerkstatt e.V." In der "Fabrik" vertreten seit 1981, hat die "Wohnwerkstatt" bis 1989 dafür gestritten, als Träger für einen Ausbildungsbetrieb für Bauschlosser/innen anerkannt zu werden und die entsprechende Förderung zu erhalten. Die Jahre dazwischen dienten ferner dem Ausbau von Werkstatt und Wohnung und der Durchführung diverser Maßnahmen, wie z.B. des Berufsvorbereitungsjahres für arbeitslose Jugendliche.

Wie schon der Name verrät, ist "Wohnwerkstatt" eine Verbindung von Berufsausbildung und Wohnen. Letzteres findet seinen Niederschlag zunächst in einer außenliegenden betreuten Jugendwohngemeinschaft. Nachdem in den vergangenen Jahren die unmittelbare Kombination von Berufsausbildung und betreutem Wohnen unter einem Dach nicht weiter verfolgt wurde, plant "Wohnwerkstatt" für Herbst 1991 die Neugründung einer Jugendwohngemeinschaft auf dem Gelände der Fabrik.

Der BDP ist auch heute noch auf dem Gelände vertreten, wenngleich nicht mehr in der 'führenden' Rolle wie in den Jahren bis 1982, dem Gründungsjahr des Vereins "Fabrik Osloer Straße".

Zunächst existiert auch heute noch eine Jugendwohngemeinschaft mit derzeit 6 Wohnplätzen. Daneben betreibt der BDP seit 1985 die BDP-Jugendgästetage, ein Übernachtungshotel für Jugendgruppen, das auch bei der Programmgestaltung während eines Berlin-Besuchs Hilfestellung bietet.

Allen Projekten, die Anfang der 80er Jahre einzogen, war ein großes Problem gemein: Wie sollte der notwendige, aber teure Ausbau der Räumlichkeiten bewerkstelligt werden? Relativ schnell war klar, daß dies auf keinen

Fall ohne fremde Hilfe, insbesondere finanzielle Zuwendungen zu schaffen war. Zunächst gelang es dem BDP, erste finanzielle Unterstützung aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie zu erhalten, mit der ein Teil der Räumlichkeiten, vorrangig die Jugend-WG's und weitere Gemeinschaftsräume ausgebaut werden konnte.

Ein entscheidender Einschnitt in der Geschichte der "Fabrik Osloer Straße" stellt das Jahr 1982 dar. Um mit der Verwaltung des Gebäudes und allen weiteren Arbeiten nicht alleine zu stehen, und auch um eine vom BDP unabhängige juristische Person zu haben, regte der BDP an, daß die Nutzer der "Fabrik Osloer Straße" einen eigenen Verein gründen sollten. Dies war die Geburtsstunde des Vereins "Fabrik Osloer Straße", dem fortan die Führung der Geschäfte der Fabrik übertragen wurde.

Zur Bewältigung des Problems der Instandsetzung zeichnete sich eine andere Möglichkeit ab. Die Jahre 1979 bis 1981 waren gekennzeichnet von einer starken Hausbesetzerbewegung, die in Deutschland in Berlin/West ihre stärkste Ausprägung hatte. Zur politischen Befriedung dieser sozialpolitischen Bewegung wurde in Berlin das Instrument der Selbsthilfe-Modernisierung geschaffen, in deren Genuß auch die "Fabrik Osloer Straße" kam. Möglich konnte diese Entwicklung aber nur mit engagierten Bündnispartnern werden. Der wichtigste war das "Sozialpädagogische Institut Berlin SPI" mit seinem Bereich "Ausnahme und Regel", das von 1982 an bis heute die Entwicklung der "Fabrik Osloer Straße" mit geprägt hat.

Das SPI erwarb als treuhänderischer Sanierungsträger des Landes Berlin die Gebäude und schloß 1983 mit dem Verein "Fabrik Osloer Straße" einen Nutzungsvertrag ab, der den Bestand der "Fabrik Osloer Straße" langfristig sichern sollte. Mit dem Land Berlin schloß das SPI einen Modernisierungsvertrag hinsichtlich aller Gebäudeteile der ehemaligen Firma Roller mit Ausnahme der ehemaligen Montagehalle ab.

Das Prinzip, das hinter dem Verfahren des SPI stand, suchte nach einer Verknüpfung von baulicher und sozialer Selbsthilfe. Neben dem Erhalt von preiswertem Wohn- und Projektraum, sowie der Kostendämpfung beim Bauen, sollte eine Reihe von zusätzlichen Effekten bei diesem Verfahren erzielt werden. Die Unterstützung des SPI beschränkte sich von daher nicht auf die reine Baubetreuung und Zuwendungsabwicklung, sondern erweiterte sich um eine Fülle von konkreten Beratungs- und Unterstützungsaktivitäten bis hin zur Hilfe bei der Konzeptionierung, Beantragung und Etablierung ganzer Projekte bzw. Projektbereiche.

Der Modernisierungsvertrag selber ermöglichte nunmehr den 'Großangriff' auf die Baustelle der "Fabrik Osloer Straße" und ließ einen den geplanten Nutzungszwecken entsprechenden Umbau der gesamten Räumlichkeiten zu, die bislang noch nicht modernisiert werden konnten. Allerdings war die Zuwendung gekoppelt an die Verpflichtung des Vereins und seiner Projekte, eine fünfzehnprozentige Eigenleistung auf alle notwendigen Baumaßnahmen zu erbringen. In Zahlen ausgedrückt war dies eine Summe von über 700.000,- DM, die nun dadurch erwirtschaftet werden mußte, daß alle Mitnutzer der Fabrik auf der Baustelle unentgeltliche Arbeitsleistungen erbringen mußten. Auf diese Weise sind zwischen 60.000 und 70.000 Arbeitsstunden geleistet worden. Eine Restsumme von ca. 100.000,- DM konnte nicht mehr erbracht werden und wird zur Zeit über einen Bankkredit zwischenfinanziert, für den 15 Privatpersonen anteilig bürgen.

Bauliche Selbsthilfe wird im Rückblick oftmals verklärt dargestellt. Für die "Fabrik Osloer Straße" muß gesagt werden, daß einer der am häufigsten erwähnten positiven Aspekte der Selbsthilfe, nämlich die höhere Identifikation Einzelner mit dem Ganzen, genauer die Erfahrung, selber Hand angelegt und aktiv am Veränderungsprozeß teilgenommen zu haben, mit Sicherheit bei den meisten der alteingesessenen Selbsthelfer und Selbsthelferinnen festgestellt werden kann. Weniger verklärend muß jedoch festgehalten werden, daß das hohe Maß an Belastung, dem sie ausgesetzt waren, deutliche Spuren hinterlassen hat. Viel von der Energie, die für die inhaltliche Arbeit in den Projekten benötigt wurde, ist während und noch öfter nach den Arbeitszeiten und vor allem an vielen Wochenenden in die bauliche Selbsthilfe geflossen und hat somit manchen Entwicklungsprozeß erheblich verlangsamt.

Dies wird insbesondere daran ersichtlich, daß die Fülle der inhaltlichen Aufgaben, die sich ebenfalls als eine verbindende Klammer über die Projekte spannen sollten, nur sehr langsam angegangen werden konnte. Neben den eigentlichen Aufgaben der Einzelprojekte besteht der Anspruch der Mitgliederprojekte des Vereins, im und für den Wedding als Stadtteil- und Kulturzentrum wirksam zu werden und nicht nur als reines Dienstleistungsunternehmen für die 'Mieter' des Hauses zu funktionieren.

Der Ort, an dem sich dies manifestieren soll, ist zunächst die "Nachbarschaftsetage" in der Fabrik, die 1985 als vereinseigener Projektbereich etabliert wurde, nachdem ein vorangegangenes Gemeinwesenprojekt ("Plumpe e.V.") gescheitert war. Von hier aus sollen Angebote im soziokulturellen Bereich unterbreitet werden, die sich vorrangig an die Quartiers-

bewohner richten. Bei der Konzeptionierung des Arbeitsbereiches der "Nachbarschaftsetage" war wiederum das SPI maßgeblich mit Rat und Unterstützung beteiligt. Die Anfangsschwierigkeit bestand zunächst darin, eine Förderung für Personal- und Sachkosten für die geplante Arbeit zu erhalten, denn klar war, daß diese Arbeit schwerlich zusätzlich zur baulichen Selbsthilfe von den Beschäftigten der anderen Projekte allein geleistet werden konnte.

Neben einer schmalen Finanzierung durch die Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales, die für 1,5 Personalstellen, geringfügige Sachkosten und Honorarmittel ausreichte, bediente sich die "Fabrik Osloer Straße" zunächst der Förderwege über das Arbeitsförderungsgesetz und Bundessozialhilfegesetz, um weitere zwingend notwendige Personalstellen zu schaffen. Trotz anfänglich sehr guter Erfahrungen mit der Beschäftigung von ABM-Kräften, zeigte sich nach ca. zwei Jahren, daß dieses Instrument zum Aufbau einer kontinuierlichen Arbeit nicht geeignet ist, da kein Team über längere Zeit hinweg Bestand haben konnte.

Deshalb wurden die Bemühungen verstärkt, zusätzliche Finanzmittel zu erhalten, um ein festes Team für die "Nachbarschaftsetage" finanzieren zu können. Zugleich wurden Ansprüche an das, was geleistet werden sollte, auf weniger Arbeitsbereiche reduziert und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur noch dort eingerichtet, wo zusätzliche Arbeiten in einem überschaubaren Zeitraum absolviert werden sollten und konnten.

Eine weitere feste Stelle für eine Sozialarbeiterin konnte erst im Herbst 1989 besetzt werden. Im Frühjahr 1990 kam eine ABM-Stelle als Ersatz für eine dritte gewünschte feste Stelle hinzu, die den allgemeinen Einsparungen in Folge der politischen Ereignisse nach der Maueröffnung zum Opfer gefallen war. Somit hat die "Nachbarschaftsetage" heute ein, wenn auch kleines, so doch arbeitsfähiges Team, das nunmehr mit größerer Autonomie von den Entscheidungsgremien der "Fabrik Osloer Straße" gleichsam stellvertretend für diese die Aufgaben der Nachbarschafts- und Gemeinwesenarbeit im wesentlichen wahrnimmt.

Parallel dazu wurde aus Mitteln der Hausverwaltung des Vereins das "Café" der "Fabrik Osloer Straße" ausgebaut, so daß es möglich wurde, eine Gaststättenkonzession zu erwerben. Das "Café" ist damit auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

Die "Fabrik Osloer Straße" bietet zur Zeit ca. 115 Personen Arbeit in sozialversicherungspflichtigen, also sozial gesicherten Beschäftigungsverhält-

nissen; darunter sind 25 Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche und ca. zwei Dutzend (befristete) Arbeitsplätze für zuvor arbeitslose Berufskünstler und -künstlerinnen, eine Berufsgruppe mit derzeit besonders schlechten Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt.

Trotz erheblicher Verzögerungen bei dem Ausbau der geplanten Mehrzweckveranstaltungshalle und großer Probleme bei der Weiterfinanzierung des Theaterprojektes "Kunst und Medien", des zweiten großen Projektes unter der unmittelbaren Trägerschaft des Vereins, werden derzeit Anstrengungen unternommen, ab Mitte des Jahres 1991 eine erneute Runde für das Beschäftigungsprojekt zu starten. Zielgruppe sollen vorrangig arbeitslose Berufskünstler und -künstlerinnen aus dem Ostteil der Stadt sein. Das Projekt wird einen stärkeren Weiterbildungsauftrag erhalten. Mittel- und langfristig ist die feste Etablierung des Projektes "Kunst und Medien" als Weiterbildungsprojekt angestrebt und erste Verhandlungen mit anderen Weiterbildungseinrichtungen im Kulturbereich über angestrebte Kooperationen verlaufen sehr erfolgreich.

Mittlerweile ist zwar die Modernisierungsphase abgeschlossen, aber das Bauen in der "Fabrik Osloer Straße" hat noch immer kein Ende gefunden. Das SPI hat für die "Fabrik Osloer Straße" die Bauherrenrolle bei der geplanten Mehrzweckveranstaltungshalle übernommen, doch konnte trotz großem Engagement von dieser Seite die Finanzierung noch nicht restlos sichergestellt werden. Da bei der Modernisierung aus Kostengründen der Einbau umweltschonender und energiesparender Techniken vernachlässigt werden mußte, wird zur Zeit an einem umfassenden Konzept für einen ökologischen Umbau gearbeitet.

Trotz offensichtlicher Kontinuität hinsichtlich der inhaltlichen Arbeit und der Nutzung der Fabrik, ist diese ein lebendiges Projekt geblieben, das ständigen Veränderungen unterworfen ist. Der Prozeß dieser Veränderungen ist das spannende und interessante an der "Fabrik Osloer Straße" - mehr noch als die Betrachtung der Ergebnisse, die immer nur vorläufig sein kann.



# SOZIALE KULTURARBEIT IM STADTTEIL<sup>1</sup>

von Gudrun Donner

## Einleitung: Kulturbegriff

Für den einen Betrachter gilt der Wedding als eine Kulturwüste und für den anderen Beobachter blühen bereits zahlreiche Oasen in der Weddinger Kulturlandschaft. Inzwischen ist fast allen klar, daß es im Wedding neben der offiziellen, insbesondere vom Bezirksamt gepflegten Kultur durch die Volkshochschule, die Musikschule und das Kunstamt auch zahlreiche kulturelle Aktivitäten freier und alternativer Gruppen gibt. In diese letzte Kategorie fallen auch die Aktivitäten der "Fabrik Osloer Straße", insbesondere durch deren "Nachbarschaftsetage".

Ausgehend von einer Empfehlung der UNESCO und einer Entschließung der europäischen Kultusminister in Oslo aus dem Jahre 1976 liegt der "Fabrik Osloer Straße" als Zielsetzung die Auffassung zugrunde, daß Kulturarbeit Bestandteil einer gesellschaftspolitischen Arbeit ist. Sie bietet den Rahmen, die ganzheitliche Identität zu fördern. Sie hilft, neue Kommunikationsformen zu entwickeln, die zum Dialog zwischen den Individuen eines Gemeinwesens und zu dessen Aufrechterhaltung und Funktionieren notwendig sind. Daher hat sich die Kulturarbeit an den persönlichen und gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen der Stadtteilbewohner zu orientieren. Trotz der programmatischen Umsetzung durch den Treffpunkt "Café", Ausstellungen, Theater, verschiedene Freizeitkurse und Stadtteilfeste blieb die Verwirklichung hinter dem Anspruch zurück.

Bei der Arbeit in der "Nachbarschaftsetage" - und diese kann in dem Zusammenhang auch stellvertretend für andere "Kulturanbieter" verstanden werden - zeichnete sich deutlich ab, daß der größte Teil der Besucher aus anderen Stadtteilen kam und sich hauptsächlich aus einem "Szene-Publikum" und einem relativ kleineren Kreis Kulturinteressierter zusammensetzte, während die Besucher der unmittelbaren Umgebung des Stadtteils Wedding oft nicht erreicht werden konnten.

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel ist eine Zusammenfassung der Diplomarbeit von Gudrun Donner, "Soziale Kulturarbeit am Beispiel der Nachbarschaftsetage der Fabrik Osloer Str. e.V." an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Berlin 1988.

## **Empirische Untersuchungsergebnisse**

Um dieser Kluft zwischen kulturellem Anspruch an das Wohnumfeld und sozialer Nicht-Wahrnehmung durch die Stadtteilbewohner auf die Spur zu kommen, wurde im Wedding 1988 eine empirische Untersuchung durchgeführt. Grundlage waren der Rücklauf von 250 schriftlich ausgefüllten kurzen Fragebögen und die zahlreichen längeren mündlichen Gesprächen mit Weddinger BürgerInnen. Die Ergebnisse lassen sich, wie folgt, für spezifische Gruppen darlegen:

1. In der mittleren Altersgruppe zwischen 36 und 55 Jahren wurde als liebste Freizeitbeschäftigung "zu Hause bleiben, von der Arbeit erholen, fernsehen" angegeben.
2. In dieser (männlichen) Altersgruppe überwiegen bei den häufiger wahrgenommenen Kultur- und Freizeitangeboten die Sportveranstaltungen, "mit Freunden weggehen, Kneipe, Disco", Tiersport/Tierzucht, Gesangsvereine, Skatspielen, "am Auto basteln".
3. Bei den Frauen wurden dagegen Aktivitäten wie Volkshochschulkurse, Nähen, Stricken, andere Handarbeiten, spazieren gehen und Ausflüge in Naherholungsgebiete am häufigsten genannt.
4. Für viele Frauen liegen die Veranstaltungen zeitlich ungünstig, d.h. sie haben eher am Tage Zeit, wenn die Kinder im Kindergarten oder in der Schule, denn abends sind sie durch Kinder und Ehemann beansprucht.
5. In dieser mittleren Altersgruppe werden gute Kniepen, Straßenfeste, offene Treffpunkte und vor allem von den weiblichen Befragten klassische Tanzveranstaltungen (Tanztee und Tanzkurse für klassische Tänze) und Mutter-Kind-Treffs vermisst.
6. Ein ziemlich passiv-konsumierendes Freizeitverhalten zeigen die Jugendlichen unter den Befragten. Sie verbringen ihre Freizeit vorrangig in Gruppen, mit Freunden, besuchen Kneipen, Discos, treffen sich in Jugendfreizeithäusern, Billard- und Spielsalons. Weiterhin sind Sportveranstaltungen (besonders bei männlichen Jugendlichen), Rock- und Popkonzerte und Kino interessant.
7. Die Jugendliche hätten auch Interesse für Theaterspielen, Fotografieren, Zeichnen, Malen, Musik machen oder handwerkliche Arbeiten mit Holz, Stein oder Metall, wenn dazu die nötige Anleitung oder Ausrüstung gegeben wäre.
8. In ihrem Bewegungsradius sind diese Jugendlichen ziemlich auf den Wedding beschränkt. Angebote in anderen Stadtteilen werden selten wahrgenommen.
9. Jugendliche und Erwachsene bis 35 Jahre als Ledige und mit höherem Bildungsgrad sind kulturell am aktivsten, insbesondere bei als "intellektuell" einzustufenden Aktivitäten wie Theater-, Ausstellungs- und Museumsbesuche, Lesungen und aktives Theaterspielen.

10. Bei der Gruppe der über 55-jährigen Bürger konnten die wenigsten Freizeitaktivitäten und geringsten kulturellen Bedürfnisse festgestellt werden. Die Freizeitbeschäftigung beschränkt sich vor allem auf den häuslichen Rahmen: Handarbeiten; musizieren und Sammeln von Gegenständen.

11. Diese Altersgruppe wünscht sich mehr Treffpunkte für ältere Menschen, da ihre Mobilität, meist durch körperliche Gebrechen, stark eingeschränkt ist.

12. Eine wichtige Rolle spielen im Wedding auch die Vereine, deren Mitglieder sind im Vergleich zu anderen Bürgern ohne Vereinsmitgliedschaft aktiver.

13. Kultur wird meist als etwas elitäres und "etwas für die anderen" empfunden und gewinnt nur im konkreten Zusammenhang des Alltags eine Bedeutung.

**Die kulturelle Versorgung im Wedding läßt sich aus der empirisch Untersuchung wie folgt zusammenfassen:**

1. Das Freizeit- und Kulturprogramm wird von den meisten Bewohnern als nicht zufriedenstellend angesehen: 46 % halten das Angebot für gerade ausreichend und 24 % für unzureichend.

2. Das Potential an kulturellen Interessen ist in der Weddingener Bevölkerung höher als erwartet.

3. Am meisten werden von den Bewohnern gute Kneipen und Cafés, Straßen- oder Stadtteilstellen, Übungsräume, Treffpunkte für ältere Mitbürger und Kinos vermißt.

4. Trotz des reichhaltigen Kulturangebotes Berlins wünschen sich die Bewohner eine bessere kulturelle Versorgung im Wedding, die Entfernung zur City wird als zu weit empfunden. Ein oft geäußelter Kommentar war dazu: "Das kostet allein eine Stunde hin und zurück, wenn man dann noch den Nachtbus nehmen muß...".

### **Einschätzung der Ergebnisse und stadtteilpolitische Folgerungen**

Die Ergebnisse sind natürlich in ihrer Einschätzung für Schlußfolgerungen vorsichtig zu bewerten, und zwar aus mehreren Gründen:

Erstens war die Umfrage nicht im klassisch empirischen Sozialforschungsinne repräsentativ in bezug auf Größe und Auswahl der Stichprobe.

Zweitens nicht geäußerte kulturelle Bedürfnisse, die bisher praktisch nicht gekannt oder ausgeübt wurden, können als solche auch kaum artikuliert werden.

Drittens existieren verschiedene objektive Gründe, die einige Bevölkerungsgruppen daran hindern, kulturelle Angebote wahrzunehmen, z.B. etwa Überbelastung durch Arbeit und durch Kinder, für die keine andere Aufsichtsperson zur Verfügung steht, Schichtarbeit, körperliche Gebrechen, usw. Diese Gründe können auch nicht durch ein verändertes Kulturangebot beeinflußt werden.

Viertens kann die Untersuchung nicht als entgeltliche Abhandlung, sondern nur als vorläufige Reflexionsgrundlage betrachtet werden. Die Bedürfnissituationen und Problemfelder im Zusammenhang mit Kulturarbeit stellen kein statisches Faktum dar, sondern sind einem ständigen Wandel und Modifikationsprozeß unterworfen.

Deshalb wäre es wünschenswert, solche Untersuchungen regelmäßig durchzuführen, um die jeweils aktuellen Kulturbedürfnisse spezifischer Stadtteilbewohnergruppen (Alte, Schichtarbeiter, ausländische Mitbürger, Familien u.a.) zu ermitteln. Daraus ergeben sich dann auch immer wieder neue stadtteilpolitische Konsequenzen in bezug auf die Zusammenarbeit in der Nachbarschaft und mit vielen anderen im Wedding verankerten sozialen Gruppen wie Vereine aller Art, Kirchengemeinden und Bürgerinitiativen.

# **BERLINS ERSTER MÄDCHENLADEN: FEMINISTISCH UND INTERKULTURELL**

**Von Ursula Bachor**

Bis heute ist die Entstehungsgeschichte des Mädchenladens Wedding ungewöhnlich innerhalb der autonomen Mädchen- und Frauenbewegung: Eroberung der einstigen Jugendladenräume durch Weddinger Mädchen, Durchsetzung der feministischen Konzeption Mädchenladen beim ersten Träger, dem Deutschen Kinderschutzbund, und auf der sozialwissenschaftlichen Ebene ein gelungenes Praxisergebnis des Praxisforschungsprojektes "Geschlechtsspezifische Offene Jugendarbeit".

Das Geburtsjahr 1980 war geprägt von Aufbruchstimmung, feministischen Utopien, kreativem konzeptionellen Potential, Existenzangst und der Unterschiedenheit, für die Zukunft dieses Projektes zu kämpfen.

Gesellschaftliches Umfeld waren: Jugendarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Wedding als größtes Sanierungsgebiet Europas, Häuserbesetzungen, Wedding als Bezirk mit multikultureller Bevölkerung, Zunahme von Koranschulen...

Die Mädchen im Laden, deutsche Mädchen, die zunächst auch dachten, sich das eigene Wohnzimmer im Kiez erobern zu haben, waren mehr als erstaunt, als sich türkische Mädchen den Laden zum alltäglichen Treffpunkt auswählten.

Bereits hier gab es eine irritierende Gemeinsamkeit zwischen der feministischen Forderung nach einem eigenen Raum für sich und der tradierten Erfahrung von Frauengesellschaften in der Türkei.

Für die türkischen Eltern war dies zunächst auch der Anknüpfungspunkt, warum sie ihre Töchter in den Mädchenladen schickten. In dieser doppelten Erfahrung von gegenwärtiger und tradierter Geschichte von Frauenleben entwickelte sich unser feministisch-interkultureller Ansatz in der Mädchenarbeit, aus den aufregenden Erlebnissen in der Begegnung unterschiedlicher Frauenkulturen.

"Der Anspruch des Vereins Mädchenladen Wedding e.V. liegt im besonderen darin, Vorurteile und Distanz zwischen Mädchen und Frauen unterschiedlicher Kulturen zu überwinden und das Gemeinsame ihrer kulturellen Identität zu entdecken. Hier bietet sich die Möglichkeit, Mädchen- und

Frauengeschichte sichtbar und öffentlich zu machen, d.h. gegenwärtige Lebensumstände, Erfahrungen und Forderungen von Mädchen aller Kulturen zu erforschen und zu formulieren. Auf dem Weg zur Selbstfindung von Mädchen und Frauen - einem Weg von Fremd-wert zum Selbst-wert, ist der geschärfte Blick in die gegenwärtige und vergangene Geschichte von Frauen ein unerläßlicher Schlüssel zur Entwicklung einer positiven Identität und der entscheidende Ansatz feministischen Handelns."<sup>1</sup>

Unsere Erfahrungen waren auch maßgebend für die Konzeption des Modellversuchs "Entwicklung und Erprobung interkultureller Lernprozesse mit deutschen und türkischen Mädchen", den wir von 1982 bis 1985 im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Gesundheit im Mädchenladen durchführten. Während des Modellversuchs erfanden wir das Mütter-Töchter-Café und Mädchenforschungsreisen, begannen 1983 mit Körperarbeit und entwickelten unsere Projekte weiter in der Holzwerkstatt, im Medien- und Kunstbereich, u.a. Video-, Hörspiel-, Theaterproduktionen, Malerei, Bildhauerei. Mit Abschluß des Modellversuchs ging 1985 die Projektträgerschaft auf den 1984 gegründeten Verein Mädchenladen Wedding über.

Heute ist der Mädchenladen Wedding ein Ort für Mädchen und junge Frauen zwischen 8 und 25 Jahren verschiedener kultureller Herkunft: Deutsche, Türkinnen, Palästinenserinnen, Polinnen... und aus bikulturellen Familien, Schülerinnen, Auszubildende, Erwerbslose, Arbeiterinnen, Studentinnen, junge Mütter, Verheiratete, Lesben, Mädchen und Frauen mit unterschiedlichem aufenthaltsrechtlichen Status, Hiergeborene, Zugewanderte, Flüchtlinge, mit all ihren Lebensentwürfen, Träumen, Hoffnungen und Wünschen - sicher auch eine Antwort auf das multikulturelle Team, die verschiedenen Lebensformen, Ausbildungs- und Berufsbiographien der Mitarbeiterinnen, z.Zt. Frauen aus Argentinien, Berlin, der BRD, dem Iran, aus Polen und der Türkei.

Der Mädchenladen ist nicht die Insel zum Zurückziehen, kein von der Welt abgeschottetes Modell, sondern ein Ort der Selbstentfaltung, der Erkenntnis eigener Interessen und Bedürfnisse als Mädchen und Frau und der Möglichkeit zur Entwicklung von Strategien zu ihrer Durchsetzung in dieser Gesellschaft.

Natürlich ein nicht geringer Anspruch, geleitet von der Utopie eines frauen- und menschenwürdigen Lebens. Verdeutlichen will ich dies am Bei-

---

<sup>1</sup> siehe Ursula Bachor, Leyla Yılmaz, Abschlußbericht des Modellversuchs zur 'Entwicklung und Erprobung interkultureller Lernprozesse mit deutschen und türkischen Mädchen, Berlin 1986, S. 8

spiel unserer politischen Bildungsarbeit als Verknüpfung von Medienpädagogik und Öffentlichkeitsarbeit. Nicht nur das Erkennen der eigenen Situation, die Formulierung eigener Interessen, auch der Erwerb entsprechender technischer Kenntnisse und journalistischer Praxis stehen hierbei im Mittelpunkt, z.B. bei der Videoproduktion "So leicht kommt Mann davon".

Hintergrund sind die Gewalterfahrungen einer türkischen 17-jährigen jungen Frau aus dem Mädchenladen und ihre Entscheidung, die Täter anzuzeigen. Zur Umsetzung gehören Recherchen wie: Teilnahme an der Gerichtsverhandlung, Interviews mit betroffenen türkischen und deutschen Mädchen sowie einer Rechtsanwältin, Entwicklung von Interviewleitfäden, Auseinandersetzung mit den für dieses Thema möglichen Darstellungsformen, d.h. Dokumentation, Feature, Essay, Fragen der Dramaturgie, Kamera- und Schnitttechnik bis zur Sendung im Offenen Kanal.

So wird die unmittelbare Erfahrung mit Männergewalt, persönlicher und struktureller Art, deren Reflexion und Kritik zu einer in einem Videofilm konkretisierten Aufforderung zum gesellschaftlichen Diskurs über Männergewalt vor und im Gericht.

Interkulturelle Arbeit verweist nicht nur auf die Begegnung zwischen Mädchen und Frauen verschiedener kultureller Herkunft, sondern auch ganz gezielt auf Kulturarbeit. Gerade gemeinsame künstlerische Arbeit schafft Brücken zwischen den Kulturen und bildet ein wichtiges Moment in der Persönlichkeitsbildung von Mädchen und Frauen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Beispiele aus unserer Mädchenkulturarbeit nennen: Theaterstück "Dornröschen oder Müssen Mädchen wachgeküßt werden?", 1983, Teilnahme an der Ausstellung Frauenkulturplätze 3 der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, 1985, "auf weiblichen Fersen in die Türkei", 1985, Fotolesebuch "Mädchenleben in Amsterdam und Berlin", 1987, beides Dokumentationen unserer Mädchenforschungsreisen, Ausstellungen unserer Kunstprojekte: Malerei und Bildhauerei, Hörspiel "Den lieben langen Tag", 1988, Tanztheaterproduktion "Verstehen", 1990, "Kunstkiste", 1990.

Die Betonung feministisch-interkultureller Kulturarbeit ist immer noch notwendig, da häufig der intellektuelle Zugang zu Mädchen- und Frauenprojekten vor allem über "Problemverständnis" läuft.

Natürlich ist ein Mädchenladen da für alle Fragen, mit denen Mädchen zu tun haben. Bei uns gibt es psychosoziale Beratung, Mütter-Elternarbeit, Hausaufgabenhilfe...

Doch die Lebensphase von Mädchensein kann und darf nicht auf "Probleme haben" reduziert werden. In diesem Alter werden wichtige Weichen gestellt für die Persönlichkeitsbildung, berufliche Orientierung, für die Lebensentwürfe überhaupt.

Unsere Erfahrungen in der feministisch-interkulturellen Mädchenarbeit vermitteln wir weiter auf Fachtagungen, so 1987, wo wir den Arbeitskreis "Interkulturelle Mädchenarbeit" gründeten, einen Zusammenschluß aller Berliner Mädchenprojekte, die sich seither regelmäßig treffen. 1988 fand eine Tagung zur Lebens- und Ausbildungssituation junger Asylbewerberinnen statt, die zu unserer Entscheidung führte, für weibliche Flüchtlinge einen Abiturvorbereitungskurs zur externen Feststellungsprüfung zu konzipieren und zu beantragen.

Interkulturelle Arbeit bedeutet für uns auch ein Einmischen in die Tages- und Stadtteilpolitik, d.h. für uns Mitarbeit im seit 1987 existierenden Wedding-Frauenprojektetreffen und dem von uns mitinitiierten Frauenbeirat Wedding.

1990 konnten wir nach vierjähriger Raumsuche unsere vielfältigen Aktivitäten endlich in wunderschöne, der Projektentwicklung adäquate Räume von 250 qm verlegen, in die 1. Etage der alten Wittler-Brotfabrik in der Maxstraße 2-4. Doch scheint dieser neue Standort gefährdet durch Besitzerwechsel und umfangreiche Modernisierungsvorhaben.

Wie unsere räumliche Zukunft aussieht, ist ungewiß, angesichts der Wohnraum- und Bodenspekulation im Wedding, der mit dem Wegfall der Mauer inzwischen fast zu Berlin-Mitte avancierte.

Gewiß ist auf jeden Fall die Zukunft unseres Ansatzes in der feministisch-interkulturellen Mädchenarbeit, gerade wegen des Wegfalls der Mauer.



# **WEDDINGER NEUE ZEITUNG - KONTINUITÄT UND BRÜCHE IN DER GESCHICHTE EINER STADTTEILZEITUNG**

**Von Werner Druskat**

"Veteranentreffen" von Zeitungsmachern der Weddinger Neuen Zeitung (WNZ) im Februar 1991:

"Die WNZ, die gibt's noch?" wundert sich Peter, einer der Redakteure aus der Zeit um 1980.

"Ja, die erscheint noch immer und sogar mit Stadtteilbezug", ist meine Antwort.

"Hier, die alten 'Logos'", freut sich Sigrid beim Durchblättern.

"Und die Anzeige von den freundlichen Wirten des Picasso in der Schwedenstraße ist auch noch immer drin", fällt Luise auf.

Also alles beim alten, die WNZ, eine der ersten Stadtteilzeitungen Berlins überhaupt, geht jetzt in das 21. Jahr? So einfach scheint die Sache nicht zu sein. Im Laufe der 20-jährigen Geschichte, von der Informationszeitung Wedding bis zur heutigen Weddinger Neuesten Zeitung, sind sicherlich 100 Leute (oder mehr?) an der Produktion beteiligt gewesen; sie haben das äußere Erscheinungsbild und die politische Richtung geprägt und jede "Generation" hat unterschiedliche Spuren hinterlassen.

Auf dem "Veteranentreffen" haben wir versucht, uns die Geschichte der WNZ nochmals zu vergegenwärtigen und uns auf die lebensgeschichtliche Bedeutung der Zeitungsarbeit zu besinnen. Wolfgang Herpel, einer der Gründer der Weddinger Neuen Zeitung, hatte uns aus Holland einen Brief geschrieben.

## **Vom JUSO-Blatt zur Zeitung für die radikale Linke - ein kurzer geschichtlicher Abriss**

Die Weddinger Neue Zeitung ist bald so alt wie die Bürgerinitiativ-Bewegung im Bezirk. Seit 1971 wurde von einer Arbeitsgruppe der Bürgerinitiative Wedding e.V., unter deren Dach mehrere aktive Gruppen vereint waren, die IZ Wedding herausgebracht. Die Zielgruppe waren in erster Linie Mitglieder

der verschiedenen Bürgerinitiativen. Dieses Blatt, eher als internes Mitgliederblatt gedacht, erreichte nur wenige Außenstehende.

Einigen Mitgliedern der Bürgerinitiative war das zu wenig. Sie kritisierten die Aufmachung und entwickelten ein neues Konzept. Die IZ sollte im Äußeren als Zeitung erkennbar sein, sollte Fotos enthalten, sollte billiger werden und inhaltlich mehr den interessierten Bürger als die schon engagierten Mitglieder von Bürgerinitiativen ansprechen.

Der nächste Schritt zu einer Perfektionierung der Zeitungsarbeit wurde 1976 mit der Herausgabe der IZ unter dem neuen Titel Weddinger Neue Zeitung gemacht. Auch diese Umstellung war von dem Gedanken getragen, daß die Resonanz bei den Bürgern wesentlich von der Professionalität der Aufmachung der Zeitung abhängig ist.

Die folgende Positionsbestimmung wurde der ersten Ausgabe der Weddinger Neuen Zeitung (WNZ) entnommen:

"Die Weddinger Neue Zeitung hat natürlich wie andere Zeitungen ein Konzept. Stehen z.B. bei der BZ oder der Bild-Zeitung bei Berichten aus dem Wedding Mordgeschichten und Greuelmärchen über Ausländer im Vordergrund, so sind es bei uns die Probleme der Weddinger Bürger. So berichten wir immer wieder über waschechte Weddinger, z.B. in der Sommerausgabe über Anna Berndt ... oder über Scherenschleifer, über den Fischmann an der Ecke. Wir nehmen die Sorgen und Nöte, aber auch die Freuden und Hoffnungen der Bürger ernst und lassen sie selbst zu Wort kommen."

Gleichzeitig wurde von der Zeitungsgruppe das erste Weddinger Bürgerzentrum in der Buttmanstraße 5 eröffnet. Die Arbeit der Zeitung und des Zentrums gehörten von Anfang an zusammen.

Was sich hier so glatt liest, war allerdings Ausdruck des ersten wesentlichen Bruchs in der Weddinger Bürgerinitiativ-Landschaft.

Eine wichtige Rolle bei der Initiierung von Bürgerinitiativen spielten Anfang der 70er Jahre die Jungsozialisten. Die politischen Diskussionen sind daher auch durch den Gegensatz zwischen Partei-Establishment und Basisarbeit der Jugendorganisationen der SPD geprägt gewesen. Die Vorstellungen von unorganisierten Aktivisten gingen dabei ziemlich unter und können allein aus dem schriftlichen Material nicht mehr rekonstruiert werden.

Die Aktivität von Teilen der Jusos zu dieser Zeit erklärt sich aus der sogenannten "Doppelstrategie", einerseits Basisarbeit im Stadtteil, dem "Reproduktionsbereich", und andererseits Parteiarbeit, den "langen Marsch", zu leisten. Sie traten mit dem Anspruch an, die "Massen" zu mobilisieren. Eine langfristige Zielsetzung war die Veränderung des Bewußtseins der

Arbeiter über veränderte Erziehungsformen. Außerhalb der Partei stehende Menschen sollten in die politische Arbeit eingegliedert werden.

Die Strategievorstellungen eines anderen Teils der "Linken" in der SPD waren auf die Teilnahme an der Macht gerichtet. Die politischen Vorstellungen der "Doppelstrategie"-Fraktion entwickelten sich in der Abgrenzung zu diesem Bereich der SPD.

Dazu ein Zitat:

"Nach der Beinah-Katastrophe der Berliner SPD bei der letzten Abgeordnetenhaus-Wahl war die rechte Parteiführung nicht mehr in der Lage, allein mit ihren Gefolgsleuten weiterzuwirtschaften."

Und weiter:

"Die 'Linken' erhielten einige Posten im Senat und Parteivorstand; politisches Entgegenkommen hat es nie gegeben. Das Ganze erhielt den Namen 'Konzentration der Kräfte'. Die 'Linke' unter Ristock gab sich mit den Posten zufrieden und trägt seitdem die oftmals reaktionäre Politik der Rechten."<sup>1</sup>

Auch in den Augen der Weddinger Jusos betrieb die SPD eine von der Bevölkerung abgehobene Politik. Die Linken in der SPD würden nur Personalpolitik betreiben, zur politischen Arbeit seien sie nicht in der Lage, lautete die Kritik.

Die Bevölkerung sollte nicht nur Stimmvieh sein, sondern selbst zum politisch tätigen Element werden.

"Die Führung der 'Vereinigten Linken' geht davon aus, daß man entscheidende Veränderungen über das Parlament erzwingen könne, ohne daß die Lohnabhängigen dafür kämpfen. Das heißt nichts anderes, als daß man dem bürgerlichen Staat Unabhängigkeit, Klassenneutralität zubilligt. Dies ist aber bürgerliche Ideologie.

... Die Aufrichtigkeit der Politik der Linken ist weder den Lohnabhängigen, noch der linken Basis zu vermitteln. Mit Genugtuung kann man derzeit in vielen Kreisen beobachten, daß Jung- und Altsozialisten das Spiel der friedlichen Koexistenz zwischen Links und Rechts mit allen seinen abscheulichen Begleiterscheinungen nicht mehr mitmachen. Vor allem in Kreuzberg, aber auch in Tiergarten, Charlottenburg, Wedding und Wilmersdorf formiert sich die Opposition."<sup>2</sup>

Diese Opposition, intern sicherlich differenziert, sammelte sich in der Bürgerinitiative Wedding e.V. Eine der ersten Aktionen der Gruppe war 1969 die Gründung des Kinderladens in der Wollankstraße. Neben den Jusos arbeiteten auch Mitglieder der Jugendorganisation der FDP und Unorganisierte an der IZ mit.

---

<sup>1</sup> Karl Ahlers, Zur Lage der "Vereinigten Linken", in: INFO-Mieteraktion im Block 100, Deutsche und Türken organisieren sich, Berlin 1972

<sup>2</sup> ebenda

Die BI-Arbeit der Anfangszeit war durch die Auseinandersetzung mit den SPD-"Bezirksfürsten" bestimmt. Die Mehrheit der Partei im Bezirk konnte sich Bürgerinitiativen nur im Zusammenhang mit SPD-Aktivitäten vorstellen. Bürgerinitiativen sollten für die Verwaltung eine Art Frühwarnsystem werden.

Eine besondere Zielscheibe für die bald einsetzenden Disziplinierungsmaßnahmen der SPD-Führung gaben die Mitglieder der Jusos ab, die an der Informationszeitung (IZ) mitwirkten. Dort wurde die Kritik an der SPD besonders pointiert formuliert.

1973 überprüfte der Parteivorstand der Weddinger SPD, ob eine Mitgliedschaft in der BI Wedding vereinbar sei mit der SPD-Mitgliedschaft. Mit aktiven Mitgliedern der BI wurden "Einzelgespräche" geführt. Die Parteispitze sah die geforderte "sachlich-kritische Zusammenarbeit" nicht mehr gegeben.

"Die Weddinger SPD macht sich Gedanken über die Bürgerinitiativen. Dabei geht sie von der Erkenntnis aus: 'Bürgerinitiativen stehen in der Regel zunächst in der Gegnerschaft zur Verwaltung'. In einer sorgfältigen Untersuchung der Arbeitsgruppe 'Parteiorganisation' der Weddinger SPD kam man im März zu dem Ergebnis:

1. Für Bürgerinitiativen geeignete Projekte sind mit der Verwaltung ... abzustimmen und nur dann in Angriff zu nehmen, wenn absehbar ist, daß ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden können...
2. Die Leitung und Organisation der Bürgerinitiativen sollten durch Parteimitglieder wahrgenommen werden.
3. Es sollte...offen dargelegt werden, daß die jeweilige Bürgerinitiative von der SPD getragen wird."<sup>3</sup>

Die Strategie, einerseits Parteiarbeit, andererseits Basisarbeit zu leisten, erwies sich für die Weddinger Jungsozialisten als nicht gangbar. Innerhalb des Weddinger Ortsverbandes, der, selbst gemessen an Berliner Verhältnissen, als rechts galt, wurde alles dafür getan, oppositionelle Strömungen nicht hochkommen zu lassen.

Die Jusos standen vor der Alternative, entweder kompromißlos die Interessen der Bürgerinitiative zu vertreten und damit wegen der parteiinternen Repression die Basis für ein Bein der Doppelstrategie zu verlieren oder sich anzupassen. In den Jahren 1974/75 gaben die meisten Weddinger Jusos die Basispolitik auf. Forscht man nach den Gründen für den Rückzug einzelner, werden hauptsächlich persönliche Motive (Umzug, Rückzug in das Privat- bzw. Berufsleben) genannt.

Für die SPD war die Sache damit zunächst erledigt, die Weddinger Organisation, ausgestattet mit einer satten Mehrheit im Bezirk, schaltete auf Nichtbeachtung der Initiativgruppen.

---

<sup>3</sup> dokumentiert in: Informationszeitung (IZ), 12/1974, S. 1

Charakteristisch für den Umschichtungsprozeß bei den Aktiven war weniger das Ausscheiden der Jusos als das stärkere Hereindringen und Selbstbewußtwerden der Unorganisierten. Die SPD konnte eine Bewegung, deren Ursache gerade die Kritik an den etablierten Organisationen war, nicht gängeln. Sie konnte sie aber jahrelang im Bezirk in eine politische Nische verweisen - zum Nachteil der Entwicklung von demokratischeren Planungs- und Entscheidungsstrukturen in vielen Bereichen der Bezirkspolitik. Im Vergleich mit dem Bezirk Kreuzberg, der als alter Arbeiterbezirk eine andere Entwicklung genommen hat, wird dies deutlich.

Für die IZ-Gruppe begann die Emanzipation von der SPD Anfang 1975.

"In diesem Zusammenhang ist in einigen Initiativen die Diskussion in Gang gekommen, ob die IZ Wedding von einer selbständigen Gruppe innerhalb der Bürgerinitiative herausgegeben werden soll. ... Bürgerinitiativen müssen als Zusammenschluß engagierter Bürger parteipolitisch unabhängig sein und nicht zum Wählerverein einer bestimmten Partei werden.

... Gespräche mit den Vertretern der Jusos und der IZ Redaktion ergaben, daß einige Jusos im Konflikt zwischen Bürgerinteressen und dem Interesse der rechten Weddinger SPD-Funktionäre die IZ Wedding zu einer SPD-konformen Wahlbroschüre abqualifizieren, sich für die rechte SPD und gegen die Bürger, die ein Recht auf kritische Information haben, aussprachen.

... Nachdem die Redaktion die Bitte der Juso-Vertreter, mit der IZ freiwillig die Bürgerinitiative Wedding e.V. zu verlassen, ablehnte, wurde in den Vereinsversammlungen offenbar, daß einige Jusos ihre Mehrheit dazu benutzten, die Methoden der Politik der rechten Weddinger SPD-Spitze im Verein fortzusetzen. So wurde z.B. ein Antrag auf 'Ausschluß der IZ aus der Bürgerinitiative Wedding e.V. scheinheilig mit dem Erscheinen der FDP-Anzeige begründet... Der Vereinsvorsitzende Jürgen Nowak machte seinen Anteil an der Verteilung der IZ Wedding vorläufig abhängig vom Wohlverhalten der Redaktion."<sup>4</sup>

So wurde der Konflikt - dokumentiert in der IZ Wedding - von der Redaktionsgruppe gesehen.

Die Vormachtstellung der Jusos war schon zu schwach, so daß die Unterstützer der IZ im Verein blieben. Der Drang heraus aus den Juso-Zusammenhängen war stark und so kam es zur Gründung des Informationszentrums Wedding, eine der ersten tatsächlich parteiunabhängigen Initiativen im Bezirk.

Der Anspruch über Information und Aufklärung die Verhältnisse im Wedding zu bewegen, war weiterhin vorhanden. Ziel war eine Aktivierung

---

<sup>4</sup> Informationszeitung (IZ), 1/1975

der Bewohner; nur hatten die Aktiven nun eher das Leitbild des "mündigen Bürgers" als das der "proletarischen Massen" im Kopf.

Durch die festen Redaktionsräume wollte die Redaktionsgruppe regelmäßig ansprechbar sein, näher an die Probleme der Betroffenen herankommen; dadurch hoffte man auf ein größeres Gewicht für die Zeitung. Darüberhinaus war das Informationszentrum als Ort für kulturelle und politische Veranstaltungen sowie für persönliche Begegnungen gedacht.

Das anspruchsvolle Konzept ließ sich auf Dauer mit den vorhandenen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nicht aufrechterhalten. Die in der ersten Zeit des Informationszentrums durch zahlreiche Aktivitäten erreichte Resonanz im Umkreis des Ladens ebte bald ab und die Bezirkspolitik ließ sich auch nicht ohne weiteres entscheidend beeinflussen.

Die Gründergeneration schied bis 1978/79 schrittweise aus, und die neuen Mitarbeiter arbeiteten mehr in Richtung auf eine Vernetzung der vorhandenen Stadtteilinitiativen. Die Gruppe kehrte wieder zu dem ehemals von der Informationszeitung verfolgten Anspruch zurück, nur befanden sich mittlerweile die Initiativen und Projekte nicht mehr ausschließlich unter dem Dach der Bürgerinitiative Wedding e.V. Sie waren zudem wesentlich zahlreicher geworden.

In einem Selbstverständnispapier von 1979 wird die Zielsetzung deutlich formuliert:

"IZ und WNZ sollten als Knotenpunkte für Informationen für und über alle Gruppen und Leute zur Verfügung stehen, die der SPD- und CDU-Politik im Bezirk kritisch gegenüberstehen (einschließlich FDP, AL, SEW) oder die irgendwelche unterstützenswerten (das wäre noch zu klären) Projekte betreiben oder aufbauen wollen. Hierzu gehören für mich auch Kneipen (Barrikade, Cralle) und Buchläden (Setzling). Außerdem können auch Betriebsgruppen berücksichtigt werden.<sup>5</sup>

Als Schritt für den Aufbau einer wirksamen Vernetzungsstruktur wurde die Initiierung eines Stadtteilplenums gesehen.

"Ein wichtiger Meilenstein zum Kontakt mit Gruppen und Initiativen kann ein Stadtteilplenum werden.

In monatlichen Treffen könnten

- Erfahrungen und Schwierigkeiten einzelner Gruppen
  - Unterstützungsmöglichkeiten für einzelne Gruppen
  - Ereignisse in der den Wedding betreffenden Politik (BVV, Ausschüsse, Betrieb, sonstiges)
  - Planung oder Koordinierung von evtl. gemeinsamen Aktivitäten (gruppen- oder bezirksbezogen)
- besprochen werden. Die Folge könnte ein besserer Kontakt und eine bessere Gemeinsamkeit zwischen den verschiedenen Gruppen, eine schlag-

---

<sup>5</sup> Arbeitspapier im Besitz d. Verf.

kräftigere Opposition gegen die SPD- und CDU-Politik und evtl. eine Arbeitsentlastung für das IZ sein.<sup>6</sup>

Aus den Koordinierungstreffen heraus entstanden tatsächlich einige gemeinsame Aktivitäten - vorwiegend Straßenfeste und politische Diskussionsveranstaltungen - einer großen Anzahl von Projekten. Das gegenseitige Kennenlernen erleichterte auch die Zusammenarbeit. Die unterschiedlichen Bezugspunkte der Arbeit der kooperationsbereiten Initiativen führten dazu, daß die Intensität und Wirksamkeit der Zusammenarbeit starken Schwankungen unterlag.

Die Probleme im Wedding wie Armut und Bewohnervertreibung durch die Sanierung sind schleichend, die charakteristischen Konflikte, an denen sich die politische Zusammenarbeit hätte bewähren können, waren zu dieser Zeit kaum vorhanden. Der Kampf um die Erhaltung der Schrippenkirche 1980, der von der Weddinger Stadtteilopposition aktiv unterstützt wurde, scheiterte, das Gebäude wurde abgerissen. Vielleicht der (bisher) letzte große "Erfolg" der Weddinger Betonpolitik.

Als 1981 die Hausbesetzerbewegung auch im Wedding ankam, war das Desaster der Flächensanierung am Gesundbrunnen schon öffentlich bekannt. Es wurde immer mehr deutlich, daß sich die Weddinger SPD mit ihrer "Modernisierungspolitik" auch die eigene Wählerbasis demontiert hat. Die Wahlerfolge der Republikaner in den Neubaugebieten sprechen für sich. Dies trug sicherlich auch zu mehr Kompromißbereitschaft in den 80er Jahren bei.

Die Entwicklung des Informationszentrums Wedding und der Weddinger Neuen Zeitung ab 1981 wurde von mir nicht ausreichend verfolgt, um sichere Urteile abzugeben. Neue Leute setzten die Arbeit fort, die Weddinger Probleme und damit die Themen blieben ähnlich.

"Die Klagen sind uns bekannt. Ausgabe für Ausgabe, seit Monaten, besser seit Jahren schon, berichtet die WNZ fast nur noch über ein Thema: Häuser, Häuser und nochmal Häuser."<sup>7</sup>

Das Lay-out änderte sich, wurde frecher, die WNZ entwickelte sich immer mehr zum Szene-Blatt, das im Januar 1984 mit dem Untertitel "unzuverlässig, unhandlich, unpünktlich" erschien. Mit minimalem Finanzrahmen entstand weiterhin eine Zeitung, die "unseren Lesern/innen und uns selbst Spaß macht. Auch wenn die Zeiten komplizierter geworden sind." Eine kleine Redaktionsgruppe hoffte noch einmal vergeblich, daß sie "von ihren Lesern tatkräftig unterstützt wird."

---

<sup>6</sup> ebenda

<sup>7</sup> Weddinger Neue Zeitung Juni 1983

Irgendwann Mitte der 80er Jahre ist die Zeitung dann sanft eingeschlummert. 1985 erschien sie nur noch unregelmäßig.

Ab 1989 hat der Wedding wieder eine regelmäßige Stadtteilzeitung, die Weddinger Neueste Zeitung. Sie erscheint alle zwei Monate und wird in der Zwischenzeit durch die WNZ-aktuell (alle 14 Tage) ergänzt.

"Auf Initiative des Weddinger Kiezpalavers sollen damit die aktuellen Diskussionen aufgegriffen werden und der Widerstandskultur im Stadtteil ein verlässlicheres Informationsmittel in die Hand gegeben werden, als es die WNZ bisher war."<sup>8</sup>

Die WNZ will jetzt Positionen der radikalen Linken verbreiten. Die lokalen Themen sind erhalten geblieben, hinzugekommen sind ausführliche Artikel zu Feminismus, Internationalismus und zum autonomen Widerstand. Theoretisch ist - zumindest in einigen Artikeln - die Redaktion wieder bei der Arbeiterklasse angekommen:

"Für künftige soziale und politische Kämpfe (Euro 92) ist ein Zusammengehen der verschiedenen Teile der ArbeiterInnenklasse notwendig. Es gibt Ansätze einer eigenständigen und unabhängigen Organisation von unten, auch wenn sie bisher noch sehr schwach sind und wenig ins öffentliche Bewußtsein treten."<sup>9</sup>

## **Stadtteilarbeit als lebensgeschichtliche Episode**

### **1. Teil: Ein Brief aus Holland**

Mitten im tiefsten Winter erreicht mich eine Bitte aus Berlin von Werner Druskat, etwas zur Geschichte der WNZ zu schreiben... Er bittet um einen Beitrag, "der sich einmal mit der subjektiven Sichtweise der Aktiven von gestern, damals und heute beschäftigt, sozusagen die lebensgeschichtliche Verarbeitung des Engagements, und der andererseits die wechselvolle Geschichte der Zeitung beleuchtet."

Das ist wirklich ziemlich viel gefragt, vielleicht zu viel, denn in den vier Jahren, in denen ich an der WNZ mitgearbeitet habe, ist fürchterlich viel passiert. Viele Möglichkeiten gäbe es, zu beginnen - viele Erinnerungen kommen nach oben - ich habe ein komplettes Archiv aller Ausgaben, an denen ich mitgearbeitet habe - von der Sondernummer über die PUTTE vom Juni 1974 bis zur EXTRA-Ausgabe anlässlich des Frühjahrsputzes am Mowensee am 21. Mai 1978.

---

<sup>8</sup> Weddinger Neueste Zeitung, Nr. 9, 1990

<sup>9</sup> Weddinger Neueste Zeitung, Nr. 7, 1990



Was ich auch habe, ist das Abschiedsgeschenk der WNZ-Redaktion mit vielen Fotos und Ausschnitten aus der WNZ-Zeit. Irgendwie habe ich die Idee, daß man über die 4 Jahre ein Buch schreiben könnte, ein ziemlich dickes sogar.

Diese 4 Jahre haben mir persönlich sehr viel gebracht. In der ehrenamtlichen Arbeit habe ich, für mein Gefühl, viel mehr gelernt, als in den fünfzehn Jahren Studium zum Diplom-Pädagogen. Viel von dem, was ich damals gelernt habe, kann ich heute in der Arbeit (als Koordinator eines recht großen Gemeinwesenzzentrums) gebrauchen. Die Idee, ein selbstverwaltetes Gemeinwesenzzentrum im Kiez, im Wedding, zu errichten, hat noch im Nachhinein etwas faszinierendes - dazu eine Zeitung, die wirklich unabhängig war; ohne falsche Bescheidenheit: ich bin stolz darauf, damals dabei gewesen zu sein.

Beide Projekte, und das ist wirklich erstaunlich, waren auch selbst finanziert. Monatsbeiträge von 100 DM im Monat waren damals eine Menge Geld, vor allem, wenn man sich überlegt, was wir damals alle verdienten. Jahrelang war ich Kassenwart der Zeitung und des Zentrums - und oh Wunder, irgendwie klappte es finanziell immer. Sogar eine Offset-Druckmaschine haben wir damals selbst gekauft. Wenn man sich die Zeitung ansieht: sie sieht gut aus, eigentlich ziemlich professionell.

Warum haben damals 10 Menschen (das war der feste Stamm) und einige "Kommer" und "Geher" so viel Zeit und Geld investiert? Ich denke, weil es vor allem Spaß gemacht hat, so Stadtteilarbeit zu machen, wie wir sie gemacht haben. Politische Arbeit und Freizeit waren keine Gegensätze, sondern eigentlich dasselbe. Die Festessen beim Spanier nach dem schließlich doch noch geglückten Lay-Out, die vielen Feste, die gefeiert wurden, die besinnlichen Grundsatzdiskussionen im Wedding und während der Wochenenden in Oberohe in Niedersachsen. Man hatte das Gefühl, etwas verpaßt zu haben, wenn man nicht dabei war.

Die WNZ/IZ war eine Gruppe, in der man neben der Stadtteilarbeit auch einfach Freunde finden konnte, Freunde, zu denen ich zum Teil noch heute Kontakt habe - über viele Kilometer hinweg. Es war auch eine Gruppe, die "liberal" im besten Sinne des Wortes war. Neben enttäuschten SPD-Genossen gab es SEW-Mitglieder, die außerhalb ihrer Partei wirklich etwas in Bewegung setzen wollten - und es gab Karin, die FDPlerin, es gab viele Unabhängige, die genug davon hatten, daß politische Arbeit zu dieser Zeit Zersplitterung und ewige Grundsatzdiskussionen bedeuteten. In diesem Sinne war die WNZ/IZ wahrscheinlich inhaltlich eine Vorläuferin der Grünen (und das im besten Sinne).

Alles begann für mich mit dem Abbruch der PUTTE; die Idee, ein Bürgerzentrum zu beginnen, eine gute Stadtteilzeitung herauszugeben, die zwar alternativ sein sollte, aber doch professionell aussehen sollte - es war keine Frage, ob man da mitmachen sollte oder nicht. Die Idee war zu gut. Sie wurde in die Tat umgesetzt. Die Menge des Materials macht eine chronologische Beschreibung unmöglich; Erinnerungen, die bleiben:

Weihnachtsmärkte mit ihrer bunten Mischung von Information, Essen, ausländischen und Weddinger Gruppen und Weddinger Gemütlichkeit, die damals noch bestand.

Die vielen Ausstellungen von Künstlern, die meistens mit einem "Kulturspaß" verbunden waren, wo der Zuschauer selbst zum Künstler wurde.

Die alternativen Stadtrundfahrten, die den Wedding ganz anders zeigten und einen Bezug zur Weddinger Geschichte herstellten, der vielfach verdrängt war...

Die Aktionen, das Drachensteigen gegen den Autobahnbau, die Aktion Plötzensee (wir kamen sogar in die ABENDSCHAU des SFB), die Saubermachaktion am Möwensee...

Die Stadtteilstefte zum 1.Mai, an denen viele andere Gruppen teilnahmen.

*Aber Erinnerungen sind vor allem auch Menschen!*

Michael, der BVG-Fahrer, der später nach Australien auswandern sollte. Ich erinnere mich, einmal mit ihm die Abonnements ausgefahren zu haben. Er ließ mich den Wedding mit ganz anderen Augen sehen, als ich ihn kannte, weil er dort seine Kindheit verbracht hatte und jeden Stein kannte.

Bernhard, der immer mehr wollte, als die Gruppe gerade konnte, der uns aber durch seinen Eifer immer wieder vorangebracht hat.

Karin, die nach Jahren Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung unermüdlich im IZ für den Wedding Stadtteilpolitik wirklich an der Basis machte.

Gerhard, der dafür sorgte, daß die WNZ wirklich professionell aussah und der immer wieder mit neuen Ideen für das IZ kam.

Roland, der die Offset-Maschine wie kein anderer beherrschte und in nächtlichen Aktionen dafür sorgte, daß die Zeitung immer pünktlich fertig wurde. Seine Plakate sind, wenn ich sie heute ansehe, echte Kunstwerke.

Gerhard, unser bester Verkäufer der WNZ, der unermüdlich Veranstaltung für Veranstaltung ablief.

Knut, damals Schüler und noch sehr jung, der sich aber doch zwischen uns einen Platz zu erobern mußte,

und natürlich Rommy, mit der ich nun schon 20 Jahre zusammenlebe. Denke ich an Rommy und die WNZ, dann fällt mir ein, wie sie bei Wind und

Wetter die Zeitungen zu den Kiosken brachte, beim Lay-Out fast immer die schönsten Seiten machte...

Und noch mehr Namen: Arthur, Manfred, Flup, Luise, Jürgen, Hans-Jürgen... viele Namen, viele Erinnerungen.

Aber was hat die ganze Arbeit, alles Geld, das 'reingesteckt wurde, politisch gebracht; wie viele Bürger wurden wirklich erreicht? Die Antwort auf diese Frage fällt nicht leicht. Sicher wurde die WNZ nicht das Weddingener Massenblatt, aber ich glaube, daß viele Artikel eine Gegenöffentlichkeit hergestellt haben, Mißstände aufgedeckt haben, Gruppen, die im Stadtteil arbeiteten, miteinander bekannt gemacht haben. Das IZ war sicher nicht *das* Stadtteilzentrum, das alle Weddingener erreichte, aber es war ein guter Ansatz, Dinge, die damals wichtig waren, in Bewegung zu setzen. Daneben war es ein Treffpunkt für uns als Gruppe und für die Bewohner im Kiez. Die WNZ hat sich aktiv im Stadtteil eingemischt. So hat sie schon damals, als noch wenige daran dachten, Umweltprobleme aus dem kleinen Kreis der Interessierten heraus allgemein verständlich gemacht.

Zusammenfassend: Schön war's - und wenn es auch noch was für den Stadtteil gebracht hat, dann war es all die Arbeit und das Geld wert!

## **2. Teil: Ein Gespräch über "alte Zeiten"**

Während Wolfgang sich aus der Ferne zu Wort gemeldet hat, trafen wir uns zu viert - Luise, Sigrid, Peter und ich - noch einmal im Wedding, um unsere "WNZ-Zeit" gemeinsam zu reflektieren. Obwohl auch wir zu einer positiven Bewertung unseres Engagements kamen, fiel die Bestandsaufnahme doch an einzelnen Punkten kritischer aus.

Die Gründe, warum wir uns Ende der 70er Jahre entschlossen, an der Stadtteilzeitung mitzuwirken, waren ähnlich: Privates und politischer Anspruch vermischten sich.

Luise: "Erstmal zum Privaten, denn das war doch der Auslöser. Wir haben damals was gesucht, wo man einerseits Kontakte knüpfen, andererseits aber gleichzeitig auch was politisch erreichen konnte. Naja, hohe Zielvorstellungen hatten wir erst schon mal gar nicht. Wir sind so 'reingeschnitten, um uns das erstmal anzusehen. Rüdiger hat gearbeitet und ich war an der Uni, da haben wir was gesucht, wo wir in der Freizeit zusammen was machen können."

Peter: "Ich bin dahin gekommen, weil ich Luise kannte und Rüdiger. Da war ein Straßen- bzw. Weihnachtsfest in der Buttmanstraße. Auf alle Fälle war es kalt und es gab Glühwein dort. Zwei Sachen haben eine Rolle gespielt,

daß ich dann dort gelandet bin: einmal die Zeitungsproduktion und dann um Leute kennenzulernen. Daß ich nicht in eine andere Gruppe gegangen bin, mag viel Zufall gewesen sein. Aber vielleicht nicht nur Zufall, weil einige andere Gruppen einen ziemlich radikalen Ansatz hatten, wie z.B. die Knastgruppe. Die WNZ galt ja teilweise so als linker FDP-Laden. Die FDP war mir nun weiß Gott nicht sympathisch. Es war aber doch ein etwas anderes politisches Spektrum vorhanden als in den anderen Gruppen. Parteien, in die man hätte eintreten können, gab es damals ja nicht."

Alle hatten politische Vorerfahrungen, sei es in Schülergruppen oder Studentengruppen, durch die Mitarbeit z.B. an einer Schülerzeitung oder durch den Aufbau eines Jugendzentrums. Das Angebot des Informationszentrums und die Gelegenheit, eine Zeitung zu produzieren, übten eine starke Anziehungskraft aus.

Peter: "Die Uni, das war auch so ein abgeschlossener Bereich, der nicht so attraktiv war. Es hat sich vom politischen Spektrum das widerspiegelt, was sonst so los war, mit den ganzen K-Gruppen und so."

Luise: "Und das hat mich ja damals gerade gereizt. Der Anspruch des Kontakts zur Arbeiterklasse und zu denen, die da wohnen. Als Kontrast zu dem Unibereich, und daß man da eine Brücke bauen wollte und gerade über die Zeitung. Heute klingt manches auch ganz schön lächerlich vielleicht. Zu idealistisch, aber das muß man vor dem Hintergrund 1977/78 sehen."

Attraktiv war, daß in der Gruppe relativ wenige Studenten mitarbeiteten und der Laden für alle Leute offen war; man hoffte, nicht nur akademisches Publikum anzutreffen. Während die Generation der 68er erst durch die Uni-Politik zur Stadtteilpolitik gekommen war, begannen die Studenten Ende der 70er Jahre ihr Studium in einer Situation, in der dieser Schritt schon vollzogen war. Das spiegelte sich schon bald in der Bürgerinitiativarbeit wider; so stieg der Anteil der Studenten, die an der Produktion der WNZ beteiligt waren, bis Anfang der 80er Jahre ständig. Die Universität als politisches Wirkungsfeld war für viele nur noch in besonderen Situationen wie z.B. Streiks interessant.

Ein anderer Zugang zur Zeitungsgruppe war durch das Informationszentrum gegeben. Ein Schwerpunkt der Arbeit waren immer die Mieterprobleme. Das IZ bot die Möglichkeit zur Rechtsberatung und zu Mieterversammlungen.

Sigrid: "Ich bin Winter 1979/80 dazugestoßen. Wenn ich zum Bäcker in die Buttmannstraße ging, ist der Laden mir schon immer aufgefallen. Ich war ganz neugierig, aber er war immer zu, wenn ich vorbeikam. Und dann hatten wir Streitigkeiten mit dem Vermieter. Und ich hab dann eine Mieterversammlung initiiert, die im IZ-Laden stattfand. Da habe ich erstmal mitgekriegt, daß dort eine Zeitung gemacht wurde, die viel über Stadtteilpolitik und Mieterpolitik berichtete.

Dann habe ich einen Termin für die Versammlung ausgemacht. Da waren einige Leute, es war ziemlich düster und Knut hat dagesessen und hat Zeitungsartikel geklebt. Daraufhin bin ich wiedergekommen; und mich persönlich hat das Zeitungsmachen interessiert, weil ich schon immer eine Schwäche dafür hatte."

Werner: "Die Rechtsberatung war wichtig, das war eine der besten Aktivitäten. Ich finde es interessant, daß Sigrid und ich auf die gleiche Weise zur WNZ gestoßen sind, nämlich über einen Konflikt mit dem Vermieter und über eine Hausversammlung im Laden. Das Angebot, sich dort treffen zu können, hat also schon eine wichtige Funktion gehabt."

Die täglichen Öffnungszeiten in den Nachmittagsstunden waren für die wenigen Aktivisten ein großer zeitlicher Aufwand, was im Nachhinein auch kritisch gesehen wird. Hat es sich insgesamt gelohnt oder hat man entgegen dem eigenen nur aus Pflichtgefühl diese Arbeit gemacht?

Der Anspruch, "immer offen für alle zu sein", änderte sich mit dem Ausscheiden der Gründergeneration des Informationszentrums. Aus der zeitweisen geringen Frequentierung des Ladens wurde der Schluß gezogen, daß es sinnvoller wäre, sich um die Vernetzung bereits aktiver Menschen zu kümmern. Die Forderung, die Mißstände im Bezirk im Interesse der Betroffenen direkt aufzugreifen und auch bei diesen Resonanz zu finden, wurde jedoch nie ganz aufgegeben.

Die Weddinger Neue Zeitung hatte immer Vorgänge im Bezirk, insbesondere die Arbeit des Bezirksamtes, kritisch verfolgt. Vermieterwillkür und Kahlschlagsanierung waren ständige Themen von Anfang an. Übergreifende politische Entwicklungen wie die Anti-AKW-Bewegung, die Aktionen gegen die Autobahnplanung und die Hausbesetzungen um 1981 wurden zunehmend aufgegriffen. Erfolge der Arbeiten sind nur schwer meßbar. Die Koalition der Ignoranz im Bezirk wurde bereits erwähnt; sie war nur punktuell aufzuweichen, obwohl zu beobachten war, daß die kritische Berichterstattung auch von dieser Seite verfolgt wurde.

Luise: "Ich könnte nicht formulieren, was erreicht worden ist. Einen Beitrag haben wir sicherlich geleistet als eine von vielen Initiativen, die es zu dieser Zeit gegeben hat. Ein Puzzle-Stück."

Peter: "Ein toller persönlicher Erfolg war: Ich hatte unter dem Pseudonym Adalbert Anarcho mal einen Artikel geschrieben über diese Broschüre 'Lieber krank feiern als gesund schuftet'. Darüber ist im Tagesspiegel eine Notiz in einem eingerahmten Kästchen erschienen, wo man sich fürchterlich darüber aufgeregt hatte. Das war toll. Hatte zwar mit Stadtteilarbeit nichts zu tun..."

Sigrid: "Für mich war es wichtig, mit der Wohnungspolitik vertraut zu werden. Z.B. im Gesundbrunnen die Flächensanierung. Wie das alles fiel, die Stimmungsmache gegen die türkischen Mieter, die beschuldigt wurden, die Häuser zu verwüsten. Das hat sich bei mir festgesetzt."

Werner: "Für mich ist die Mówenseeaktion immer ein Beispiel einer guten exemplarischen und symbolischen Aktion gegen die Autobahnplanung in Erinnerung geblieben. Da wurde im Rahmen einer Reinigungsaktion für den Mówensee darauf aufmerksam gemacht, daß dieser durch die geplante Autobahn zerstört werden würde."

Luise: "Da entstand auch der gewünschte Kontakt zur Bevölkerung am ehesten. Auch bei Ständen auf Märkten, am 1.Mai oder zum Weihnachtsmarkt, wo wir auf Leute zugegangen sind. Bei den Ladendiensten war man nur 'rumgessen und hat gewartet. Am Mówensee haben wir Bäume gepflanzt."

Mit der Zeit entwickelte sich aus dem Leserkreis eine beträchtliche Anzahl von Menschen, die bei Ausstellungen, Musikveranstaltungen und politischen Diskussionen ansprechbar waren.

Die WNZ hat auch in dieser Richtung sicherlich zur Stadtteilkultur beigetragen. In der Zeit von 1981 bis 1983 fand ein neuer Umbruch in der Redaktion statt. Die Aktiven, die seit 77/78 die Arbeit getragen hatten, schieden nach und nach aus.

Peter: "Zwei Gründe: 1980/81 habe ich Examen gemacht, da war keine Freizeit mehr übrig. Außerdem war der Elan auch 'raus. In der Hausbesetzerzeit ging alles den Bach 'runter, da hat sich keiner mehr für die WNZ interessiert. Wir konnten uns nicht den veränderten Bedingungen stellen. Eine andere Generation trat auf den Plan, die nicht mehr im weitesten Sinne in der Tradition der 68er stand. Da die Außenwirkung nicht mehr da war, war das Interesse für mich völlig weg."

Luise: "Der Auslöser war das Examen. Ich habe dann auch nie wieder einen Versuch gemacht, wieder 'reinzukommen. Auf einmal waren auch andere Leute da, die die WNZ machten, zu denen ich keinen Bezug mehr hatte."

Werner: "Für mich standen zum Schluß der Aufwand für die Zeitungsproduktion und Wirkung der Zeitung nicht mehr in einem sinnvollen Verhältnis. Das war der Hauptgrund. Die Erfahrung, daß eine so kleine Initiative diese Arbeit nicht leisten kann. Daß neben der Produktion keine Zeit mehr für einen wirkungsvollen Vertrieb blieb."

Ich selbst bin dann in die Hausbesetzungsgeschichten eingestiegen und außerdem blieb nicht mehr viel Zeit, weil wir Jana bekommen hatten. Ich habe auch gemerkt, daß die Vernetzung der Projekte so schwierig war, weil das Bewußtsein wenig entwickelt war, daß ein Stadtteilzusammenhang für die Weiterentwicklung der Projektkultur und für die Fähigkeit der politischen Intervention notwendig ist. Die Einzelinteressen der Gruppen waren meistens wichtiger als das Interesse, im Stadtteil gemeinsam etwas zu bewirken.

Zu bestimmten Anlässen, Märkte, Stadtteilplenum usw. gab es immer wieder so etwas wie einen Zusammenhang; hier hatte die WNZ auch eine wichtige initiiierende Funktion. Das blieb aber punktuell. Ein gemeinsames politisches Interesse auf Stadtteilebene zu formulieren, ist nicht gelungen. Heute hat diese Funktion das Kommunale Forum - allerdings mit einem wesentlich stärkeren background..."

Luise: "Bei mir war es sicher auch so eine Ermüdung, wir haben das dann abgelöst durch das Projekt in der Neuen Hochstraße. Außerdem waren nach meinem Examen die alten Leute weg, die neuen kannte man nicht."

Sigrid: "Es war auch einfach nicht mehr 'in', solche Arbeit zu machen. Ich war 1981 ein Jahr verreist, danach hatte ich schon noch Lust. Aber die Diplomarbeit, der Umzug nach Westdeutschland kamen dazwischen. Es war aber auch eine andere Art der Politisierung, die eingetreten war. Die Stadtteilzeitung war politisch überlebt."

Die Aussage bezieht sich darauf, daß dem Stadtteilzeitungsboom in den 70er Jahren das zu einfache Bild zugrunde lag, daß durch "unterdrückte Nachrichten" und mangelhafte Lokalberichterstattung ein großer Teil der politischen Abstinenz der schweigenden Mehrheit erklärbar sei. Mit der Gegenöffentlichkeit wurden aber fast ausschließlich die ohnehin schon überzeugten Bürger erreicht.

Als so die Erfolge ausblieben, setzte Anfang der 80er Jahre das große Sterben unter den Stadtteilzeitungen ein, das die WNZ allerdings noch einige Jahre überlebte.

Zudem entstanden andere Blätter wie Stadtilustrierte und die Taz. Mit professionellem Journalismus konnte die Betroffenenberichterstattung nicht konkurrieren. Der Niedergang war aber weniger eine ökonomische als eine Motivationsfrage. Die Aktiven der 80er Jahre wollten sich nicht mehr auf die zähe Strukturarbeit im Stadtteil einlassen. In der WNZ läßt sich das als eine Verflachung der Lokalberichterstattung nachvollziehen.

Ein anderes Beispiel dafür ist die Hausbesetzerbewegung. Aktive im Stadtteil äußerten zu dieser Zeit oftmals, daß die Aneignung der Häuser an den bestehenden politischen Strukturen vorbei erfolgt ist.

Peter: "Ich weiß auch nicht, ob ich das bedauern soll. Die Hausbesetzergeneration ist ja inzwischen auch schon wieder Geschichte."

Was bleibt übrig? Persönliche, mehr oder weniger stabile Beziehungen, die durch die Zusammenarbeit entstanden sind und die sich erhalten haben, eine Lernerfahrung, die auch in andere politische Zusammenhänge und in die berufliche Arbeit eingebracht werden konnte, lassen uns - genauso wie auch Wolfgang - die Zeit rückblickend als wichtig für unser Leben erscheinen.

Peter: "Sie war der BI-Bewegung angemessen. Ich will das gar nicht negativ sehen. Auch die Ladendienste nicht. Für mich persönlich war es eine tolle Erfahrung mit der Zeitung. Es hat ja auch eine zeitlang ganz gut geklappt."

Luise: "Persönlich war es ganz sicher eine Bereicherung. Wieviel Leute ich kennengelernt habe, zu denen noch Kontakte bestehen. Und viele machen noch woanders was. Man hatte zu selten ein Echo aus der Bevölkerung, die man eigentlich erreichen wollte.

Aber erstaunlicherweise gab es von der BVV Reaktionen. Auf einer ganz anderen Ebene als viele von uns beabsichtigten. Rückblickend bedauere ich aber auch, daß ich zuviel Zeit investiert habe. Aus diesem Pflichtgefühl heraus: wenn ich es nicht mache, dann macht es eben keiner. Das würde ich heute nicht mehr tun. Mir fiel das auch mit den Beiträgen finanziell ziemlich schwer."

Sigrid: "Es war aber mein Einstieg in Berlin."



## **Bruch und Kontinuität**

Im ersten Teil habe ich versucht, die Bruchstellen in der Geschichte der Weddinger Neuen Zeitung zu verdeutlichen. Die Jahre 1974, 1976, 1978, 1981 und 1989 markierten politische Veränderungen in der Zielsetzung, Veränderungen der Arbeitsweise und begrenzt der Inhalte; sie waren mit dem Ausscheiden und Eintreten von Personen verbunden; sie spiegeln auch veränderte politische Strömungen in den neuen sozialen Bewegungen aufgrund von politischen Erfahrungen und gesellschaftlichen Entwicklungen wider.

In Opposition zur SPD hat sich das Juso-Blatt zum Bürgerinitiativmedium entwickelt. Die sich ausweitende Projektkultur ist durch die Initiativenzeitung um 1980 begleitet und gefördert worden. Die Zeitschrift für die radikale Linke steht immer noch in Opposition zum Parteienspektrum, jetzt einschließlich der Alternativen Liste, die als "lächerliche Mitregierungspartei" bezeichnet wird. Kritisch wird auch die Projekt- und Initiativszene gesehen.

Im zweiten Teil sollte deutlich werden, daß sich politischer Anspruch und persönliche Intentionen bei den Aktiven vermischt haben. In den Redaktionsgruppen der WNZ ist ein freundschaftlicher Zusammenhang eine wichtige Grundlage der Arbeit gewesen. Wir haben versucht zu zeigen, welchen Stellenwert wir der Zeitung rückblickend beimessen.

Inhaltlich und politisch liegt die Kontinuität der Stadtteilzeitungsarbeit bei den ständig wiederkehrenden Problemen des Bezirks. Die WNZ war aber nie nur Lokalzeitung. Bei aller politischen Unterschiedlichkeit war der Blick über den Tellerrand hinaus und die Behandlung von wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen ein gemeinsamer Nenner. Die Zeitung war und ist ein Teil der neuen sozialen Bewegungen. Der Arbeitsstil sollte überkommene Arbeitsteilung - auch zwischen Frauen und Männern - aufheben. Von der Produktion der Artikel bis zum Vertrieb konnte jeder alle Funktionen ausüben.

Die Aktiven waren eher pragmatisch, die WNZ-Gruppe war nie ein theoretischer Debattierzirkel. Inhalt und Aufmachung zeigen aber, daß die politischen Entwicklungen der Alternativbewegung aufgegriffen und verarbeitet wurden. Immer waren kulturelle Themen genauso vertreten wie die Kritik an bürokratischen und technokratischen Entwicklungen in der Gesellschaft und im Bezirk. Die Vorgänge im Bezirk und die Weddinger Politik wurden jahrelang transparenter gemacht. Die WNZ war ein Teil der Öffent-

lichkeit, die die Anti-AKW-Bewegung, die Friedensbewegung, den Häuserkampf und die Volkszählungskampagne benötigte.

In diesen Zusammenhang gestellt, ist die Arbeit einer Stadtteilzeitung politisch wertvoll. Kritische Gegenöffentlichkeit kann punktuell durch den medial aufgebauten Abschirmungsschild, den versierte Politiker virtuos zu nutzen wissen, um Informationen zu lancieren, hindurchdringen. Wichtig erscheint mir, daß der Anspruch nicht durch untaugliche Ideologien wiederum in Frage gestellt wird.

Zur aktuellen Situation, die stark von der "Schere im Kopf" und der Bevormundung kritischer Journalisten beeinflußt ist, sei abschließend ein Zitat aufgegriffen, das genau die Funktion der Medien beschreibt, gegen die sich der Versuch gerichtet hat, eine Stadtteilöffentlichkeit aufzubauen:

"Wir bekommen nicht Fakten, sondern die zu deren Unterstützung förderlichen Fiktionen geliefert. Abschirmung der Fakten plus Induktion der erwünschten Bewertung - das ist die 'politische Funktion' der Medien heute."<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> Wolfgang Welsch, Die zynisch-idyllische Illusion eines Kleinkrieges, in: Taz vom 23.2.1991

# DIE SCHRIPPENKIRCHE: DAS LETZTE KAPITEL

Von Walther Willmer<sup>1</sup>

Ende 1979 schlugen die politischen Wellen im Wedding hoch. Eine Initiative zur Erhaltung der Schrippenkirche versuchte mit verblüffender Energie und anfänglich überraschenden Erfolgen, die historischen Gebäude des Vereins "Schrippenkirche e.V.", vormals "Verein Dienst an Arbeitslosen", zu retten. Erhebliche Unruhe wurde damit in die Planung und Durchführung der nahezu abgeschlossenen Sanierung des Gebietes um die Brunnenstraße hineingetragen, die ehemals so reibungslos verlaufen war. Presse und Funk nahm ausführlich Notiz von den Vorgängen, die "Zeit" veröffentlichte einen detaillierten Bericht mit dem Untertitel: "Wo soziale Phantasie sich regt, kommt Erde drüber und Beton"<sup>2</sup>.

Ganze Häuserblocks waren bereits abgerissen, Neubauten stehen an ihrer Stelle; die berühmt-berüchtigten Mietskasernen des Arbeiterviertels der Jahrhundertwende wurden ersetzt durch Mietskasernen der 70er Jahre: geprägt von Gesichtslosigkeit, mangelhafter Infrastruktur und sozialer Armut. Ein bis heute herausragendes Beispiel der Kahlschlagsanierung und Zerstörung historischer Strukturen.<sup>3</sup>

Ein Gebäudekomplex war verschont geblieben, vielleicht, weil die Umsiedlung eines Kinder-, Jugend- und Altenheimes keine ganz einfache Sache ist, vielleicht aber auch, weil man es nicht übermäßig eilig hatte, denn der Zugriff auf dieses Gelände schien gesichert zu sein. Wie oft im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen war ein Grundstückstausch vereinbart. Das Diakonische Werk, in das der Verein "Schrippenkirche e.V." eingegliedert ist, sollte in der Ackerstraße ein Grundstück des "Vaterländischen Bauvereins" für einen Neubau erhalten, dem "Vaterländischen Bauverein" wurde im Ringtausch das Gelände der "Schrippenkirche" übertragen. Nach Abriß der alten Gebäude war beabsichtigt, hier einen 6-stöckigen und einen 8-stöckigen Wohnblock für 80 Wohnungen nebst einer Tiefgarage zu errichten.

---

<sup>1</sup> Unter Mitarbeit von Rainer Just, Mitarbeiter der "Bernauer 111"

<sup>2</sup> Cornelia Frey, Countdown zum Überfall, in: "Die Zeit" vom 28.3.80, S. 58

<sup>3</sup> vgl. Johann Friedrich Geist, Klaus Kürvers, Das Berliner Mietshaus 1862-1945 (Band 2), Berlin 1984 und Band 3, 1945 bis 1989, Berlin 1989. Siehe auch Harald Bodenschatz, Platz frei für das neue Berlin, Berlin 1987

Im September 1979 war der Umzug des Kinder-, Jugend- und Altenheimes in den Neubau abgeschlossen. Die "Schrippenkirche" stand leer, lediglich in dem dazugehörigen Wohnhaus Hussittenstraße wohnten noch einzelne Mieter. In diesem Moment der Verwaisung der alten Gebäude der "Schrippenkirche" hat sich unter einigen Anwohnern eine Vorahnung breit gemacht, wie einschneidend der Verlust dieses Gebäudes für die nähere Umgebung werden würde. Unvorstellbar schien der Abriss eines Gebäudes, das eine ungewöhnlich gute Bausubstanz aufzuweisen hatte und wie geschaffen war für ein kulturelles und soziales Zentrum inmitten einer Umgebung, der es gerade an solchen Einrichtungen fehlte. Außerdem galt es hier, ein Denkmal der karitativen Tätigkeiten der Kirche im 19. Jahrhundert zu sichern. Und das hieß, nicht nur die bloße Erinnerung zu erhalten, sondern diese sichtbar und erfaßbar zu bewahren.

"Historisches Bewußtsein hängt wesentlich an Orten. Wo es nur noch an Jahreszahlen hängt, ist es abstrakt und ohne Nutzen. Die Geschichte eines Viertels gehört zur Vollständigkeit des Lebens im Viertel, vor allem dann, wenn es ausnahmsweise eine ist, deren man sich nicht zu schämen braucht. Aber darin erschöpft sich der Fall nicht. Die Räume der alten Arbeiteröffentlichkeit werden auch heute gebraucht. Die private Öffentlichkeit des Fernsehens und des unaufhaltsam auf uns zukommenden Kabel-Videos werden nicht das Letzte Wort bleiben. Viele kleine Teilzentren, viele informelle Foren werden gebraucht, um zwischen sprachloser Fernsehpolitik und der erdrückenden psychischen Misere der Kleinfamilie in ihren vier Sozialen-Wohnungsbau-Wänden eine neue Ebene des Verkehrs unter Menschen zu entwickeln."<sup>4</sup>

Hinzu kam ein Vakuum der Kräfte. Der Verein "Schrippenkirche e.V." bzw. das Diakonische Werk als Eigentümer des Grundstücks waren aber leidenschaftslos bezüglich einer weiteren Nutzung des Geländes. Lediglich die Verträge mit dem "Vaterländischen Bauverein" galt es einzuhalten. Dieser konnte jedoch erst nach der Eintragung im Grundbuch, also ab dem 1. November als Eigentümer auftreten. Somit schien das Schicksal der "Schrippenkirche" für einen Moment offen und keineswegs besiegelt. Mieter des Wohngebäudes, Anwohner und Mitglieder der Versöhnungsgemeinde gründeten Anfang Oktober 1979 eine Initiative für den Erhalt der "Schrippenkirche". Sie wollten das leerstehende Gebäude vor mutwilligen Zerstörungen schützen und Zeit gewinnen und Zeit gewinnen, um über andere Nutzungen, Träger und Verfahren in einen Gesprächsprozess mit den Verantwortlichen zu kommen.

---

<sup>4</sup> Dieter Hoffmann-Axthelm, Bauwelt 1/1980

Diese Ziele wurden versucht, auf drei Ebenen umzusetzen: einmal mußte das Gebäude umgehend belebt werden, dem besten Schutz vor ungebeter Verwüstung. Nur so konnte man der Öffentlichkeit zeigen, welche wichtige Funktion dieses Gebäude erfüllen könnte, nur so konnte man eine Vorstellung vermitteln, daß das selbst gesteckte Ziel realisierbar war. Eine weitere Ebene war die politische. Hier mußten Verhandlungen mit dem Bezirksamt, dem Bausenator und mit den neuen Eigentümern eingeleitet werden, angesichts der abgeschlossenen Sanierungsplanung ein überaus schwieriges Unternehmen. Und schließlich galt es, potente Unterstützung zu suchen und zu finden, auch im Umfeld der Kirche.

In der Konzeption sollte gerade auf diese Geschichte des Hauses wieder Bezug genommen werden<sup>5</sup>: neben einem Kultur- und Kommunikationszentrum sollten speziell Einrichtungen für Arbeitslose geschaffen werden. Der Verein "Dienst an Arbeitslosen" war 1882 gegründet und im April 1903 als "milde Stiftung" vom Polizeipräsidenten von Berlin anerkannt worden. Während des Nationalsozialismus durfte der Verein mit seiner Arbeit keine öffentliche Wirksamkeit entfalten, die Mitgliederversammlung änderte seinen Namen am 23.2.1939 in "Schrippenkirche e.V.". Nach 1945 wurde die Arbeit mit neuen Schwerpunkten fortgeführt. Die eigene Geschichte geriet zunehmend in den Hintergrund, wurde nicht sonderlich gepflegt noch in sonst einer Weise vor dem Vergessen bewahrt.

Ab Oktober 1979 hatte die Bürgerinitiative Zugang zu dem Haus. Ein Kaffee wurde eingerichtet, viele Veranstaltungen im Haus abgehalten. Mit Spenden konnte die Heizungsanlage in Betrieb gesetzt werden. Der Gemeindegemeinderat zog für ein Wochenende am 9.11.1979 in das Gebäude, um seine Unterstützung deutlich zu machen und die angesetzte Räumung durch die Polizei - mit Erfolg - aufzuschieben. Die Synode des Kirchenkreises Wedding besuchte die "Schrippenkirche" und votierte am 10.10.1979 für den Erhalt des Gebäudes. Auch die Regionalsynode der Evangelischen Kirche in Berlin Brandenburg (Berlin West) sprach sich in ihrer Herbsttagung für den Erhalt des Gebäudes aus und bat um Aufschub bei allen beteiligten Parteien.

Die Verhandlungen mit den verantwortlichen politischen Kräften verliefen verhalten nicht ohne Hoffnung. Abgesehen von der Tatsache, daß der Bebauungsplan längst verabschiedet worden war, hatten die Mitglieder der Initiative die Hoffnung, daß dieser geändert werden könnte, wenn der

---

<sup>5</sup> vgl. den ausführlichen Artikel zur Geschichte der "Schrippenkirche": Klaus Duntze, Die 'Schrippenkirche' und der Verein 'Dienst an Arbeitslosen', Schriftenreihe Wedding, Band 2, Armut und Obdachlosigkeit im Wedding, Berlin 1991

politische Willen vorhanden wäre. Tatsächlich war der Bebauungsplan gerade in diesem Gebiet schon einmal geändert worden. Der Sanierungsträger, der "Vaterländische Bauverein" machte von vornherein entstandene Planungskosten in Höhe von ca. 350.000 DM geltend. Die Initiative erhoffte sich über die Einschaltung des Denkmalschutzamtes einen zeitlichen Aufschub. Das Amt für Denkmalschutz war von sich aus nur soweit aktiv geworden, daß es einen Teil dieses Gebäudes von herausragender sozialhistorischer Bedeutung als erhaltenswert einstufte, nicht aber unter Denkmalschutz stellte. Eine Revidierung dieser Entscheidung wollte die Initiative erreichen. Von seiten des Senators für Bau- und Wohnungswesen schienen keine gravierenden Hindernisse für den Erhalt im Wege zu stehen, vorausgesetzt, die schwierigen Verfahrensfragen würden eindeutig geklärt. Man verwies auf das Bezirksamt Wedding, das für eine eventuelle Änderung des Bebauungsplanes zuständig sei. Der "Vaterländische Bauverein" war, so der Eindruck der Verhandlungspartner der Initiative, vor allem daran interessiert, bei Änderung der Planung die entstandenen Unkosten wieder erstattet zu bekommen. Mit dem "Christlichen Jugenddorfwerk e.V." fand die Initiative einen möglichen Träger, der bereit gewesen wäre, die Kosten für die Renovierung und den Umbau des Hauses zu tragen und eine Arbeit aufzunehmen, die inhaltlich in der Tradition der "Schrippenkirche" stand, freilich unter den Prämissen der modernen kirchlichen Sozialarbeit.

Mitte November 1979 sah es ganz so aus, als hätte das Vorhaben der Bürgerinitiative eine realistische Chance. Der Eigentümer, der "Vaterländische Bauverein" erklärte, die Aktivitäten der Initiative bis Ende des Jahres in den Räumen der "Schrippenkirche" zu dulden, allerdings unter der Bedingung, daß die Initiative die Räume sofort freigebe, wenn absehbar werde, daß die Vorhaben der Initiative nicht verwirklicht werden könnten.

In dieser Zeit traten auch die Verhandlungen mit dem Bezirksamt Wedding in die entscheidende Phase. Doch hier zeichneten sich schwere Widerstände ab. Einerseits mußte die scharfe, ablehnende Haltung der Bauverwaltung unter Baustadtrat Renner aufgeweicht, bzw. aufgehoben werden, andererseits mußten die Bezirksverordneten von dem Sinn des Projektes überzeugt werden. Denn nur der Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung hätte eine Änderung des Bebauungsplanes und damit den Erhalt der "Schrippenkirche" bewirken können. Beides scheiterte an der extrem starren Haltung des Bezirksamtes.

Anstatt das Engagement der Initiative aufzugreifen und die sich immer seltener bietende Gelegenheit zu nutzen, die Identifikation der Bewohner mit ihrem Stadtteil mittels der Geschichte vor Ort zu fördern, wurde eine klein-

liche Kampagne gegen die Initiative inszeniert. Den 200 Unterstützern der Initiative wurde aufgrund ihres Wohnsitzes das Interesse am Erhalt der "Schrippenkirche" streitig gemacht. Nur 40 hätten in der näheren Umgebung der "Schrippenkirche" gewohnt und somit das Recht auf "Betroffenheit". Unter den Tisch fallen ließ man so prominente Befürworter wie Julius Posener, Günther Kühne, Josef Beuys, Ingeborg Drewitz, Kurt Scharf und viele andere. Selbst Bundespräsident Karl Carstens zeigte Interesse für das Anliegen der Initiative. Im Gegenzug präsentierte das Bezirksamt eine Liste von über 130 Anwohnern, die sich für den Abriß der "Schrippenkirche" ausgesprochen hatten und die, wiederum aufgrund ihres Wohnsitzes, tatsächlich ernstzunehmende "Betroffene" seien.

Im Kommunalblättchen der Wedding SPD verfiel man tatsächlich darauf, auf die konservative-christliche Ausrichtung der Sozialarbeit in der Geschichte der "Schrippenkirche" zu verweisen, eine an sich höchst spannende Frage, die selbst heute noch zu neuen Ansätzen im Spannungsfeld von Subsidiarität und staatlicher Fürsorge verhilft. Im Streit der Argumente für oder wider den Abriß muß dieses "historische" Statement schlicht peinlich genannt werden.<sup>6</sup>

Am 16.11.1979 fand dann die entscheidende Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung statt. Die Versammlung folgte nicht dem Antrag der FDP-Fraktion, der Bezirk möge sich für den Erhalt der "Schrippenkirche" aussprechen und die nötigen Schritte einleiten. Hingegen erhielt die Vorlage des Baustadtrates Renner Zustimmung, wonach kein Anlaß gegeben sei, den Bebauungsplan zu ändern und auch sonst die Initiative für den Erhalt der "Schrippenkirche" auf keinerlei Unterstützung durch den Bezirk rechnen könne. Damit war der Streit um den Erhalt der "Schrippenkirche" für die Mitglieder der Initiative verloren. Sie zogen sich, auch aus Resignation, aus der Auseinandersetzung zurück. So hatten alle Vorstöße, die danach noch unternommen wurden, keine realistische Chance mehr. Sie waren sämtlich verzweifelte Versuche, wider jegliche Erwartung dennoch eine Wendung herbeizuführen. Die Wechselwirkung zwischen den drei Ebenen, auf denen die Auseinandersetzung geführt worden war, brach zusammen. Dieser Rückzug der Initiative ging einher mit einem Wechsel innerhalb der "Besetzer", die ja immerhin bis Ende des Jahres die Zusicherung der Duldung hatten. Eine Gruppe aus dem Umfeld der "Knastgruppen" interessierte sich für die Räumlichkeiten der "Schrippenkirche". Wie absehbar war, konnte diese Gruppe den Umschwung in der Auseinandersetzung um die "Schrippenkirche" nicht herbeiführen. Dem Wedding bleiben allein noch heute zu besichtigende Grafittis wie "Schrippe muß leben".

---

<sup>6</sup> vgl. den belustigten Hinweis im Artikel des Tagesspiegel vom 12.12.1979

Unter großem Aufgebot der Polizei wurde am 7. März 1980 das fast völlig verlassene Gebäude der "Schrippenkirche" geräumt und unverzüglich mit den Abrißarbeiten begonnen. Nur einige Einzelpersonen waren noch im Haus. Die ordnungsgemäße Durchführung einer einmal festgelegten Planung hatte gesiegt - auf Kosten des historischen Bewußtseins, der Identität eines Bezirkes.

Kleine Notiz am Rande: Vielleicht wird man einst, wenn die Neubauten auf dem Grund der "Schrippenkirche" Altbauten sein werden, auf den Gedanken verfallen, das Gebäude der "Schrippenkirche" originalgetreu wieder aufzubauen. Zumindest die Fassade!

#### Das Nachspiel

Die Bürgerinitiative zur Erhaltung der "Schrippenkirche" hatte im Oktober 1979 die Vereinsgründung "Alte Schrippenkirche e.V." betrieben. Damit sollte sichergestellt sein, daß im Falle einer Regelung durch Zuwendungen Des Landes Berlin oder auch anderer Institutionen ein rechtsfähiger Partner bereit stünde. Nachdem im November keine Aussicht auf Erfolg der Initiative mehr bestand, wurde diese Vereinsgründung gestoppt. Die Eintragung in das Vereinsregister kam nicht zustande. Dennoch wendeten sich alle rechtlichen Schritte seitens des Eigentümers, des "Vaterländischen Bauvereins" gegen die Mitglieder des formal noch nicht gegründeten Vereins sowie gegen drei weitere Einzelpersonen.

Auch die Mitglieder des noch nicht gegründeten Vereins wurden anteilig dazu verurteilt, die Prozeßkosten in Höhe von mehreren tausend Mark für die verschiedenen Instanzen eines zivilrechtlichen Räumungsprozesses zu tragen, obwohl der Verein niemals rechtlich bestanden hatte und obwohl sich die Initiative zum Zeitpunkt der Räumungsklage längst aus den Gebäuden der "Schrippenkirche" zurückgezogen hatte. Die Vehemenz, mit der die Frage der Prozeßkosten von seiten des "Vaterländischen Bauvereins" betrieben wurde, steht in einem auffälligen Kontrast zur Verhandlungsbereitschaft im Herbst 1979. Rechtsvertreter des "Vaterländischen Bauvereins" waren die Anwälte Kupsch, Tietze und Rastemborski, der wenig später Senator für Bau- und Wohnungswesen werden sollte.

Mangels Klientel mußte das alte Konzept des Vereins "Schrippenkirche e.V." geändert werden. Anstatt eines Kinder-, Jugend- und Altenheimes sollte nun ein Heim für Behinderte im gerade fertiggestellten Neubau betrieben werden. Zu diesem Zweck mußte das neue Gebäude mit Millionensummen umgebaut werden. Im Zuge dieser Arbeiten kam es zu erheblichen Unterschlagungen, die den damaligen Jugendstadtrat sein Amt kosteten.



## **SANIERUNG UND HAUSBESETZER**

**Von Hermann Bullinger**

Im November 1979 wurden von der Bürgerinitiative Wedding e.V. 5000 Flugblätter im Sanierungserwartungsgebiet Schulstraße verteilt, in denen die Betroffenen zu einem Informationsabend eingeladen wurden. Dem Aufruf folgten circa 50 Mieter. Der erste Schritt zur Gründung der "Sanierungsgruppe Schulstraße" war getan.

Daß Betroffene sich organisierten und sich aktiv in das Sanierungs-geschehen einmischten, war damals im Wedding ein Novum. Im Sanierungsge-biet Brunnenstraße, dem in den 70er Jahren größten Sanierungsgebiet Euro-pas, war der weitgehende "Kahlschlag" der Altbausubstanz noch ohne organi-sierten Betroffenenwiderstand über die Bühne gegangen.

Mit der Einladung zu einem Informationsabend wollte die Bürgerinitiative Wedding e.V. bewußt eine Entwicklung einleiten, die Ähnliches für die da-mals neu in Angriff genommenen Sanierungsgebiete verhinderte.

Dies war freilich unter Weddinger Bedingungen kein leichtes Unterfangen. Zum einen gab es hier im Gegensatz etwa zu Kreuzberg keine "Tradition" von Betroffenenorganisation und -widerstand, zum anderen wurde die Politik des Weddinger Bezirksamtes mehrheitlich von rechten "Betonköpfen" der SPD bestimmt, denen in der Vergangenheit nahezu jedes Mittel recht gewe-sen war, um Initiativen "von unten" zu be- und verhindern.

### **Erste Schritte der Öffentlichen Einmischung im Stadtteil**

Gemessen an diesen schwierigen Ausgangsvoraussetzungen gelang der neu gegründeten Initiativgruppe im Stadtteil ein relativ schneller Start. Dazu trug auch der gelungene Verlauf des ersten Informationsabends bei. Unter den ca. 50 Mietern waren ungefähr die Hälfte ältere Bewohner. Diese brach-ten ihre individuellen Wohnungsprobleme ein und äußerten starke Be-troffenheit über die vorhandenen Mißstände.

Es kristallisierte sich heraus, daß es im Sanierungsgebiet Schulstraße uner-wartet viele leerstehende Wohnungen gab, deren genaue Zahl allerdings erst erhoben werden mußte. Ein hoher Wohnungsleerstand beschleunigt den Verfall der Gebäude. Im Winter kommt es bei Frost vermehrt zu Wasser-rohrbrüchen, welche oft dazu führen, daß weitere Wohnungen unbewohnbar werden und die Mieter ausziehen müssen.

Mit steigendem Leerstand werden die Wohnbedingungen immer problematischer. Vor allem die älteren Bewohner fühlen sich angesichts vermehrter Wohnungseinbrüche und unvermeidbarer Zerstörungen durch Außenstehende, die alles Brauchbare in den leerstehenden Wohnungen demontieren, zu Recht bedroht. Leerstand wird zudem von den Sanierungsträgern oft als Druckmittel eingesetzt, um zögernde oder hartnäckige Bewohner doch noch zum Umzug in eine andere Wohnung zu bewegen.

Das ganze Viertel verkommt allmählich immer mehr. Wer es sich leisten kann, zieht in eine bessere Wohngegend. Zurück bleiben hauptsächlich die Bewohner, die sozial benachteiligt sind und deswegen nicht so ohne weiteres eine andere Wohnung bekommen können.

So wird ein Gebiet meist schon im Vorfeld der Sanierung zu einem sozialen Brennpunkt, was den Verfall beschleunigt und den schleichenden Exodus auch der Mieter noch intakter Häuser hervorruft.

Dieser Prozeß war im November 1979 im Sanierungserwartungsgebiet Schulstraße offensichtlich voll im Gange und schon weiter vorangeschritten, als die Initiatoren des Informationsabends vermutet hatten. Die Berichte von Betroffenen über zahlreiche leerstehende Wohnungen in ihren Häusern zwangen zum schnellen Handeln.

Eine ganze Reihe von Mietern erklärte sich zur Mitarbeit bereit. Darunter waren überwiegend Studenten und andere jüngere Betroffene, aber auch einige wenige ältere Mieter.

Das nächste Treffen wurde für eine Woche später vereinbart. Zwischenzeitlich wurde versucht, den Wohnungsleerstand genauer zu erheben. Eine erste Übersicht ergab, daß im Sanierungserwartungsgebiet über 125 Wohnungen leerstanden.

Auf dem Treffen der Sanierungsgruppe war man sich einig, mit diesen Fakten an die Öffentlichkeit zu gehen. Eine Presseerklärung wurde abgefaßt und ein offener Brief an Bausenator Ristock und Baustadtrat Renner geschrieben. Gleichzeitig erfolgte eine Anzeige an das Landeswohnungsamt, weil der begründete Verdacht bestand, daß die Wohnungsbaugesellschaften die Wohnungen ohne die erforderliche Genehmigung leerstehen ließen. Die Bürgerinitiative forderte, die Wohnungen wieder zu vermieten.

Die Öffentlichkeitskampagne war insofern ein Erfolg, als die politisch Verantwortlichen und die Wohnungsbaugesellschaften gezwungen werden konnten, sich öffentlich zu den Verhältnissen im Sanierungsgebiet Schulstraße zu äußern. Sie versuchten abzuwiegeln, indem sie die Angaben der Bürgerinitiative in Zweifel zogen. So behauptete die Wohnungsbaugesellschaft GE-

SOBAU, daß sich für die leerstehenden Wohnungen keine Mieter mehr finden würden. Die Bürgerinitiative startete daraufhin eine Vermietungsaktion, bei der die GESOBAU mit Wohnungsbewerbungen überschüttet wurde. Ihre Behauptung, daß die leerstehenden Wohnungen im Gebiet nicht mehr vermietbar seien, konnte somit öffentlich widerlegt werden. Damit hatte die Bürgerinitiative ihr Ziel der Wiedervermietung der leerstehenden Wohnungen zwar nicht erreicht, die gelungene Herstellung von Medienöffentlichkeit hatte aber bewirkt, daß sich Sanierung im Wedding nicht mehr im Stillen vollzog, sondern unter den kritischen Augen der allgemeinen Öffentlichkeit.

Gleichzeitig wuchs der politische Druck auf die Wohnungsbaugesellschaften, das Bezirksamt und die Parteien. Dies alles spornte natürlich auch die Aktiven in der Sanierungsgruppe an. Es führte dazu, daß die Initiative im Stadtteil bekannter wurde und daß immer mehr Betroffene sich mit ihren Problemen und Anliegen an die Sanierungsgruppe wandten. Die Individualisierungsstrategie von Wohnungsbaugesellschaften und Bezirksamt gegenüber den Betroffenen funktionierte zwar nach wie vor, trotzdem ging plötzlich alles nicht mehr reibungslos, wie die Wohnungsbaugesellschaften und Politiker dies bisher im Wedding gewohnt waren.

### **Das Hinterhaus in der Groninger Straße 50**

Das Haus Groninger Straße 50 spielte bei den Aktionen der Sanierungsgruppe von Anfang an eine große Rolle.

Familie W., die in dem schon benahe komplett entmieteten Haus wohnte und sich standhaft weigerte auszuziehen, war auch zu dem ersten Informationsabend der Bürgerinitiative gekommen und hatte sich sofort zur Mitarbeit entschlossen.

Herr und Frau W. hatten allen Versuchen der Wohnungsbaugesellschaft GESOBAU, sie in eine andere Wohnung umzusetzen, getrotzt und hofften, mit Hilfe der Sanierungsgruppe dem wachsenden Druck der GESOBAU standhalten und eine Wiedervermietung der leerstehenden Wohnungen durchsetzen zu können.

Die Mitarbeit der Familie W. hatte für die Sanierungsgruppe insofern einen besonderen Stellenwert, weil es sich um ältere Betroffene handelte, die im Gegensatz zu den meisten anderen Aktiven eher der "Normalbevölkerung" zuzurechnen waren und weder aus der Wedding

Szene noch aus dem studentischen Milieu stammten. Wenn Herr und Frau W. gegenüber der Presse Stellungnahmen abgaben oder bei irgendwelchen öffentlichen Aktionen mit dabei waren, kam den Forderungen und Darstellungen der Sanierungsgruppe automatisch mehr Glaubwürdigkeit und mehr Gewicht zu. Sie konnten nicht so einfach in die linke Ecke gestellt werden. Sie verliehen der Sanierungsgruppe und deren Aktivitäten ein Mehr an Legitimität und öffentlicher Reputation.

Das Haus Groninger Straße 50 spielte aber nicht nur wegen des großen persönlichen Einsatzes der Familie W. bei den Aktionen der Gruppe eine besondere Rolle, sondern auch, weil es sich von seiner baulichen Substanz her in sehr gutem Zustand befand und weil es ein plakatives Beispiel verfehlter Sanierungspolitik war.

Die meisten Wohnungen dieses Hauses haben Fenster und Balkone nach hinten auf das angrenzende Krankenhausgelände, welches hier parkähnlichen Charakter hat und einen alten Baumbestand aufweist. An seiner hinteren Seite ist das Haus freistehend und besitzt eine sehr ruhige und nach hinten sogar sonnige Wohnlage. Alle Wohnungen im Haus sind mit Innentoilette ausgestattet. Die Wohnungen auf der rechten Seite des Aufganges haben sogar ein Bad aufzuweisen. Zur Wohnungsgröße ist zu sagen, daß sowohl Ein- als auch Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen vorhanden sind.

Diese Beschreibung macht deutlich, daß es sich um kein für Weddinger Verhältnisse typisches Hinterhaus handelt. In den 50er und 60er Jahren galt es als "vornehmeres" Haus, was auch darin zum Ausdruck kam, daß früher im Treppenaufgang ein Teppich verlegt war.

Trotz des guten Zustandes und der speziellen Lage gab es damals eine gültige Abrißgenehmigung, welche bereits im Jahre 1978 vom Senator für Bau- und Wohnungswesen erteilt worden war. Diese Tatsache war den Mietern selbstredend nicht mitgeteilt worden. Sie erfuhren davon erst im April 1980, als der Bauausschuß der Bezirksverordnetenversammlung sich aufgrund des Druckes der Bürgerinitiative mit dem geplanten Abriß des Hauses beschäftigte und ein Vorstandsmitglied der GESOBAU zur Berichterstattung vorlud. In dieser Anhörung kam außerdem zu Tage, daß schon 1975 zwischen dem Grundstücksamt des Bezirks und der GESOBAU eine Übereinkunft über das Schicksal des Hauses getroffen worden war. Als Begründung dafür, daß die Mieter nicht über die Pläne informiert wurden, führte Dr. Bock vom Vorstand der GESOBAU an, daß die Planung noch nicht endgültig festgestanden hätte.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die damalige Abrißgenehmigung ausgestellt wurde, ohne den Zustand des Hauses zu begutachten. Eine Begutachtung schien den Planern nicht notwendig, weil es ihnen darum ging, im Zuge der sogenannten Entkernung ausnahmslos alle Hinterhäuser abzureißen. Daß dabei auch gute, erhaltenswerte Altbausubstanz und billiger Wohnraum vernichtet wurde, nahmen sie bewußt in Kauf. Kurzum: Das Haus Groninger Straße 50 sollte allein deswegen abgerissen werden, weil es im Hinterhof stand.

Nachdem diese Fakten an die Öffentlichkeit gedrungen waren, wurde damit auch indirekt öffentlich bestätigt, was die Bürgerinitiative immer vermutet hatte: seit 1975 versuchte die GESOBAU durch verschiedenste Eingriffe das Haus allmählich und schleichend abrißreif zu machen. So wurden schon 1975 frei werdende Wohnungen im Parterre nicht mehr vermietet, obwohl sie in einwandfreiem Zustand und auch nicht von der Bauaufsicht gesperrt waren. Wenig später unternahm die GESOBAU einen weiteren, folgenschweren Schritt: sie ließ drei der leerstehenden Wohnungen im Parterre zumauern. Dies war illegal, da eine Vermauerung nur dann geschehen darf, wenn entweder eine Leerstandsgenehmigung oder eine bauaufsichtliche Sperrung vorliegt. Da die Parterrewohnungen durch die Vermauerung nicht mehr belüftet wurden, führte dies im Laufe der Jahre unvermeidlich zu Schimmelbildung, die sich dann bis in eine damals noch bewohnte Wohnung im 1.Stock fortsetzte. Da die GESOBAU wußte, daß das Haus alles andere als abrißreif war, versuchte sie, durch die illegale Vermauerung Fakten zu schaffen, die eine Unbewohnbarkeit von Teilen des Hauses begründeten. Gleichzeitig begann die Gesobau mit der systematischen Entmietung des Hauses, indem sie das Haus schlecht instandhielt (z.B. durch ein undichtes Dach) und die Verunsicherung der älteren Mieter ausnutzte, um sie zum Umzug in andere Wohnungen zu bewegen.

Im Winter 1978/79 trat im Haus ein größerer Wasserschaden auf, der durch schmelzenden Schnee verursacht wurde. In einer unvermieteten Wohnung war ein Fenster offen gewesen und bei Tauwetter sickerte das Schmelzwasser bis in den 2.Stock durch. Da nur die GESOBAU einen Wohnungsschlüssel besaß, bestand der begründete Verdacht, daß das Fenster absichtlich geöffnet worden war, zumal die betreffende Wohnung zur Zeit des Vorfalls fest verschlossen war.

Ähnliche Vorfälle gab es später noch öfter. Dabei entstanden jeweils mehr oder weniger große Schäden, die aber teilweise durch die Aufmerksamkeit der Familie W. begrenzt werden konnten.

Im Frühjahr 1980 war der Konflikt um den Abriß des Hauses durch die Öffentlichkeitsarbeit der Sanierungsgruppe zu einem weit über den Bezirk hinaus registrierten Politikum geworden. Auch die Bezirksverordnetenversammlung geriet unter zunehmenden Druck der Öffentlichkeit. Dies führte Ende März 1980 zu einem für Weddinger Verhältnisse fast "revolutionärem" Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung: das Weddinger Bezirksamt wurde beauftragt, sich für den Erhalt des Hauses Groninger Straße 50 einzusetzen.

Einige Tage vor diesem Beschluß versuchte allerdings die GESOBAU im Haus noch einmal vollendete Tatsachen zu schaffen. Eine von der Wohnungsbaugesellschaft beauftragte Klempnerfirma demonitierte in den leerstehenden Wohnungen sanitäre Anlagen, Öfen und Herde. Klobecke wurden zum Teil einfach nur zertrümmert. Selbst nach dem Beschluß der Bezirksverordnetenversammlung ging die Demontage noch kurze Zeit weiter. Dies zeigte, daß die Wohnungsbaugesellschaft so einfach ihre Pläne nicht aufgeben wollte. Da die Bürgerinitiative aber mit diesen Fakten an die Öffentlichkeit ging und sich auch mit einem Appell an Bausenator Ristock gewandt hatte, die GESOBAU zu stoppen, gelang es schließlich, weitere Zerstörungen zu verhindern.

Im Fortgang des Konfliktes um den Abriß des Hauses Groninger Straße 50 war die Position des Bausenats von großer Bedeutung. Durch beharrliches Nachhaken konnte die Sanierungsgruppe erreichen, daß Bausenator Ristock das Haus persönlich besichtigte. Einige Zeit später erklärte er in einem Brief an die Bürgerinitiative, daß er einer Verlängerung der noch bis Oktober 1980 gültigen Abrißgenehmigung nicht mehr zustimmen würde und teilte mit, daß er die GESOBAU aufgefordert habe, von ihrer noch gültigen Abrißgenehmigung keinen Gebrauch zu machen und die Wohnungen in der Groninger Straße wiederzuvermieten. Damit hatte der Nervenkrieg um das Haus aber noch lange kein Ende. Durch eine Klage bei Gericht versuchte die GESOBAU Familie W. aus dem Haus herauszubekommen. Gleichzeitig unternahm das Bezirksamt trotz des Beschlusses der Bezirksverordnetenversammlung keinerlei konkrete Schritte für den Erhalt der Groninger Straße 50.

Die ungeklärte Situation spitzte sich im Herbst 1980 immer weiter zu. Die Zeit arbeitete für die GESOBAU und das Bezirksamt. Zudem stand wieder ein Winter vor der Tür. Die Bürgerinitiative entwickelte deshalb ein Konzept, wie das Haus für 50.000 DM unter Beteiligung von Mietern instandgesetzt werden könnte, und startete erneut eine öffentliche Bewerbungsaktion für die leerstehenden Wohnungen.

Der Kampf um den Erhalt des Hauses dauerte jetzt schon ein Jahr und hatte einen Großteil der Aktivitäten und Energien der Sanierungsgruppe absorbiert. Da man mit den bisherigen Aktionsformen, Öffentlichkeitsarbeit und Verhandlungen nicht mehr weiterkam, wurde in der Gruppe immer öfter auch über eine Besetzung des Hauses diskutiert. Über das Für und Wider einer Besetzung gab es aber unterschiedliche Meinungen. Nachdem auf die Instandsetzungsvorschläge der Sanierungsgruppe aber keine Reaktion erfolgt war, setzten sich diejenigen, die für Instandbesetzung votierten, in der Gruppe immer mehr durch.

Am 27. November 1980 war es dann soweit: das Haus Groninger Straße 50 wurde instandbesetzt. Aufgrund der guten politischen Vorarbeit kam es zu keiner polizeilichen Räumung und die Besetzer konnten unmittelbar mit der Renovierung des Hauses beginnen. Die Groni 50 - wie das Haus von den Besetzern genannt wurde - war das erste Haus, welches im Zuge der Berliner Instandbesetzungswelle des Jahres 1980 im Wedding besetzt wurde. Bis dahin waren überwiegend Häuser in Kreuzberg besetzt worden.

### **Schritte der Aktivierung der Betroffenen Aktionsformen der Bürgerinitiative**

Das Haus Groninger Straße 50 war sowohl für die Bürgerinitiative als auch für das Bezirksamt, den Bausenat und die GESOBAU ein exemplarischer Fall. Indem es der Bürgerinitiative zusammen mit den betroffenen Mietern gelang, den geplanten Abriß zu einem Politikum zu machen, mußte die Gegenseite ihre Pläne rechtfertigen und Zugeständnisse machen. Die Sanierungsgruppe war mit ihren Aktionen in mehrfacher Hinsicht erfolgreich:

- Das Haus Groninger Straße 50 konnte als billiger Wohnraum bis heute erhalten werden. Es existiert ein Nutzungsvertrag für die Bewohner, der allerdings 1992 abläuft.

- Die Aktionen der Bürgerinitiative und der Besetzer haben u.a. dazu beigetragen, daß im Sanierungsgebiet Schulstraße die ursprüngliche Sanierungsplanung geändert wurde. Zahlreiche Häuser z.B. in der Liebenwalder Straße und in der Hochstädter Straße wurden entgegen den ursprünglichen Plänen nicht abgerissen, sondern wieder instandgesetzt oder modernisiert.

- Durch den entschiedenen Widerstand der Betroffenen wurden die vorhandenen Konflikte zwischen Bezirksamt und Bausenat über die richtige Sanierungsstrategie zugespitzt. Dies führte zu einem offensiveren Vorgehen

der Senatsbauverwaltung und erleichterte es ihr, schon länger intern formulierte Forderungen nach mehr Mieterbeteiligung am Sanierungsprozeß und einer mehr auf Erhaltung vorhandener Strukturen orientierten Planung durchzusetzen.

- So wurden 1982 auch im Wedding Betroffenenvertretungen eingerichtet.

- In den Aktionen um das Haus Groninger Straße 50 und mit der erfolgreichen Besetzung war es im Wedding zum ersten Mal in aller Öffentlichkeit gelungen, daß sich eine Initiativgruppe gegenüber dem Bezirksamt behaupten konnte.

- Im Gefolge der Hausbesetzung in der Groninger Straße gelangen im Wedding auch noch andere Hausbesetzungen in der Prinzenallee, Schulstraße, Buttmanstraße und der Koloniestraße. Die Besetzung der Groni 50 war in gewisser Weise ein Dammbbruch, der auch andere Gruppen ermutigte, im Wedding etwas zu unternehmen. Dies alles verstärkte den öffentlichen Druck auf das Bezirksamt und die Wohnungsbaugesellschaften, ihre Sanierungspolitik im Sinne der Betroffenen zu verändern.

Obwohl die Sanierungsgruppe sich im Jahr 1980 schwerpunktmäßig auf das Haus Groninger Straße 50 konzentrierte, fanden auch noch zahlreiche andere Aktionen statt, die sich auf das gesamte Sanierungserwartungsgebiet bezogen.

Die Vermietungsaktion umfaßte alle 125 leerstehenden Wohnungen im Gebiet. In vielen Häusern, die von Leerstand betroffen waren, initiierte die Bürgerinitiative Hausversammlungen der betroffenen Mieter, auf denen gemeinsam die nächsten Schritte beraten wurden. Soweit Mieter von anstehenden Sanierungsmaßnahmen betroffen waren, bot die Bürgerinitiative Unterstützung durch Beratung an. Außerdem wurde den Betroffenen beim Schriftverkehr mit dem Bezirksamt und den Wohnungsbaugesellschaften Hilfe angeboten.

Diese Angebote schlossen auch Rechtsberatung in Einzelfällen ein. Die Rechtsberatung wurde im Rahmen der Bürgerberatung der Bürgerinitiative Wedding e.V. durchgeführt, die schon seit Anfang der siebziger Jahre über ein Sonderprogramm des Senats für Familie, Jugend und Sport finanziert wurde und über eine Sozialarbeiterstelle verfügte.

Durch ihre langjährige Arbeit war die Bürgerberatung im Stadtteil verankert und besaß das Vertrauen der Betroffenen. Die Arbeit der Sanierungsgruppe konnte durch die Mitarbeit des Sozialarbeiters der Bürgerberatung entscheidend unterstützt werden. Die langjährige Vorarbeit hatte sicherlich einen wichtigen Anteil daran, daß die Mobilisierung der Betroffenen im Sanierungserwartungsgebiet Schulstraße relativ gut gelang.



Wichtig für die Arbeit der Sanierungsgruppe war auch, daß vom ersten Tag an eine sehr gezielte Öffentlichkeitsarbeit betrieben wurde. Regelmäßig wurden die Betroffenen durch Flugblätter und Info-Veranstaltungen über die Entwicklung im Sanierungsgebiet auf dem Laufenden gehalten. Alle wichtigen Ergebnisse im Stadtteil wurden durch Presseerklärungen und offene Briefe an Zeitungen und Rundfunk publik gemacht. Zu einzelnen Redakteuren bestand ein enger Kontakt, der gewährleistete, daß in der Berichterstattung die Sicht der Betroffenen ausführliche Berücksichtigung fand. Durch die Zusammenarbeit mit dem Bezirksverordneten Olaf Wiehle von der FDP konnten die Probleme und Konflikte durch Anfragen und Anträge in die Bezirksverordnetenversammlung hineingetragen werden. Das Bezirksamt konnte sich so um öffentliche Stellungnahmen nicht mehr herumdrücken. Dadurch wurde vieles öffentlich, was das Bezirksamt bis dahin im Verborgenen abgewickelt hatte.

Wenn in der Bezirksverordnetenversammlung oder in Ausschüssen über Sanierungsfragen debattiert wurde, war die Sanierungsgruppe immer demonstrativ mit mehreren Personen anwesend. Öfters wurden parallel zu Anfragen in der Bezirksverordnetenversammlung Flugblätter an die Bezirksverordneten verteilt oder Briefe an die Fraktionen geschrieben. Laute Mißfallenskundgebungen in der BVV und erregte Diskussionen mit Bezirksverordneten am Rande der Sitzungen zwangen zum Farbe-Bekennen und zeigten dem Bezirksamt, daß die Betroffenen ihre Interessen mit Nachdruck und Zielstrebigkeit verfolgten und nicht daran dachten, sich "unterbuttern" zu lassen.

Gerade diese pausenlose und hartnäckige Präsenz bewirkte dann auch schließlich, daß die Bezirksverordnetenversammlung das Bezirksamt aufforderte, sich für den Erhalt des Hauses Groninger Straße 50 einzusetzen. Damit begab sich die Mehrheit der BVV in einen offenen Gegensatz zur Politik des Bezirksamtes.

Genauso wichtig wie die Präsenz in der Bezirkspolitik war für den Erfolg der Aktion der Bürgerinitiative die Tatsache, daß es gelang, den Bausenat zu einer eindeutigen Stellungnahme zu zwingen. Von vorneherein verfolgte die Bürgerinitiative eine Art Doppelstrategie, die den Gegensatz zwischen der Politik des Bausenators Ristock, der dem linken SPD-Flügel angehörte, und der Politik der rechten SPD-Bezirkspolitiker ausnutzte und zuspitzte. Von Anfang an wandte sich die Sanierungsgruppe konsequent in allen Belangen auch an den Bausenat. Dies geschah durch offene Briefe an den Bausenator, Presseerklärungen, persönliche Gespräche mit Referenten und Sachbearbeitern und durch öffentliche Aktionen vor dem Amtsgebäude des Bausenators.

Ein wichtiger Schritt bei der Öffentlichkeitsarbeit der Sanierungsgruppe war die Herausgabe einer umfangreichen Dokumentation über das Haus Groninger Straße. In dieser Dokumentation wurde detailliert auf- bzw. nachgewiesen, was GESOBAU und Bezirksamt an illegalen Aktionen und Praktiken unternommen bzw. geduldet hatten, um das intakte Hinterhaus abrißreif zu machen. Da damals fragwürdige Sanierungspraktiken in der Presse viel beachtet wurden, wurde über die von der Bürgerinitiative dokumentierten Fakten in der bürgerlichen Presse umfassend berichtet. Morgenpost, Tagespiegel, Spandauer Volksblatt und der Rundfunk veröffentlichten größere Berichte mit Fotos über das Haus und Stellungnahmen von Betroffenen, Politikern und dem Vorstand der GESOBAU. Damit war es der Sanierungsgruppe gelungen, die Vorgänge um das Haus zum öffentlichen Skandal zu machen und GESOBAU und Bezirksamt in die Defensive zu drängen. Die andere Seite mußte sich öffentlich rechtfertigen und kam um Erklärungen, Stellungnahmen, Rückzugsgefechte und Zugeständnisse nicht mehr länger herum. Die Geschichte der Sanierungsgruppe ist ein gutes Lehrstück dafür, wie sich Betroffene durch die Organisation von Gegenmacht und durch die Ausnutzung der vorhandenen Widersprüche zur Wehr setzen und - zumindest partiell - mit ihren Interessen behaupten können.

Freilich dürfen die Erfolge auch nicht überbewertet werden. Gemessen an dem Ausgangspunkt im Jahr 1979 hatte die Sanierungsgruppe zwar viel erreicht. Trotzdem war die Realität der Sanierung im Schulstraßengebiet noch meilenweit von einer sanften und sozialverträglichen Stadterneuerungspolitik unter Beteiligung der Betroffenen entfernt.

Überdies betrieben sowohl die GESOBAU als auch das Bezirksamt zu gleicher Zeit an anderen Stellen im Bezirk ihre Kahlschlagpolitik uneingeschränkt weiter. Dies zeigte, daß sie nur punktuell dem Druck der Betroffenen nachgegeben hatten und daß es zu keiner wirklichen Neuorientierung bei den Sanierungszielen und -vorgehensweisen gekommen war.

**WOHN- UND NACHBARSCHAFTSPROJEKT  
PRINZENALLEE 58:  
ZEHN JAHRE SELBSTVERWALTUNG  
Von Dorothea Reinhardt und Elfi Witten**

Die Prinzenallee 58 wurde am 27.2.1981 als 100. Haus in Berlin besetzt.

**Hutfabrik Gebrüder Gattel**

Ursprünglich war das Fabrikgebäude Prinzenallee 58 im Jahr 1891 als Hutfabrik der jüdischen Fabrikanten "Gebrüder Gattel" errichtet worden. In den 30er Jahren wurde es zu einem Wohnhaus mit 1- bis 2-Zimmerwohnungen auf drei Etagen umgebaut. Die jüdische Familie hatte das Gebäude zuvor unter dem Druck der Nazis zu einem Spottpreis verkaufen müssen. Unverändert blieben die Fabrikhallen im Erdgeschoß sowie die dazugehörigen Hallen auf dem zur Panke gelegenen Grundstücksteil. Sie wurden zuletzt von der Kempinski Hotelwäscherei genutzt (bis ca. 1977).

**Abrißwirtschaft**

Nur durch die Unterstützung einzelner Mieter im Haus war die Besetzung möglich geworden. Sie hatten über Jahre miterleben müssen, wie das ehemalige Fabrikgebäude mit den Werkhallen und den drei Wohntagen systematisch heruntergewirtschaftet worden war. Sogar notwendigste Reparaturen, wie z.B. die der Treppenhausbeleuchtung, wurden nicht mehr vorgenommen. Am extremsten wurde dies von den letzten Eigentümern, der Hauert und Noack GmbH und Co KG (später Panke Park) betrieben, einer privaten Wohnungsbau- und Sanierungsgesellschaft. Älteren Menschen wurde das Leben in der Prinzenallee 58 vergällt. Viele nahmen notgedrungen die angebotene Umsetzwohnung an. Ein großer Teil der Wohnungen stand leer, einige schon seit sieben Jahren. Drei Viertel der Mieter waren bereits ausgezogen oder im Begriff, dies zu tun. Viele von ihnen hatten ca. 20 bis 30 Jahre hier gewohnt und der Wegzug aus dem vertrauten Kiez fiel ihnen nicht leicht. Alles lief auf Abriß hinaus.

## **Besetzung**

Um dies zu verhindern, holten aktive Mieter 1981 den damaligen Bausenator Peter Ulrich in die Prinzenallee: Dieser ließ ein Gutachten erstellen, das die gute Bausubstanz des Gebäudes belegte und sprach sich gegen einen Abriß aus.

Eine Besetzung des riesigen Hauses schien anfangs fast aussichtslos: Sowohl von der Panke sowie von der Prinzenallee her war das gesamte Gebäude abgeriegelt und nur mit diversen Schlüsseln zu betreten. Außerdem wurde es von einem Wachschild bewacht. Einzelnen Mietern im Haus war es zu verdanken, daß die Besetzung schließlich doch gelang: Sie ermöglichten, daß die Besetzergruppe mit einem LKW im Dunkeln auf das Grundstück gelangen konnte. In Windeseile wurde ein Flügel des Hauses besetzt, die Türen wurden verschlossen. Die von ängstlichen Mietern herbeigerufene Polizei begab sich nicht auf das Grundstück, sondern registrierte nur das am Hofeingang angebrachte Transparent "besetzt". Die erste Hürde war genommen.

## **Besetzung per Annonce**

Die Besetzergruppe bestand aus ca. 20 Leuten. Einige waren BewohnerInnen und Sympathisanten des Selbsthilfeprojekts Prinzenallee 24 (Fabrik Osloer Straße). Die meisten hatten zufällig von der Besetzung gehört und kamen dazu, weil sie unter unzumutbaren Bedingungen wohnten. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Gruppe allein nicht in der Lage war, das Haus zu halten. Tagsüber mußten viele von ihnen zur Arbeit gehen. Außerdem stand nach wie vor die Hälfte des Hauses leer.

Schon wenige Tage nach der Besetzung wurde deshalb in der TAZ Wohnraum annonciert. Es meldeten sich ca. 100 Leute, die das Fabrikgebäude bewohnen wollten. In einem langen Prozeß kristallisierte sich heraus, wer von diesen Interessenten wirklich in der Lage war instandzubesetzen, d.h. wer dem psychischen Druck und der körperlichen Anstrengung gewachsen war. Streß und Anspannung waren im ersten Jahr der Besetzung sicherlich am stärksten; doch die Atmosphäre im Haus, der Zusammenhalt der Leute war niemals intensiver als in dieser Zeit.

## **Motive und Utopien der BesetzerInnen**

Die Motive für die Besetzung waren so vielfältig wie die Gruppe selbst:  
Es gab politische Motive, die aus der Negation herrschender Städtebau- und Wohnungspolitik resultierten:

Es ging darum,

- die Vernichtung billigen Wohnraums zu verhindern,
- das Fabrikgebäude mit seinen Besonderheiten handwerklicher Baukunst vor dem Abriß zu bewahren,
- ein Zeichen zu setzen gegen die "Zweite Zerstörung Berlins"
- einen Strich durch die Rechnung zu ziehen beim großen Spekulationsgeschäft mit dem Grundbedürfnis Wohnen.

Es gab aber auch eine positive Utopie, die sich an bestimmten Lebensbedürfnissen und -ansprüchen orientierte:

Wir BesetzerInnen wollten

- gegen die Isolierung und Anonymität in der Großstadt ein gemeinschaftliches und selbstbestimmtes Leben setzen; vielfältige gesellige Lebensformen erproben und eine große Hausgemeinschaft bilden,
- mehr Platz für die Kinder und einen kinderfreundlichen Ort schaffen, verkehrsgeschützt, mit einer gewissen Verantwortlichkeit aller,
- ein offenes Haus sein für uns und unsere Nachbarn und dabei die gängige Ausgrenzung von der Norm abweichender Menschen nicht mitpraktizieren,
- Platz bieten für nachbarschaftliche Kommunikation, soziale Projekte und sozialkulturelle Aktivitäten,
- Lebensqualität erarbeiten und nicht erkaufen.

## **Öffentlichkeitsarbeit**

Absolut im Vordergrund stand zunächst die Öffentlichkeitsarbeit. Das Interesse an Hausbesetzungen war groß und das Haus war im Kiez bekannt. Informationsstände auf der Straße und der Tag der Offenen Tür lockte viele Nachbarn wie auch frühere Bewohner an. Um den legitimen Anspruch auf das für den Abriß vorgesehene und mit Bedacht heruntergewirtschaftete Haus zu unterstreichen, meldeten sich die meisten BesetzerInnen bei der polizeilichen Meldestelle unter ihrer neuen Adresse an. Vermieter: B. Setzer. Bald war die Prinzenallee 58 auch dort bestens bekannt.

Die Eigentümer des Hauses - Hauert und Noack - verhielten sich vorerst ruhig. Sie stellten zwar Strafantrag wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung, doch zunächst ohne weitere Konsequenz.

## **Übernahme in Selbstverwaltung**

Von Anfang an war das Ziel bestimmend, das Haus dauerhaft zu nutzen und in Selbstverwaltung zu übernehmen. Um als juristische Person vertragsfähig zu sein, wurde ein eingetragener Verein gegründet mit dem programmatischen Namen: Verein zum Schutz billigen Wohnraums.

Da sich nur noch wenige Mieter im Haus befanden, wurde es schon sehr bald vom Verein bewirtschaftet. Alle BewohnerInnen beteiligten sich an der Finanzierung eines Instandsetzungs- und Betriebskostenfonds.

## **Instandbesetzung**

Die Instandsetzung des Hauses, zuerst der Wohnbereiche, wurde sofort in Angriff genommen. Die kleinen 1 bis 2 Zimmerwohnungen wurden in große, helle Wohnungen umgebaut. Für verschiedene Arbeitsaufgaben wurden Gruppen gebildet: Die Fenster-, Heizungs-, Dach- und Finanzgruppe, die Kultur- und Öffentlichkeitsgruppe. Lange Zeit war jeder Samstag gemeinsamer Hausarbeitstag. Jeden Montagabend trat das Hausplenum zusammen, auf dem alles besprochen wurde.

Selbstverwaltung und -bewirtschaftung hieß auch - heizen. Sehr bald fand sich eine Gruppe von Leuten, die sich mit der gigantischen zentralen Heizanlage vertraut machte. Lange nach den ersten Kälteeinbrüchen wurde mit Unterstützung von Fachleuten die Heizung erstmalig von den BewohnerInnen selbst in Betrieb genommen. Das Rohr- und Leitungssystem war derartig verrottet, daß Rohrbrüche ständig an der Tagesordnung waren. Der Brenner indes mußte lediglich gereinigt werden und hatte eine immense Heizkapazität, die auch die Warmwasserversorgung bewältigte.

## **Wohnen und sozial-kulturelle Angebote**

Jeder einzelne bestimmte seine Wohnform, so daß es ein Nebeneinander von Einzelwohnenden, Familien, Wohngemeinschaften und Gemeinschaftswohnungen entstand. Konsens war von Anfang an, daß die PA 58 nicht nur Wohnraum, sondern auch Arbeitsmöglichkeiten und sozial-kulturelle Aktivitäten und Veranstaltungen für die BewohnerInnen des Hauses und Bezirks bieten sollte. Es wurde ein Konzept erarbeitet, das ein Cafe, eine Veranstaltungshalle, Werkstätten und Hobbyräume beinhaltete.

Ein nachbarschaftliches Kommunikations- und Kulturzentrum sollte entstehen. Alles sollte zudem rollstuhlgerecht ausgebaut werden, um behinderte Menschen, auch RollstuhlfahrerInnen, nicht wie sonst aus dem öffentlichen Leben auszuschließen. Die Fabrikhallen im Erdgeschoß sowie die hinter dem Gebäude sich anschließenden Hallen boten hierfür gute Voraussetzungen.

### **Teilabriß der Fabrikhallen**

Nach wie vor gab es keine Abrißgenehmigung für das Gebäude, wohl aber für die dahinterliegenden Fabrikhallen. Wo von Seiten der BesetzerInnen ein Gartenlokal für BewohnerInnen des Kiezes geplant war, sah der Bezirk einen großen Parkplatz mit nachweispflichtigen Stellplätzen für die Neubauten Soldinerstraße, Ecke Prinzenallee vor. Der angekündigte Abriß konnte vorerst durch verschiedene Aktionen und die Solidarität vieler UnterstützerInnen verhindert werden.

Am 22.9.81, dem Tag, als in ganz Berlin viele besetzte Häuser geräumt wurden, rollte von der Soldiner Straße ganz überraschend ein Bagger an, der ein Loch in die Hallenwand riß. Als er zum zweiten Mal auf die Halle zufuhr, wurde ein Besetzer vom Bagger verletzt. Der Baggerführer zog sich daraufhin zurück. Im Dezember 1981 war dann der Abriß der Hallen nicht mehr aufzuhalten. Auch der Landeskonservator, der sich aufgrund eines Beitrags in der SFB-Abendschau für den Erhalt der Hallen eingesetzt hatte, konnte dies nicht mehr verhindern. Zuvor war der alte wunderschöne Industrieschornstein plötzlich als einsturzgefährdet deklariert worden. Die Kinder der angrenzenden Wilhelm-Hauff-Grundschule durften nicht mehr auf den Schulhof und der hintere Querflügel des besetzten Gebäudes sollte nicht mehr bewohnt werden.

### **Unterstützung für die PA 58**

Im folgenden Jahr wurde verstärkt nach finanziellen Quellen gesucht, um die übrigen Fabrikhallen entsprechend unserer Konzeption zu sichern und auszubauen. Zur Diskussion über die Situation des Hauses und die Nutzungskonzeption luden wir Vertreter von Institutionen und Initiativen zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion ein: GEW, SPI, Netzwerk, evang.Kirchengemeinden, HdK u.v.m...

Dabei intensivierte sich der Kontakt zu den Dozenten der HdK. Sie entschlossen sich zur Mitarbeit an der Planung und dem Ausbau des Erdgeschosses und boten ein Theorie-Praxis-Seminar mit diesem Schwerpunkt für ArchitekturstudentInnen ihrer Hochschule an. Als von Netzwerk im Herbst 82 ein Kredit in Höhe von ca. 40.000 DM bewilligt wurde, konnte die Arbeit an den Fabrikhallen in der PA 58 beginnen. Zwanzig StudentInnen der HdK arbeiteten über 2 Semester gemeinsam mit uns, erstellten unterschiedliche Entwürfe, nahmen notwendige Grundrißveränderungen vor und beteiligten sich am Ausbau der Veranstaltungshalle. Dieser hatten wir als Versammlungsraum erste Priorität zugesprochen. Trotz der schwierigen Bedingungen brachte uns diese Zusammenarbeit ein großes Stück weiter. In den Jahren darauf wurden die Umbauarbeiten mit verschiedenen internationalen Jugendgruppen in Work-Camps des Service Civil International fortgeführt.

### **Stadtplanung und Bürgerbeteiligung**

Ende 1982 beschloß das Bezirksamt Wedding die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens und einer vorgezogenen Bürgerbeteiligung an der Bauleitplanung für unseren Block. Die Planung sah vor, auf dem Grundstück PA 57/58 einen Neubauriegel zu errichten, der halb so viel Wohnraum wie das alte Fabrikgebäude bereitstellte, aber schön paßte zur neuen Blockrandbebauung. Das Konzept stammte noch aus alten IBA-Vorbereitungszeiten, in denen einige Bezirkspolitiker und Planer auf eine Beteiligung des Wedding an der Internationalen Bauausstellung hofften. Voraussetzung dafür war natürlich der Abriß des Fabrikgebäudes.

Gegen diesen Bebauungsplan wurden ca. 1000 Einsprüche erhoben von den BewohnerInnen des Hauses, anderen Projekten im Kiez und vielen UnterstützerInnen in der Stadt. Das Bezirksamt ließ sich Zeit mit der Bearbeitung. Baustadtrat Lüdtkke (SPD) erklärte, daß er das Bebauungsplanverfahren nicht weiterbetreiben wolle, solange die Bezirksverordnetenversammlung keine abschließende Entscheidung über die künftige Nutzung getroffen habe.

### **Vertragsverhandlungen 1983**

Nach Kontroversen im Haus über das Pro und Contra einer Legalisierung kam es im Sommer 83 zu Verhandlungen zwischen der Panke Park GmbH und dem Verein zum Schutz billigen Wohnraums. Es stellte sich bald heraus, daß die Abrißpläne noch nicht vom Tisch waren. Die bisherige Planung sollte nur



aufgeschoben werden bis die Voraussetzungen für Abriß und Neubau erfüllt waren. Wir sollten bestenfalls als ZwischennutzerInnen geduldet werden. Die Rechnung war eindeutig: Je länger die Vertragsdauer, desto teurer die Pacht für uns. Die angebotenen drei Jahre konnten wir in fünf Jahre umwandeln, doch damit waren wir an unseren finanziellen Grenzen angelangt. Das Ziel, das Haus zu erhalten, war damit nicht erreicht. Doch konnten wir nun die Zeit nutzen, um etwas Unumstößliches aufzubauen. Der Vertrag brachte auch den Vorteil, daß für bestimmte Vorhaben öffentliche Gelder beantragt werden konnten. Davon hing u.a. das Überleben des Kinderladens ab, der sich in den ersten renovierten Räumen des Erdgeschosses niedergelassen hatte. Für eine Instandsetzung oder Modernisierung aus öffentlichen Mitteln reichte die Vertragsdauer nicht; hierfür wären 15 Jahre erforderlich gewesen.

### **Fünf Jahre Vertrag**

Mit dem Vertrag kamen ungeahnte Veränderungen: Die Identität der ursprünglichen BesetzerInnengruppe, geprägt durch die tägliche Bedrohung und den gemeinsamen Kampf ums Haus, ging verloren. Das Besondere wurde zum Alltäglichen und die 5 Jahre schienen anfangs eine endlos lange Zeit. Für viele war auch nach dem Streß der ersten zweieinhalb Jahre eine Verschnaufpause angesagt.

Das Ziel für die kommenden 5 Jahre war klar: Das Haus sollte durch Ausbau und Instandsetzung und durch sozial-kulturelle Arbeit so stark im Kiez verankert werden, daß ein Abriß nicht mehr denkbar und möglich wäre.

### **Hofbegrünung**

Das erste Projekt in diese Richtung wurde kurz nach Vertragsabschluß in Angriff genommen: die Hofbegrünung. Auf unseren Antrag, den die Garten-Gruppe formuliert hatte, erhielten wir vom Senat 93.000 DM für diesen Zweck. Während Panke Park die Neubauten in der Soldiner Ecke Prinzenallee fertigstellte, im Blockinneren dazugehörige Grünflächen und Spielplätze anlegte, begannen wir mit der Begrünung der Fassade, des Innenhofs und des rückwärtigen Grundstücks. Der Hallenabriß hatte auf dem zur Panke gelegenen Grundstücksteil eine Wüste aus Sand und Geröll hinterlassen. Hier wurden Sträucher und Bäume gepflanzt und Grünflächen angelegt. Im Hof wurde ein Teil des Asphalts weggenommen, Büsche angepflanzt und Bete angelegt mit Pflanzen, die die Fassade hochranken sollten. An der

Front zur Schule wurden große Blumenkästen angebracht und nach vorne Richtung Prinzenallee die gesamte Fläche bis zur Grundstücksgrenze mit Büschen und Bäumen bepflanzt. All das geschah in unbezahlter Eigenarbeit.

### **Verein Nachbarschaftshaus Prinzenallee e.V.**

Zur praktischen Umsetzung der Erdgeschoßplanung wurde 1983 der Verein Nachbarschaftshaus Prinzenallee gegründet.

Gemäß den Leitideen sozial-kultureller Nachbarschaftsarbeit hatte der Verein zum Ziel, benachteiligte Bevölkerungsgruppen anzusprechen, emanzipatorische Bestrebungen und das vorhandene Selbsthilfepotential zu unterstützen und einen Beitrag zu leisten zur Verbesserung der Lebenschancen diskriminierter Teilgruppen der Gesellschaft. Wir dachten hier besonders an behinderte Menschen, insbesondere RollstuhlfahrerInnen und ImmigrantInnen.

### **Selbsthilfeförderung**

Da die Instandsetzung der Räume noch nicht abgeschlossen, die Netzwerkelder jedoch aufgebraucht waren, stellte der Verein einen Antrag bei der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales auf Gelder zur Instandsetzung und Ausstattung des Cafes, des Büros, der Toiletten und des Gruppenraums. Ende 1983 wurden 24.000,- DM für die Ausstattung eines behindertengerechten Nachbarschaftscafes aus dem Selbsthilfetopf bewilligt. Nicht gefördert wurden Ausbaumaßnahmen. Die Räume im Erdgeschoß, die als Nachbarschaftshaus genutzt werden sollten, waren jedoch noch lange nicht fertiggestellt: Zwar waren die Rohbaumaßnahmen weitgehend abgeschlossen, doch standen zum Teil noch Installationen, Heizung, Fußböden etc. aus, die vom Verein in mühevoller Arbeit organisiert und durchgeführt wurden. Küche, Toiletten und das Cafe konnten Anfang 85 fertiggestellt werden.

### **Veranstaltungen und Angebote**

In diesem Jahr wurde erstmals ein Veranstaltungsprogramm zusammengestellt, das neben Kindertheater (Berliner Kindertheaterwochen)

Musikveranstaltungen und Kurse in den verschiedensten Bereichen (Bewegung, Massage, Sprachen, Handwerk) vorsah. Auch ein Teil der "Giftgrünen Woche" fand hier statt. Außerdem wurden die Räume Selbsthilfegruppen aus der Umgebung zur Verfügung gestellt. Gruppenraum und Halle wurden z.B. von Kurden und Oromos genutzt.

In den gegenüberliegenden Hallen auf der Westseite wurde eine Metallwerkstatt und eine Holzwerkstatt ausgebaut. Ein Raum wurde einer Motorradgruppe zur Verfügung gestellt, ein weiterer als Autowerkstatt genutzt. An der Südseite entstand ein weiteres Projekt: die Jugendbildungsstätte. Es sollten Tagungs- und Übernachtungsmöglichkeiten geboten werden für die zahlreichen Jugendgruppen auf Berlin-Besuch.

### **Treffpunkt für Behinderte und Nichtbehinderte in Planung**

In den folgenden Jahren organisierte ein Teil der BewohnerInnen aus dem Haus und dem Kiez mehr oder weniger regelmäßig Veranstaltungen und Kurse und verteilten entsprechende Programme im Kiez. Der Besucherkreis des Nachbarschaftshauses bestand in der Hauptsache aus jungen Leuten, Kindern und kurdischen und afrikanischen Leuten aus dem Wedding. Nach der kompletten Fertigstellung der Umbaumaßnahmen gemäß unseren Plänen würde die Prinzenallee einer der ganz wenigen sozial-kulturellen Treffpunkte sein, die auch RollstuhlfahrerInnen zugänglich waren. Zudem konnten sich einige von uns gut vorstellen, auch geistig behinderte und überall aus dem normalen Leben ausgegrenzte Menschen in unsere Aktivitäten einzubeziehen. Um diesen neuen Bereich aufbauen zu können, wurde beim Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben ein Antrag auf Ausbau-, Personal- und Sachmittel für einen Treffpunkt für Behinderte und Nichtbehinderte gestellt. Unser Vorhaben wurde zunächst als sehr förderungswürdig aufgenommen. Doch um die Fördergelder zu erhalten, mußten wir einen mindestens 10jährigen Nutzungsvertrag vorweisen.

### **Vertragsverhandlungen 1985**

Aus diesem Anlaß nahmen wir eineinhalb Jahre vor Auslaufen des Nutzungsvertrags für das Gebäude Prinzenallee 58 Verhandlungen mit der Panke Park GmbH auf. Auch hier wurde uns zunächst bestätigt, daß die

Panke Park an einer langfristigen Regelung - sogar an einem Verkauf an uns - interessiert sei. Als Kaufsumme wurde beiläufig eine Million genannt.

Noch am Grübeln, ob und wie wir eine Million aufreiben sollten, gingen wir einige Wochen später in die zweite Gesprächsrunde. Nun hatte sich jedoch das Verhandlungsklima vollkommen verändert:

Von einer Bereitschaft, ernsthaft mit uns zu verhandeln, war nichts mehr zu spüren und der Kaufpreis für unser Haus sollte jetzt mindestens 2,5 Millionen betragen. Damit waren die Gespräche ersteinmal beendet. Die in Aussicht stehende Förderung von 180.000 DM für einen Treffpunkt für Behinderte und Nichtbehinderte war damit vom Tisch.

### **Treffpunkt für Behinderte und Nichtbehinderte im Aufbau**

Dennoch wurde begonnen, behinderte Menschen, insbesondere RollstuhlfahrerInnen gezielt für die Angebote des Nachbarschaftshauses anzusprechen. 1987 wurden zwei ABM-Stellen bewilligt, die Angebote für den Treffpunkt für Behinderte und Nichtbehinderte entwickeln und erproben sollten. Mittlerweile wird eine Planstelle für Projektkoordination von der Senatsverwaltung für Soziales finanziert. Seit über 5 Jahren gehören behinderte Menschen zum festen Besucherkreis des Nachbarschaftshauses. Der "Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte", ein Zusammenschluß sozialpolitisch engagierter RollstuhlfahrerInnen trifft sich hier. Das Nachbarschaftshaus Prinzenallee ist zu einem wichtigen Stützpunkt der Berliner Behindertenbewegung geworden. Insgesamt hat sich bis heute das Angebotspektrum erweitert: Eine Beratungsstelle für arabische ImmigrantInnen, Kurse für alte Menschen und eine Kinderzirkus AG sind dazugekommen. Anlaufstelle für alle ist das Nachbarschaftscafe "Esscapade", geöffnet Dienstag bis Samstag von 16-23 Uhr, Sonntag von 10-23 Uhr.

### **Untersuchung der Bausubstanz der Prinzenallee 58**

Die Unwilligkeit der Panke Park GmbH mit dem Verein Verhandlungen aufzunehmen, war nicht zuletzt damit zu erklären, daß die Planung für das Grundstück Prinzenallee 58 keine Fortschritte gemacht hatte. Ende 1985 beschäftigte sich das Bezirksamt Wedding erneut mit dem Bebauungsplanverfahren für den Block. Die Abteilung Bau- und Wohnungswesen beauftragte die Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung

(BSM), die Bausubstanz des ehemaligen Fabrikgebäudes zu untersuchen, einschließlich der Prüfung, ob durch Fördermitteleinsatz gemäß Modernisierungsrichtlinien ein Erhalt wirtschaftlich vertretbar wäre. Die BSM kam zu dem Ergebnis, daß durch Einsatz von Selbsthilfeförderungsmitteln die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen zur nachhaltigen Substanzerhaltung möglich wären. Daraufhin wurde der ursprüngliche Bebauungsplanentwurf vorerst auf Eis gelegt.

### **Bürger, es geht um Deine Gemeinde**

1986/87 nahm der Bezirk Wedding bei dem Bundeswettbewerb "Bürger, es geht um Deine Gemeinde" teil. Auf Initiative des Stadtplanungsamts wurde das Wohn- und Nachbarschaftsprojekt Prinzenallee zusammen mit drei weiteren alten Fabrikgebäuden als Wettbewerbsobjekt ausgewählt. Der Verein erhielt die Möglichkeit der Selbstdarstellung im Rahmen einer Ausstellung, die in Berlin und im Bundesgebiet gezeigt wurde. Außerdem wurde das Projekt einer Jury, bestehend aus ca. 40 Experten aus den Bereichen Architektur, Stadtplanung, kommunaler und ministerialer Verwaltung, präsentiert.

Vor allem durch die positive Beurteilung unseres Projekts gewann der Bezirk Wedding eine Goldmedaille in diesem Wettbewerb. Zur offiziellen Preisverleihung 1988 wurde eine Bewohnerin der Prinzenallee sowie ein Vertreter der Eigentümer eingeladen. Die Eigentümer erschienen nicht. Die BewohnerInnen der Prinzenallee kamen zahlreich und verteilten Flugblätter: Die Abrißpläne für die Prinzenallee sollten nun endgültig vom Tisch.

### **Vertragsverhandlungen 1987**

Ein halbes Jahr vor Ende des Fünfjahresvertrags sollte vertragsgemäß mit erneuten Verhandlungen begonnen werden.

Nach einem ersten Sondierungsgespräch erhielten wir von Panke Park ein schriftliches Angebot: Das gesamte Grundstück und die beiden darauf befindlichen Gebäude wurden mit 4 Millionen DM veranschlagt; allein 3,6 Millionen sollten wir für das mittlere Grundstück mit dem Fabrikgebäude auf den Tisch legen. Einige Jahre zuvor hatte Panke Park weniger als eine Million dafür bezahlt. Da sie keine Investitionen für das Haus getätigt hatte, hielten wir eine Million als Kaufangebot von unserer Seite für angemessen und gerade eben finanzierbar. Nach Erhalt unseres schriftlichen Angebots

erklärte Panke Park die Verhandlungen als endgültig gescheitert. Der Verein zum Schutz billigen Wohnraums wurde aufgefordert, das Haus mit seinen Mitgliedern freiwillig zu verlassen. Andernfalls sollte eine Räumungsklage angestrengt werden.

### **Räumungsklage**

Der Räumungsprozeß war nicht mehr abwendbar. Weder Protestaktionen noch Vermittlungsversuche auf politischer Ebene konnten den Prozeßtermin aufhalten. Zwar strahlte unser Rechtsanwalt Zuversicht aus, der Ausgang des Prozesses war jedoch ungewiß. Zusammen mit zahlreichen UnterstützerInnen aus der ganzen Stadt, Projektleuten aus dem Wedding, RollstuhlfahrerInnen vom Treffpunkt in der Prinzenallee und den deutschen und arabischen Kinder, die zur Eikita und zum Nachbarschaftshaus gehörten, zogen wir zum Gericht. Dort erwartete man offenbar eine terroristische Vereinigung: Das ganze Gericht war Stoßstange an Stoßstange von Polizeimannschaftswagen umzingelt. Auf jeden Demonstranten kamen zwei bis drei Polizisten. Der Raum der Gerichtsverhandlung war vorsätzlich besonders klein gewählt worden: Mehr als zwanzig Leute paßten nicht hinein. So waren wir vom Prozeß gegen uns praktisch ausgeschlossen. Draußen führten wir bei klirrender Kälte eine Protestkundgebung durch. Eine endgültige Klärung beim ersten Termin war nicht zu erwarten. Tatsächlich ging der erste Prozeßtag aus wie das Hornberger Schießen. Die Richterin brauchte keine 5 Minuten, um die Nicht-Zuständigkeit des Amtsgerichts für unsere Sache zu verkünden und die Verhandlung als beendet zu erklären. Die Klage sollte in der nächsten Instanz vor dem Landgericht verhandelt werden. Damit hatten wir zunächst einmal Zeit gewonnen für weitere Aktionen und Verhandlungen.

In einem Demonstrationszug kehrten wir nach Haus zurück. In einer großen öffentlichen Veranstaltung erläuterte unser Rechtsanwalt die weitere Strategie. Die juristische Auseinandersetzung war jedoch nur eine Ebene des Kampfes gegen eine drohende Räumung der Prinzenallee 58.

### **Verhandlungen auf politischer Ebene**

Seit der "Goldmedaille" war man im Bezirksamt aufgeschlossener gegenüber unserem Projekt. Ein Sondierungsgespräch im Stadtplanungsamt und beim Bürgermeister nach den Wettbewerbsfeierlichkeiten über einen eventuellen Kauf des Hauses durch den Bezirk blieb ohne Ergebnis. Deutlich wurde nur, daß die Größe des Projekts über die Bezirkskompetenzen hin-

auswies: Wenn schon Erwerb durch die Öffentliche Hand, so mußte dies auf SenatsEbene entschieden werden. Dort sprach aber alles dagegen: Es galt die Parole - Kein Ankauf von privaten Wohnhäusern durch die Öffentliche Hand! Vielmehr wurde öffentlicher Wohnungsbestand privatisiert, teilweise geradezu verschenkt. Auch zählten wir auf wenig Unterstützung durch den CDU-Senat.

Direkt nach Abbruch der Verhandlungen durch die Panke Park und nach Ankündigung der Räumungsklage informierten wir den Bezirksbürgermeister. Zwei Tage später wurde uns mitgeteilt, daß das Bezirksamt Baustadtrat Lüttke als Vermittler für die Verhandlungen mit den Eigentümern und dem Land Berlin vorgesehen hatte. Wir forderten den Kauf des Hauses durch das Land Berlin und eine langfristige Nutzungsvereinbarung zu bezahlbaren Konditionen.

Erste Kontakte mit Vertretern der Senatsbauverwaltung gaben wenig Anlaß zu Optimismus: Die sozial-kulturellen Projekte im Erdgeschoß seien ja ganz lobenswert, aber letztlich handele es sich doch um einen privaten Streit zwischen Mietern und Wohnungseigentümern, mit dem die Öffentliche Hand nichts zu schaffen habe.

Nach diversen Krisensitzungen mit Vertretern des Bezirksamts, der Senatsbauverwaltung, gemeinnützigen Treuhändern selbstverwalteter Hausprojekte, UnterstützerInnen und BewohnerInnen wurde schließlich Ende des Jahres 1987 ein Gutachten von der Senatsbauverwaltung in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten sollte untersuchen, ob und wie weit ein Engagement des Landes Berlin zur Erhaltung der Prinzenallee 58 begründbar wäre. Ferner sollten verschiedene Kauf- und Privatisierungsvarianten modellhaft berechnet werden. Die Ergebnisse sollten vier Wochen nach dem Prozeßtermin vorliegen - theoretisch konnten wir bis dahin schon geräumt sein. Letztlich wurde jedoch der Prozeßtermin verschoben und das Gutachten sprach eine klare Empfehlung aus, das Wohn- und Nachbarschaftsprojekt Prinzenallee aufgrund seiner beispielhaften Verbindung von Wohnen und sozial-kultureller Arbeit zu erhalten. Darüberhinaus wurden die beiden Modelle favorisiert, die wir selbst als Lösungsmöglichkeiten entwickelt hatten: Kauf des Hauses durch das Land Berlin, Weitergabe an einen gemeinnützigen Träger und Abschluß eines langfristigen Nutzungsvertrags mit unserem Bewohnerverein oder Übergabe des Hauses an eine von uns zu gründende Genossenschaft.

Völlig überraschend kam durch die Westberliner Wahlen im Februar 1989 eine rot-grüne Koalition an die Regierung. Für den Tag nach den Wahlen war eine Sondersitzung des Bauausschusses des Abgeordnetenhauses ange-

setzt, bei dem unser Haus einziger Tagesordnungspunkt war. Unsere Stellungnahme in diesem Ausschuß traf auf eine zu unseren Gunsten veränderte neue Entscheidungskonstellation. Kurz darauf erfuhren wir, daß der Bause-nator grünes Licht für die Rettung unseres Wohn- und Nachbarschaftsprojekts gegeben hatte. Schwieriger war es, die Unterstützung des Finanzsenators zu bekommen. Nicht zuletzt deshalb dauerte es länger als ein Jahr, bis das Haus schließlich Besitz des Landes Berlin geworden war. Darüberhinaus waren das gesamte Grundstück von der Prinzenallee bis zur Panke sowie das alte, unter Denkmalschutz stehende Vorderhaus, übernommen worden. Davor lagen zahlreiche Verhandlungsrunden mit Vertretern aller am Kauf beteiligten Instanzen. Am Ende erhielt die Eigentümergesellschaft alles, was sie wollte und stellte die Räumungsklage gegen uns ein.

### **Unterstützung für die PA 58**

All diese Verhandlungen wären nicht erfolgreich gewesen, wenn unser Projekt nicht durch ein breites Bündnis von den Autonomen im Kiez über die AL- und SPD-Fraktion im Bezirksamt und auf zentraler Ebene bis zu einzelnen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Stadt sowie durch zahlreiche soziale Projekte und Institutionen unterstützt worden wären. Durch Aktionen, Resolutionen und Briefe an Bürgermeister und Senatoren setzten sich für uns ein:

- die Kiezküche Wedding, ein Forum autonomer Projekte,
- das Forum sozialer Projekte im Wedding aus dem RABE,
- die Workshops "Der andere Wedding",
- der Spontanzusammenschluß Mobilität für Behinderte,
- die Ambulanten Dienste für Schwerbehinderte,
- die TU- und FU-Studentenberatung für behinderte Studenten,
- der Unterstützerkreis für die PA 58, viele einzelne Persönlichkeiten, darunter Professoren aller Universitäten, der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, engagierte Weddinger,
- der Kongreß 25 Jahre Stadtsanierung im Wedding,
- alle Nachbarschaftshäuser in Berlin,
- der Verband für sozial-kulturelle Arbeit sowie
- der Vorstand der International Federation of Settlements und Neighbourhood Centres,
- die SPD-Fraktion im Wedding,
- die AL Wedding, AL-Rathausfraktion,
- und die Tochter der jüdischen Eigentümer, die sich nach Israel retten konnte. Sie setzte sich bei einem Berlin-Besuch persönlich beim Bezirks-



bürgermeister für unseren Verbleib im Haus ein, da sie durch uns auch ein Vermächtnis ihrer Eltern gewahrt sah und sie unsere Lebensform an ihr Leben im Kibbutz erinnerte.

Durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit erreichten wir, daß Zeitungen und Rundfunksender über jede neue Entwicklung unserer Sache berichteten und letztendlich auch die SFB-Abendschau und die Aktuelle Kamera Fernsehberichte über unser Projekt sendeten. All diese Berichte erzeugten eine breite öffentliche Anteilnahme und Unterstützung für uns gegen die drohende Räumung, der sich die politischen Entscheidungsträger auf die Dauer nicht entziehen konnten.

### **Votum für die Genossenschaft**

Die politische Option des Senats war, daß das Haus nach einem Kauf durch das Land Berlin auf alle Fälle reprivatisiert werden sollte. Wir mußten uns deshalb verstärkt mit dem Gedanken auseinandersetzen, selbst Hauseigentümer zu werden. Bald zeichnete sich ab, daß die Übernahme des Hauses durch einen gemeinnützigen Träger große Einschränkungen unserer Autonomie mit sich bringen würde. Wir beschlossen schließlich ohne Gegenstimmen, eine Genossenschaft zu gründen. Falls es keine günstigeren Lösungen gäbe, wollten wir das Haus als genossenschaftliches Eigentum verwalten.

### **Wahl eines Sanierungsträgers**

Eine grundlegende Sanierung des Fabrikgebäudes Prinzenallee 58 war seit langem überfällig. Zunächst sollten deshalb Grundstück und Häuser treuhänderisch von einem gemeinnützigen Sanierungsträger übernommen werden. Wir entschieden uns schließlich für WOHNSTATT, die bereits das Gutachten über unser Projekt angefertigt hatten und von denen wir uns eine kooperative Zusammenarbeit versprachen.

### **Vertragsverhandlungen 1989/90**

Nachdem wir unsere Entscheidung für einen Treuhänder bekanntgegeben hatten, wurden alle weiteren Verhandlungen über unseren Kopf hinweg geführt. Politiker und Verwaltungen betrachteten nicht mehr uns, sondern nur noch unsere Treuhänder als Verhandlungspartner. Und zu verhandeln gab es genug. Da war zunächst der Erbpachtvertrag, der wesentlich ungünstigere Zahlungsbedingungen beinhaltete, als sie vergleichbare Projekte wenige

Zeit vorher erhalten hatten und der für uns einige unwägbarere Risiken barg. Dazu kamen die Vereinbarungen zur Sanierungsförderung, die dringend verbindlich präzisiert werden mußten. Um die finanziellen Belastungen durch Pacht- und Kaufzinsen für Gebäude und Grundstück tragbar zu machen, wurde uns eine hundertprozentige Sanierungsförderung zugesagt, die unsere bisherigen Sanierungsleistungen in Rechnung stellte. Der Umfang der Sanierungsförderung insgesamt war jedoch unklar. Über all diese Punkte mit den zuständigen Senatsvertretern direkt zu verhandeln war jedoch unmöglich geworden.

### **Vereinte Wohnungsnot**

Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem rasanten Vereinigungsprozeß - auch der Wohnungsnot in Ost und West - wurden alle Zusagen finanzieller Art hinfällig. Von einer hundertprozentigen Sanierungsförderung war nicht mehr die Rede. Das Förderungsvolumen sollte plötzlich nur noch 1,5 Millionen betragen, obwohl mehr als das Dreifache gutachterlich erforderlich gehalten worden war. Wie wir vor wenigen Wochen als neuestes erfuhren, ist in diesem Betrag die Mietsubventionierung für die Jahre der Sanierung schon enthalten.

### **Im dritten Jahr ohne Vertrag**

Drei Jahre nach Beendigung unseres Fünfjahresvertrags mit Panke Park haben wir immer noch keinen Vertrag. Nur die Eigentümer haben sich verändert. Zwischen dem Senat und unserem Treuhänder ist ein Sanierungsvertrag abgeschlossen worden. Der Erbpacht- und Nutzungsvertrag ist noch nicht unterzeichnet.

Auch heute kämpfen wir noch darum, im Haus bleiben zu können. Zwar ist die akute Räumungsgefahr gebannt, aber wir laufen Gefahr, finanzielle Belastungen auf uns zu nehmen, die uns irgendwann über den Kopf wachsen. Die sozial-kulturellen Projekte und Gemeinschaftseinrichtungen sind schon jetzt gefährdet.

Wir verhandeln weiter und wir werden drinbleiben.

Am 4. September 1991 gibt es erstmal ein Fest: 100 Jahre PA 58!

Unser Haus hat dieses Alter nun erreicht - wir werden das auch noch schaffen.

## AUTORENVERZEICHNIS

**Ursula Bachor, M.A.**, geb. 1952, Studium der Germanistik, Soziologie, Theaterwissenschaften in Freiburg i.B. und Berlin, seit 1980 als Sozialwissenschaftlerin und Kulturpädagogin im Mädchenladen Wedding, Schwerpunkt: Feministisch-interkulturelle Mädchen- und Frauenarbeit, Mitarbeit in mehreren Frauenstadtteilinitiativen und im Frauenbeirat Wedding

**Hermann Bullinger**, Diplompädagoge, langjähriger Mitarbeiter der Bürgerinitiative Wedding e.V., Autor des Buches: "Wenn Männer Väter werden", Reinbeck b. Hbg. 1983

**Gudrun Donner**, Sozialpädagogin, Initiatorin des "Fabrik-Express", dem Vorläufer der Kulturprogrammzeitung "Vis á Vis", seit 1989 Redakteurin der "Vis á Vis"

**Werner Druskat**, Soziologe, ehemaliger WNZ-Mitarbeiter, arbeitet z.Zt. beim Arbeitskreis Selbsthilfe im Berliner Altbau

**Gerhard Groß**, geb. 1959, Geschäftsführung der "Fabrik Osloer Straße e.V.", seit Herbst 1987 in dieser Funktion in der "Fabrik Osloer Straße"

**C.Wolfgang Müller**, Prof. Dr., Jugendpfleger und Journalist, seit 1965 Professor an der TU Berlin, Schwerpunkte: Methoden der Sozialwissenschaften, Gruppenpädagogik, Gemeinwesenarbeit

**Jürgen Nowak**, Prof. Dr., geb. 1942, seit 1972 Hochschullehrer an der Fachhochschule für Sozialpädagogik, z.Zt. Forschung im Bereich Soziale Netzwerke, Ethnizität, Soziale Bewegungen

**Dorothea Reinhardt**, geb. 1956, Diplompädagogin, seit über 10 Jahren Be-setzerin und Bewohnerin der Prinzenallee 58, seit 1989 Arbeit mit älteren Menschen im Kiez (Projekt "Tante Emma")

**Eberhard Seidel-Pielen**, geb. 1955, Studium der Soziologie und Publizistik, lebt als freier Journalist in Berlin. 1987 - 1989 Redaktion der Veranstaltungszeitung "Vis á Vis". Veröffentlichungen u.a. "Putte e.V.: Dokumentation von 15 Jahren Ausländerarbeit im Wedding", Berlin 1987, "Das Nachbarschafts-haus für interkulturelle Begegnung ORA 34", Berlin 1991, "Krieg in den Städ-ten. Jugendgangs in Deutschland", gemeinsam mit Klaus Farin, Berlin 1991

**Walther Willmer, M.A.**, seit 1990 tätig bei der Schriftenreihe Wedding, Veröffentlichungen u.a. zur Geschichte der Arbeiterkultur

**Elfi Witten**, geb. 1949, Soziologin, Schwerpunkte: Forschung und Planung in den Themenbereichen Kommunale Planung, Bürgerbeteiligung, Behinder-tenbelange und sozial-kulturelle Arbeit im Stadtteil

Schriftenreihe Wedding, Band 1, AUGUST 1990

**WEDDING IM ÜBER-BLICK**

MIT BEITRÄGEN VON  
KARL SCHWARZ,  
JÜRGEN NOWAK,  
HISTORISCHE ZEITTADEL,  
H.R.KNICKERBOCKER

---

Schriftenreihe Wedding, Band 2, JANUAR/FEBRUAR 1991

**ARMUT UND OBDACHLOSIGKEIT IM WEDDING**

MIT BEITRÄGEN VON  
KLAUS DUNTZE,  
THOMAS KNORR-SIEDOW,  
JÜRGEN NOWAK,  
WINFRIED RIPP U.A.